

Anlagenkonvolut

zum Wortprotokoll der 28. Sitzung des
Ausschusses für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe am 8. Juli 2026



Ausschussdrucksache 21(17)19
vom 25. Juni 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Dr. Thorsten Klose-Zuber

Generalsekretär Help – Hilfe zur Selbsthilfe e. V.

Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform“

Schriftliche Stellungnahme

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär, Help – Hilfe zur Selbsthilfe e. V.

1. Einleitung / Herausforderungen

Das internationale humanitäre System befindet sich in der **schwersten Krise seit Jahrzehnten – teils durch externe Faktoren, teils selbstverschuldet**. Die Zerschlagung von USAID, kontinuierliche Kürzungen durch zentrale Geberstaaten aber auch strukturellen Ineffizienzen führen zu einer globalen Finanzierungslücke, infolge der immer mehr Menschen in Not nicht mehr von Nothilfe erreicht werden.

Während das humanitäre System im Jahr 2022 nach Angaben der Vereinten Nationen noch mehr als 160 Mio. Menschen in Not unterstützte, sank diese Zahl im vergangenen Jahr auf unter 98 Mio. Menschen.¹ Mit **weniger als 25 Mio. erreichten Menschen** in den ersten 6 Monaten² ist 2026 auf dem Weg **einen neuen Tiefpunkt in der Reichweite des internationalen humanitären Systems** zu markieren.

Gleichzeitig sieht sich das von den Vereinten Nationen (VN) koordinierte Hilffssystem einer **zunehmenden Politisierung und Marginalisierung** ausgesetzt, etwa durch die Konditionierung von Geldern durch die U.S.-Regierung, der immer häufigeren Verweigerung von humanitären Zugängen oder dem Aufbau privater und militärischer Parallelstrukturen.

Angesichts eskalierender humanitärer Bedarfe im Sudan, im Nahen Osten, der Ukraine oder zahlreicher vergessener Krisen ist das **humanitäre System kaum mehr in der Lage adäquat und bedarfsgerecht zu reagieren**. In den Diskussionen der vergangenen Jahre werden humanitäre Geberstaaten und Konfliktparteien richtigerweise für fehlende finanzielle Mittel und ein Erodieren des humanitären Völkerrechts zur Verantwortung gezogen.

Doch das Ausmaß an Disruption im humanitären System und die enormen Folgeschäden für die Menschen und lokalen Partner in den Krisenregionen offenbaren auch **tieferliegende Probleme innerhalb des globalen humanitären Systems**, die angesichts der Finanzierungs- und Politisierungskrise zunehmend zutage treten. Ein Festhalten an den bisherigen Entscheidungsprozessen, Partnerstrukturen und Finanzierungsmechanismen ist angesichts des globalen Bedarfs an humanitärer Nothilfe **nicht länger vertretbar**.

¹ UN OCHA (2026). Operations 2022-2025. <https://humanitarianaction.info/overview/2025>.

² UN OCHA (2026). Hyper-prioritized Global Humanitarian Overview – Status Update. <https://humanitarianaction.info/document/global-humanitarian-overview-2026/article/monitoring-humanitarian-action-interactive-dashboard>.

Daher legt diese Stellungnahme ein besonderes Augenmerk auf **strukturelle Ursachen**, die für das Scheitern des globalen humanitären Systems mitverantwortlich sind, und zeigt aktuelle **Reformansätze** auf.

2. Wie kann in Anbetracht sinkender und dadurch begrenzt zur Verfügung stehender Mittel das globale humanitäre System reformiert werden, um Menschen in Not schnell, effizient und effektiv zu erreichen? (CDU/CSU)

Um diese Frage zu beantworten, lohnt sich die einfache Vorüberlegung: Wenn es noch kein globales humanitäres System gäbe, wie würde dieses heutzutage aufgesetzt werden, um dem Auftrag, Menschen in Not schnell, effizient und effektiv zu erreichen, bestmöglich gerecht zu werden? Und wie würde es sich von unserem heutigen System unterscheiden?

Ein grundlegendes Prinzip, das hier sinnvoll erscheint, aber im heutigen System kaum mehr Geltung findet ist das der **Subsidiarität**. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte ein gesellschaftlicher oder politischer Auftrag immer zunächst von der Akteur-Ebene bearbeitet werden, die unmittelbar mit einem Problem konfrontiert ist, die Auswirkungen am besten einschätzen kann und sowohl Kontext als auch Akteure am besten kennt. Übergeordnete Akteure sollen die unteren Ebenen nicht entmachten oder ersetzen, sondern bei einer Überforderung bedarfsgerecht unterstützen, damit diese wieder möglichst schnell eigenständig handeln können.

- Überträgt man dieses Prinzip auf humanitäre Krisen, so stehen **Nationalstaaten in der ersten Verantwortung** für den Schutz und die Versorgung von Menschen auf ihrem Territorium, gemeinsam mit entsprechend substaatlichen Ebenen wie Bundesländern oder Kommunen. Bei einer Überforderung kann neben der Einbindung nichtstaatlicher Akteure innerhalb des Landes, wie Nichtregierungsorganisationen, sozialen oder kirchlichen Träger (sogenannte *lokale Akteure*) auch ein **offizielles Hilfsersuchen** an Nachbarstaaten und multilaterale Organisationen wie die EU oder die VN gestellt werden.
- **Unser Mandat als internationale nichtstaatliche humanitäre Hilfsorganisation** beginnt erst dort, wo staatliche oder substaatliche Autoritäten den Schutz und die Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht länger selbst gewährleisten können oder wollen.
- **Gemeinsam mit lokalen nichtstaatlichen Akteuren** vor Ort können Nichtregierungsorganisationen auch in stark politisierten Krisen **regierungsfern humanitäre Hilfe** leisten, etwa in Syrien unter Assad oder in Afghanistan unter den Taliban. Multilaterale Akteure wurden in diesen Kontexten aufgrund ihres staatlichen Hintergrunds von Konfliktparteien als politisch wahrgenommen und häufig an einer regierungsfernen und bedarfsgerechten Arbeit gehindert. Hier liegt also ein **konkreter Mehrwert internationaler Nichtregierungsorganisationen**.
- Gemäß des Subsidiaritätsprinzips sollten **multilaterale Akteure auf der höchsten Ebene wie die Vereinten Nationen nur dort** operativ humanitäre Maßnahmen umsetzen, wo sowohl staatliche Akteure als auch internationale und lokale nichtstaatliche Hilfsorganisationen keine bedarfsgerechte Hilfe mehr leisten können und ein offizielles Hilfsersuchen vorliegt.

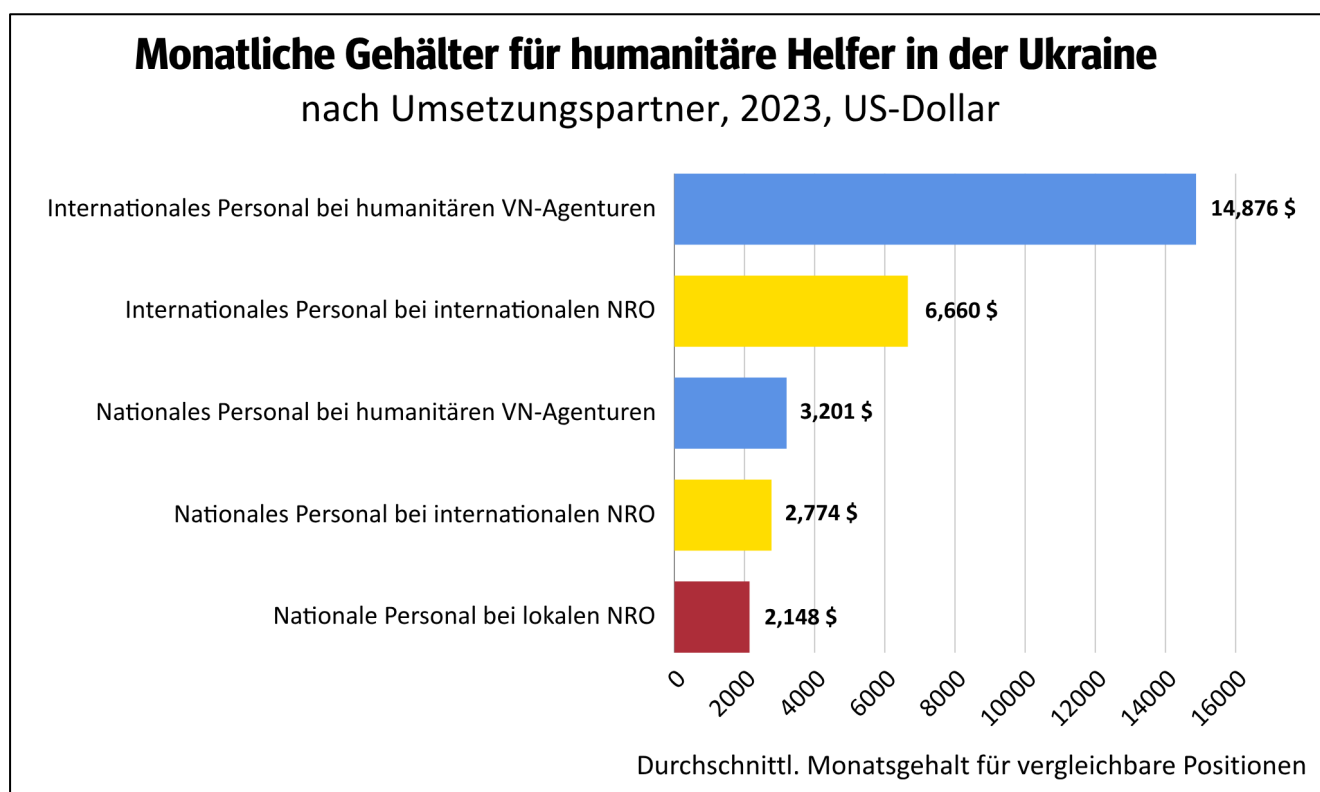
-
- Dies kann der Fall sein, wenn aufgrund der Sicherheitslage oder unwegsamer Geografie Nichtregierungsorganisationen an ihre logistischen und operativen Grenzen stoßen. Hier besitzen multilaterale Akteure aufgrund ihrer **fortgeschrittenen Großlogistik, jahrzehntelanger Erfahrung in der Verhandlung von humanitären Korridoren und robuster Sicherheitsarchitektur** einen echten Mehrwert für das humanitäre System.
 - Internationale Akteure wie international tätige Nichtregierungsorganisationen oder VN-Organisationen sollten zudem immer nur **ergänzend zu bestehenden Hilffssystemen vor Ort** tätig sein.
 - Die primäre Rolle internationaler Hilfsorganisationen sollte also in der **nachhaltigen Stärkung lokaler Reaktionskapazitäten** liegen, sodass diese aus eigener Kraft auf wiederkehrende Krisen adäquat reagieren können.
 - Dort strukturintensive internationale Parallelstrukturen aufzubauen, wo bereits lokale Mechanismen existieren, ist keine effiziente und nachhaltige Verwendung von humanitären Mitteln – insbesondere, da **internationale humanitäre Strukturen selten langfristige Wirkung vor Ort** entfalten.

Dass aktuell im internationalen humanitären System das **Subsidiaritätsprinzip nicht konsequent umgesetzt** werden, zeigt insbesondere die Reaktion auf die humanitäre Krise in der Ukraine. In der Ukraine existiert ein **grundsätzlich funktionierender Zentralstaat**, der zusammen mit seinen Oblasten und Kommunen und einer weiten Bandbreite an lokalen Akteuren seine Bürgerinnen und Bürger in Not unterstützt. Aufgrund der Kriegslast ist das **lokale Reaktionssystem jedoch überwältigt** und daher auf internationale Unterstützung angewiesen.

- Nach dem Subsidiaritätsprinzip lässt sich feststellen, dass **ukrainische Kommunen und lokale Hilfsorganisationen im Verbund die besten Ausgangsvoraussetzungen und die höchste Expertise** haben, um lokale humanitäre Bedarfe zu ermitteln und kontextgerecht zu reagieren.
- Dennoch konnten wir in den vergangenen vier Jahren einen **massiven Personal- und Strukturaufbau durch hunderte internationale humanitäre Akteure** in der Ukraine erleben, der in keinem Verhältnis zu den notwendigen Kapazitäten für eine komplementäre Unterstützung des existierenden Hilffssystems im Land steht.
- Neben internationalen Nichtregierungsorganisationen haben auch VN-Agenturen, nach dem Subsidiaritätsprinzip die letzte Instanz, mittlerweile einen **massiven Personal- und Verwaltungsapparat in der Ukraine** – obwohl in Teilen der Ukraine bereits eine Übersättigung von internationalen und lokalen NGOs besteht, die weitestgehend vergleichbare humanitäre Maßnahmen umsetzen.

- Die verschiedenen internationalen Akteure in der Ukraine **konkurrieren um finanzielle Mittel** zentraler Geberstaaten, zu denen sie aufgrund ihrer dortigen Verankerung einen deutlich besseren Zugang haben als die lokalen Akteure im eigentlichen Krisengebiet.
- **Lokale Akteure**, die nach dem Subsidiaritätsprinzip zuständig sind und deren Hilfsmaßnahmen durch internationale Akteure komplementär gestärkt werden sollten, werden in dieser Logik **häufig nur als Subdienstleister eingebunden**, um einzelne Projektkomponenten umzusetzen.
- Warum die Missachtung von Subsidiarität und Komplementarität auch für die Kosteneffizienz des humanitären Systems hochproblematisch ist, zeigt **Abbildung 1** besonders eindrücklich.

Abbildung 1: Durchschnittliche monatliche Gehälter für humanitäre Helfer in der Ukraine



Quelle: ShareTrust (2024). Passing The Buck. The Economics of Localising Aid in Ukraine. thesharetrust.org/ptb-ukraine. Darstellung von Help – Hilfe zur Selbsthilfe e.V.

Internationale Akteure haben in jeder humanitären Krise **deutlich höhere Personal- und Strukturkosten** als die ortsansässigen lokalen Akteure – auch dann, wenn vermehrt lokale Mitarbeitende, sogenannte Ortskräfte, eingestellt werden. Neben der Gehaltsstruktur betrifft das Fixkosten für Geschäftsstellen und Liegenschaften im In- und Ausland, Fahrzeugflotten, Reisekosten oder Auslandszulagen.

Das bedeutet, dass **dieselbe humanitäre Maßnahme dem Geber häufig ein Vielfaches der Kosten** verursacht, wenn sie über internationale statt direkt durch lokale Akteure umgesetzt wird – in Kontexten mit funktionierenden lokalen Reaktionssystemen ist das eine drastische Ineffizienz und steht im **Widerspruch zur Bundeshaushaltsordnung**, grundsätzlich möglichst wirtschaftlich zu arbeiten. Gleichzeitig werden durch ein international dominiertes humanitäres System **lokale humanitäre Kapazitäten** nicht nachhaltig für zukünftige Krisen gestärkt, sondern durch die Abwerbung von fähigem Personal bei höherer Bezahlung sogar **strukturell geschwächt**.

Das **Subsidiaritätsprinzip** wird im globalen humanitären System **ad absurdum geführt**: im aktuellen System verfügen internationale Akteure über den Großteil der finanziellen Mittel und die fast alleinige Entscheidungsmacht zur Maßnahmenplanung und -umsetzung, obwohl sie in den meisten Kontexten für eine effektive, kosteneffiziente und nachhaltige Deckung humanitärer Bedarfe **deutlich schlechter positioniert** sind als **lokale Akteure** vor Ort. Daher wird die Reform des Systems vor allem unter dem Stichwort der **Lokalisierung** diskutiert, also einer Führungsrolle für lokale statt für internationale Akteure.

Konkrete Reformvorschläge:

Um das humanitäre System im Sinne einer stringenten Subsidiarität zu reformieren, die Lokalisierung humanitärer Hilfe voranzutreiben und mit begrenzten finanziellen Mitteln noch möglichst viele Menschen in Not effektiv, kosteneffizient und nachhaltig zu erreichen, sind **alle Akteursgruppen des Systems** angehalten, eine **grundsätzliche Neukalibrierung des eigenen Rollenverständnisses** vorzunehmen.

Für *internationale Nichtregierungsorganisationen* bedeutet das:

- der schrittweise **Rückzug aus der eigenen Planung und Implementierung** von humanitären Projekten und die Fokussierung auf **Monitoring und nachhaltige Stärkung lokaler Strukturen**;
- die Bereitschaft, das eigene **wachstumsgetriebene Geschäftsmodell** zu verändern und Entscheidungsmacht sowie Sichtbarkeit **an lokale Partner zu übertragen**;
- auf Grundlage einer **jahrzehntelangen Tradition in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit** mit lokalen Akteuren als **vertrauenswürdiger Intermediär** aufzutreten zwischen staatlichen Gebern und privaten Spendern, die finanzielle Ressourcen und ein Interesse an der Unterstützung von Menschen in Not besitzen; sowie lokalen humanitären Akteuren, die schnell, kontexterfahren und nachhaltig Hilfe leisten können, aber einen mangelnden Zugang zu finanziellen Mitteln haben.

Für *multilaterale Akteure wie die Vereinten Nationen* bedeutet das:

- eine Rückbesinnung auf das ursprüngliche Kernmandat: **dort zu helfen, wo es niemand sonst kann;**
- eine Fokussierung der operativen Tätigkeit auf **hochfragile und schwer zugängliche Kontexte**, in denen internationale und lokale Nichtregierungsorganisationen an ihre Grenzen stoßen;
- der **operative Rückzug aus Kontexten**, in denen humanitäre Bedarfe durch staatliche, sowie internationale und lokale nichtstaatliche Akteure gedeckt werden können;
- **eine Priorisierung der datengestützten Koordinierung von humanitären Maßnahmen** – der ursprüngliche Auftrag von UN OCHA – statt als eigene humanitäre Geberinstitution aufzutreten.

Für lokale humanitäre Akteure bedeutet das:

- die schrittweise Übernahme von **Entscheidungskompetenzen sowie Verantwortung** für eine schnelle, qualitativ hochwertige und unpolitische humanitäre Hilfe – und sich damit **aus der Rolle als Subdienstleister für internationale Akteure zu lösen;**
 - eine weitere **Professionalisierung und Harmonisierung von Standards** durch freiwillige Teilnahme an geeigneten Angeboten zur Kapazitätsstärkung durch internationale Akteure;
 - eine **stringente Durchsetzung der humanitären Prinzipien**, auch bei eigener Betroffenheit.
3. **Trotz breiter politischer Zustimmung zur Lokalisierung bleiben substanzielle Fortschritte aus; weiterhin fließt der Großteil der Mittel über internationale Akteurinnen und Akteure. Welche strukturellen Ursachen sehen Sie hierfür, und welche konkreten Schritte wären erforderlich, um ein stärker lokal geführtes humanitäres System zu erreichen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Substanzielle Fortschritte in der Lokalisierung des globalen humanitären Systems sind in den vergangenen Jahren **tatsächlich ausgeblieben**. Eine jüngste umfassende Analyse des Overseas Development Institute (ODI), die alle verfügbaren Datenbanken von UN OCHA, einzelnen VN-Agenturen, der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und weiteren Quellen ausgewertet hat, kommt zu dem Ergebnis, dass insgesamt lediglich 9,5% der globalen humanitären Mittel über max. eine intermediäre Station an lokale humanitäre Akteure gehen. Nur 3,8% dieser Mittel wurden lokalen Akteuren auf direktem Wege vom Geber bereitgestellt.³

Selbst zentrale humanitäre Geberstaaten, die im Jahr 2016 den sogenannten Grand Bargain unterzeichnet haben und sich dazu verpflichtet haben, mindestens 25% ihrer humanitären Mittel „so direkt wie möglich“, also über max. eine intermediäre Organisation an lokale Akteure zu verausgaben, **erreichen diese Zielmarke bislang nicht**.

³ ODI (2026). The state of international humanitarian funding to local and national actors. media.odi.org/documents/HST-LHL_localisation_report_final.pdf#page=16.

So **auch die deutsche Bundesregierung**: In ihrem jüngst veröffentlichten Bericht zur humanitären Hilfe im Ausland 2022-2025 räumt das Auswärtige Amt ein, dass das **25%-Ziel** im Berichtszeitraum wiederholt nicht erreicht wurde und sogar kontinuierlich in immer weitere Ferne gerückt ist.⁴

Die **strukturellen Ursachen** hierfür sind vielfältig und liegen nicht alleinig bei den staatlichen Gebern:

- Eine konsequente Lokalisierung von Projektarbeit liegt **in erster Linie in der Verantwortung der humanitären Umsetzungspartner**. Sie sind es, die ihre Dominanz im aktuellen System aufgeben und sowohl finanzielle Mittel als auch Entscheidungskompetenzen und Sichtbarkeit an lokale Akteure übertragen müssen.
 - Das **Geschäftsmodell vieler internationaler humanitärer Akteure** bestand jedoch in Zeiten stetig steigender öffentlicher und privater Mittel vorrangig in einem **kontinuierlichen Wachstum** als Organisation.
 - Durch zusätzliche finanzielle Mittel und großzügige Overhead-Regelungen wurde ein **beispielloser Aufbau von Personal- und Verwaltungsstrukturen** möglich, in Form von wachsenden Geschäftsstellen und eigenen Büros für Geberakquise im Inland und neuen bzw. größeren Regional- und Landesbüros im Ausland.
 - Es folgt einer gewissen **Pfadabhängigkeit**, dass eine Abkehr von der kleinteiligen Planung und Umsetzung von humanitären Projekten für internationale humanitäre Akteure dann weder attraktiv erscheint noch ohne weiteres umzusetzen ist.
- **Zentrale Geberinstitutionen** haben hier in der Vergangenheit **nicht die notwendigen Anreize** für eine stärker lokal geführte humanitäre Hilfe gesetzt, obwohl die politische Verpflichtung zu stärkerer Lokalisierung spätestens seit dem Grand Bargain im Jahr 2016 besteht.
 - Spezifisch für das Auswärtige Amt hängt dies mit einem ohnehin hohen administrativen Aufwand zusammen, Implementierungspartnern Projektförderungen in Aussicht zu stellen. Hintergrund ist das **in der Bundeshaushaltsordnung geregelte, und für das Inland konzipierte deutsche Zuwendungsrecht**. Diesem unterliegen humanitäre Nichtregierungsorganisationen auch dann, wenn sie Projekte in Krisenregionen im Ausland durchführen, was erheblichen Prüfaufwand sowohl bei den Organisationen als auch im Auswärtigen Amt zur Folge hat.
 - **Freiwillige Förderbeiträge an Agenturen der Vereinten Nationen** fallen nicht in gleicher Weise unter das Zuwendungsrecht und produzieren einen geringeren administrativen Aufwand, bieten aber gleichzeitig deutlich weniger Einblick zum tatsächlichen Einsatz der Mittel.

⁴ Auswärtiges Amt (2026). Bericht der Bundesregierung über die humanitäre Hilfe im Ausland 2022-2025. <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2774746/1c3c14356a2c0fda37db683cd4db0c53/huhi2022-2025-data.pdf>.

- Für beide Akteursgruppen wurde daher durch das Auswärtige Amt **bislang nur sehr oberflächlich nachgehalten**, ob lokale Akteure in der Projektplanung und -umsetzung der geförderten Projekte nicht eine Führungsrolle einnehmen und damit Menschen in Not effektiver, kosteneffizienter und nachhaltiger erreichen könnten.

Konkrete erforderliche Schritte wären:

- die **direkte Förderung** von lokalen humanitären Akteuren durch Geberinstitutionen, wo dies unbedenklich erscheint;
 - **deutlich striktere Gebervorgaben gegenüber internationalen Umsetzungspartnern** zur Weitergabe von finanziellen Mitteln und Entscheidungskompetenzen an lokale Akteure, wo immer dies möglich ist – hier kann das Auswärtige Amt mit der Novellierung der Förderrichtlinie und der Überarbeitung der Antrags- und Skizzenformate im Jahr 2025 bereits echte Fortschritte vorweisen;
 - dies gilt **insbesondere für multilaterale humanitäre Umsetzungspartner**, die nach wie vor den Großteil der deutschen humanitären Mittel erhalten, gleichzeitig nicht in derselben Weise wie Nichtregierungsorganisationen unter das Zuwendungsrecht fallen und hierdurch kleinteilig rechenschaftspflichtig wären;
 - die gezielte **Förderung von innovativen und lokal geführten Finanzierungsmechanismen**, (z.B. zivilgesellschaftliche und flüchtlingsgeführte Pooled Funds, gemeinsame Konsortien aus internationaler und lokaler Zivilgesellschaft, etc.)
 - **deutlich striktere Eigenverpflichtungen durch internationale humanitäre Akteure**, etwa im Rahmen transparent einsehbarer Lokalisierungs-Policies, regelmäßigem Reporting zum Anteil weitergeleiteter Mittel und der Führungsrolle lokaler Partner und der Beendigung wachstumsgetriebener Geschäftsmodelle.
4. Die aktuellen Reformbemühungen im Rahmen des "Humanitarian Reset" sind maßgeblich durch rückläufige Finanzmittel für humanitäre Hilfe angestoßen worden. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die von UN OCHA vorgenommene Priorisierung auf "lebensrettende Maßnahmen", welche Implikationen ergeben sich daraus, und welche Schlussfolgerungen ziehen Sie für die künftige Ausgestaltung der humanitären Finanzierung? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
5. Wie beurteilen Sie die Fortschritte bei der Steigerung der Effizienz der humanitären Hilfe im Rahmen des Prozesses der Vereinten Nationen zum Humanitären Neustart/Humanitarian Reset? (SPD)
6. Wie bewerten Sie die aktuellen Reformansätze des humanitären Systems etwa bei Finanzierungsmechanismen wie den UN Country-Based Pooled Funds im Hinblick auf das Zusammenspiel der beteiligten Akteure in der Praxis und inwiefern tragen sie dazu bei, Asymmetrien im Machtgefälle von UN-Organisationen, internationalen Hilfsorganisationen und loka-

len Akteuren zu überwinden – oder verfestigen sie bestehende Abhängigkeiten? Welche konkreten politischen und finanziellen Veränderungen wären notwendig, um lokalen Organisationen eine gleichberechtigte und eigenständige Rolle zu ermöglichen? (Die Linke)

Mehr als ein Jahr nach Ausruf des „Humanitarian Reset“ durch Tom Fletcher, VN-Nothilfekoordinator und Leiter von UN OCHA lässt sich eine **gemischte Bilanz** des bisherigen Reformprozesses ziehen.

Positiv ist zu bewerten, dass die **Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reform** des VN-koordinierten humanitären Systems erkannt wurde und mit der **nötigen Ernsthaftigkeit** vorangetrieben wird.

- Dies betrifft insbesondere die Klärung weitreichende **Strukturfragen zur effizienteren Zusammenarbeit** zwischen UN OCHA und den eher autonomen VN-Agenturen wie WFP, Unicef oder UNHCR.
- In diesem Zusammenhang ist vor allem **die Aufwertung der Humanitarian / Resident Coordinators** gegenüber einzelnen VN-Agenturen, die **Verschlinkung** des bisherigen eher schwerfälligen Cluster-Systems sowie der schnelle **Rückzug von Humanitarian Country Teams** aus 8 nicht-akuten Krisenkontexten zu nennen.

Eher durchwachsen fällt die Bilanz der von UN OCHA vorgenommenen **Hyper-Priorisierung auf „lebensrettende Maßnahmen“** aus.

- Bei aller Notwendigkeit einer Priorisierung von Mitteln, um auch unter de facto Triage-Bedingungen weiterhin humanitäre Hilfe bedarfsgerecht zu leisten, darf die **Hyper-Priorisierung nicht aus strategischen Erwägungen als neue Normalität** verkauft werden, um der sogenannten „Donor Fatigue“, also der Gebermüdigkeit, etwas entgegenzusetzen.
- Der Global Humanitarian Overview (GHO) von UN OCHA sollte in erster Linie einen **datengestützten Überblick zur tatsächlichen humanitären Bedarfslage** bieten. Wenn im jüngsten GHO die Zahl der Menschen in Not von knapp 300 Mio. Menschen im Jahr 2025 auf unter 240 Mio. Menschen im Jahr 2026 kleingerechnet wird, ohne dass sich humanitäre Bedarfe tatsächlich nennenswert verringern, verkommt der Bericht zu einem politischen Lobbypapier gegenüber Geberstaaten.
- Es müssen nach wie vor **die gesamten ermittelten Bedarfe klar und transparent benannt** und auf dieser Grundlage dann Diskussionen zur Lastenverteilung der Finanzierung diskutiert werden, etwa im Rahmen verschiedener im Raum stehender „Fair Share“-Modelle. Gegenüber Gebern zu suggerieren, dass die Anzahl an Menschen in Not weniger wird, nur weil der Finanzierungswille nachlässt, ist ein gefährlicher Präzedenzfall.
- Humanitäre Hilfsorganisationen sind mehr denn je angewiesen auf eine saubere Datengrundlage, um prinzipienorientierte Entscheidungen treffen zu können. Eine **reine Fokussierung auf Menschen in den sogenannten „Severity“-Stufen 4 und 5** ist nach der Logik der Triage zwar nachvollziehbar, verkennet allerdings die Realität humanitärer Krisen, in der nicht unmittelbar lebensbedrohliche, aber einfach zu lindernde Bedarfe bei ausbleibender Hilfe schnell in schwerere Stufen der Not umschlagen können.

Als kritisch zu betrachten ist die zunehmende **Zentralisierung humanitärer Gelder** bei den von UN OCHA verwalteten **Country Based Pooled Funds (CBPFs)**.

- Die CBPFs dienen dem sogenannten „Pooling“ von Gebermitteln, die dadurch möglichst effizient für humanitäre Hilfsmaßnahmen im jeweiligen Land verausgabt werden sollen. Dies ist **dann sinnvoll und effizient**, wenn sich auf diese jeweiligen Länderfonds **primär lokale humanitäre Akteure** bewerben können und hochwertige (flexible und mehrjährige) Mittel für ihre Hilfsmaßnahmen erhalten.
- In diesem Fall dienen die **CBPFs als eine sogenannte intermediäre Organisation**, von denen es gemäß Grand Bargain nur jeweils eine geben sollte zwischen Geber und lokalem Akteur. Das ist **unter dem Strich effizienter als die mehrstufige Weiterreichung** von Mitteln über VN-Agenturen, internationale Nichtregierungsorganisationen bis hin zu lokalen Akteuren.
- Eine Zentralisierung der globalen humanitären Mittel auf diese CBPFs ist allerdings aus verschiedenen Gründen **kein geeigneter Reformansatz für das humanitäre System**:
 - Obwohl der Mehrwert der CBPFs in der Förderung von humanitären Akteuren der jeweiligen Krisenregion besteht, waren es in den vergangenen 10 Jahren immer **internationale Akteure, die den Großteil der CBPF-Mittel erhalten haben**.⁵
 - Der Humanitarian Reset erklärte im Juni 2025 die stärkere Förderung lokaler Akteure zu einem zentralen Reformziel des Resets, dennoch liegt die Förderung im laufenden Jahr 2026 auf dem tiefsten Stand seit 10 Jahren. **Weniger als 8% der CBPF-Mittel gingen bislang an lokale Akteure, knapp 60% hingegen an VN-Agenturen**.⁶
 - Es werden also im Rahmen der CBPF aktuell **Gebermittel durch UN OCHA verwaltet**, um diese dann **im nächsten Schritt an VN-Agenturen** zu verausgaben, die wiederum Mittel an internationale Nichtregierungsorganisationen und lokale Akteure weiterreichen. Diese Form der Implementierungsketten ist eine der **Hauptursachen für Ineffizienzen im humanitären System**.
 - Und selbst in der seltenen direkten Verausgabung an lokale Akteure, bleiben die CBPFs eine **überdurchschnittlich teure intermediäre Instanz**. Die Mittel werden durch UN OCHA unter Personal- und Strukturkosten verwaltet, die **deutlich höher ausfallen als bei internationalen Nichtregierungsorganisationen**. Nach dem Subsidiaritätsprinzip macht es wenig Sinn, die Finanzierung humanitärer Hilfe bei UN OCHA anzusiedeln.
 - Zum selben Ergebnis kommt auch die **gemeinsame Experten-Kommission der renommierten medizinischen Zeitschrift The Lancet und der John-Hopkins-Universi-**

⁵ UN OCHA (2026). Country Based Pooled Funds Data Hub. https://cbpf.data.unocha.org/#netfunding_heading.

⁶ Ebd.

sität zur Reform des humanitären Systems. Sie spricht sich dafür aus, die Machtverhältnisse zu invertieren und Entscheidungsmacht sowie Finanzierung so lokal wie möglich anzusiedeln.⁷

- Der Vorsitzende der Kommission, Paul Spiegel, äußerte konkrete Bedenken zur im Reset vorgesehenen Führungsrolle von UN OCHA in der Verwaltung globaler humanitärer Mittel:

We would question whether the UN and OCHA is the right group to be able to manage these pooled funds for a variety of reasons. One is purely efficiency and effectiveness. Secondly, is there a conflict of interest when, at least in the past, most of these funds were going to UN, UN agencies, and then international NGOs that were part of the whole humanitarian country team. So it looks like the deck was stacked.

8

- Schlussendlich baut eine Ausrichtung des internationalen humanitären Systems auf die CBPFs von UN OCHA keine bestehenden Machtgefälle ab – sondern **verstärkt Asymmetrien vielmehr**. Statt finanzielle und operative Entscheidungsmacht an lokale Akteure zu übertragen, wird durch die zentrale Verankerung von UN OCHA nicht nur in der Koordinierung, sondern künftig auch in der Mittelvergabe die **Führungsrolle internationaler Akteure und die Dienstleisterrolle lokaler Akteure weiter zementiert**.

Konkrete nötige Veränderungen:

- UN OCHA sollte den Verdacht entkräften, der starke Fokus des Humanitarian Reset auf insbesondere Country Based Pooled Funds rühre aus der Motivation, dass diese von OCHA selbst verwaltet und koordiniert werden;
- Hierfür muss UN OCHA deutlich konkretere Vorschläge machen, wie **CBPFs künftig in gleichberechtigter Partnerschaft mit lokalen Akteuren gemanagt** werden können;
- Humanitäre Geberinstitutionen sollten nicht dem Beispiel der U.S.-Regierung folgen und ihre finanziellen Mittel ausschließlich über die CBPFs abwickeln – stattdessen sollten **CBPF-Zusagen an konkrete Fortschritte gekoppelt werden**, etwa in der Mittelvergabe an lokale Akteure und der Führungsrolle in Entscheidungsgremien;
- Humanitäre Geberinstitutionen sollten neben den CBPFs eine **Bandbreite an Finanzierungsmechanismen pilotieren**, darunter auch zivilgesellschaftlich getragene und lokal geführte Pooled Funds, um einen Wettbewerb der besten Ideen zu ermöglichen und möglichst schlanke und effiziente Wege zur Förderung lokaler Akteure zu identifizieren.

7. Wie beurteilen Sie die zunehmende Politisierung, Militarisierung und Privatisierung der humanitären Hilfe und damit die Schaffung paralleler Strukturen zum VN-System? (SPD)

⁷ CHH-Lancet Commission (2026). The Report. healthconflictcommission.org/the-report/.

⁸ The New Humanitarian (2026). Inklings | Who should run pooled funds? <https://www.thenewhumanitarian.org/newsletter/2026/05/21/inklins-who-should-run-pooled-funds>.

8. Wie bewerten Sie die zunehmende Schwächung des humanitären Systems (bspw. Board of Peace, GHF und die zunehmende Delegitimierung von humanitären Akteuren) bzw. die zunehmende Politisierung der humanitären Hilfe (bspw. in Gaza) und was müsste man dem entgegensetzen? (Die Linke)
9. Welche Gründe bestehen für zunehmend schwindende humanitäre Zugänge und die stark sinkende Sicherheit im humanitären Raum, mittels welcher Ansätze und Maßnahmen wird dem entgegengewirkt und welcher Schritte bedarf es aktuell seitens der Staaten, der internationalen Staatengemeinschaft und in Kooperation mit humanitären Akteuren? (CDU/CSU)

Das VN-koordinierte System der humanitären Hilfe kann **in immer weniger Krisenkontexten prinzipienorientierte, ungehinderte und bedarfsgerechte humanitäre Hilfe** leisten.

Besonders offenkundig ist dies in Gaza, wo Israel eine **unabhängige und professionelle Nothilfe über Monate fast vollständig unterbunden** hat und die Verteilung von Lebensmitteln stattdessen durch die militärische Privatorganisation *Gaza Humanitarian Foundation* abwickeln ließ, an deren Ausgabestellen nachweislich hunderte Hilfesuchende durch Schüsse getötet wurden.⁹ Bis heute wird der Großteil der Hilfsgüter in den Gazastreifen nicht von humanitären Hilfsorganisationen, sondern durch privatwirtschaftliche Unternehmen eingeführt, die nicht an humanitäre Standards gebunden ist.^{10 11}

Das **Vorgehen in Gaza ist ein Präzedenzfall** für den Anspruch einer neutralen, unabhängigen und überparteilichen humanitären Hilfe in Konfliktkontexten. Die bewusste **Vereinnahmung humanitärer Hilfe für politische oder militärische Ziele** und die **gezielte Marginalisierung** des bestehenden humanitären Systems und seiner Akteure stellt für Staaten und politische Entscheidungsträger **zunehmend keinen Tabubruch** mehr da.

Dies wird **auch in der Finanzierung** von humanitären Akteuren deutlich. Die **U.S.-Regierung** hat in den vergangenen Monaten auf Grundlage von Vereinbarungen mit UN OCHA mehrere Milliarden US-Dollar in ausgewählte Country Based Pooled Funds eingezahlt – um damit nach eigener Aussage die **Führungsrolle im Humanitarian Reset** einzunehmen.^{12 13 14}

⁹ UN OHCHR (2025). Killings of Palestinians seeking food in Gaza continue as starvation deepens. www.reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/killings-palestinians-seeking-food.

¹⁰ UN OCHA (2026). Humanitarian Situation Report | 12 June 2026. www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-report-12-june-2026#incoming-supplies.

¹¹ UNOPS (2026). UN2720 Mechanism for Gaza. app.un2720.org/tracking/arrived.

¹² U.S. Department of State (2025). More Lives Saved for Fewer Taxpayer Dollars: Trump Administration Leads “Humanitarian Reset” in the United Nations. <https://www.state.gov/releases/under-secretary-for-foreign-assistance-humanitarian-affairs-and-religious-freedom/2025/12/more-lives-saved-for-fewer-taxpayer-dollars>.

¹³ U.S. Department of State (2026). United States Pledges Additional \$1.8 Billion in Life-Saving Humanitarian Funding to OCHA’s Humanitarian Reset & Shares Powerful Results from the Trump Administration’s UN Humanitarian Reform Agreement. www.state.gov/releases/under-secretary-for-foreign-assistance-humanitarian-affairs-and-religious-freedom/2025/12/more-lives-saved-for-fewer-taxpayer-dollars.

¹⁴ U.S. Department of State (2026). United States Announces More Than \$1 Billion in Assistance to UNICEF and World Food Program to Address Global Humanitarian Needs. www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/06/united-states-announces-more-than-1-billion-in-assistance-to-unicef-and-world-food-program.

Diese **starke U.S.-Abhängigkeit** des humanitären Systems leistet der Politisierung humanitärer Hilfe Vorschub und **untergräbt dabei die erklärten Reformziele des Humanitarian Resets**:

- So einigte sich das Inter-Agency Standing Committee (IASC) im Juni 2025 auf konkrete Reformziele des Resets, darunter „significantly greater funding than previous targets to country pooled funds, which would provide **significantly more funding to local actors**“.¹⁵
- Die **jüngsten U.S.-Mittelallokationen** für CBPFs stärken zwar die Pooled Funds von UN OCHA quantitativ, aber zu **komplett gegensätzlichen Bedingungen** als im Humanitarian Reset vorgesehen: **große Zuschüsse an internationale Hilfsorganisationen**, gekoppelt mit hohem administrativen Aufwand für notwendige Qualitätsprofile und kurzen 6-monatigen Projektlaufzeiten.¹⁶
- Gleichzeitig findet auch eine Politisierung in der regionalen Mittelverwendung statt, etwa indem **bestimmte Kontexte explizit von der U.S.-Förderung der CBPFs ausgeschlossen** werden, wie z.B. Afghanistan, Jemen, Syrien, Venezuela und Somalia.¹⁷
- Neben den Einzahlungen in die CBPFs setzt die U.S.-Regierung zudem auf **wenige, hochvolumige Zuschüsse** (sogenannte *macro awards*) **an ausgewählte internationale Hilfsorganisationen** wie Catholic Relief Services, Unicef und WFP – die Dominanz internationaler Akteure in der Mittelverwaltung und der Entscheidungsfindung wird hierdurch weiter zementiert, statt umgekehrt.¹⁸

Konkrete Maßnahmen gegen die gezielte Schwächung des humanitären Systems:

- eine konsequente **Dezentralisierung und Lokalisierung** des humanitären Systems mit Entscheidungskompetenz und direktem Mittelzugang für **regierungsferne lokale Krisensysteme**;
- **keine einseitige Verknappung des humanitären Systems auf multilaterale VN-Strukturen** mit höherer politischer Abhängigkeit als nichtstaatliche und zivilgesellschaftliche Akteure;
- **verstärkte Bemühungen zur Geberdiversifizierung**, um die Finanzierung humanitärer Hilfe und Verantwortungsbewusstsein für das humanitäre Völkerrecht gleichmäßiger auf Geberstaaten zu verteilen und einseitige politische Abhängigkeiten zu verringern;

¹⁵ IASC (2025). Statement by Emergency Relief Coordinator Tom Fletcher - The Humanitarian Reset Phase Two. interagencystandingcommittee.org/inter-agency-standing-committee/statement-emergency-relief-coordinator-tom-fletcher-humanitarian-reset-phase-two.

¹⁶ The New Humanitarian (2026). Why local organisations are frustrated with UN pooled funds. www.thenewhumanitarian.org/opinion/2026/06/08/why-local-organisations-are-frustrated-un-pooled-funds.

¹⁷ The Guardian (2026). US ‘adapt, shrink or die’ terms for \$2bn aid pot will mean UN bowing down to Washington, say experts. www.theguardian.com/global-development/2026/jan/01/us-aid-cuts-conditions-un-humanitarian-pledge-ocha.

¹⁸ Devex (2026). US funnels \$1B to UNICEF and WFP in latest humanitarian funding push. www.devex.com/news/us-funnels-1b-to-unicef-and-wfp-in-latest-humanitarian-funding-push-112750.

-
- **humanitäre Standards und Finanzierung aufrechterhalten, statt abzusenken:** etablierte Geberstaaten dürfen im Lichte der Delegitimierung des humanitären Systems nicht eigene Ansprüche verwässern, sondern sollten sie mit gutem Beispiel vorleben – kurzfristige Mittelkürzungen oder die Politisierung von Förderentscheidungen sind keine attraktive Grundlage, um neue Geber für ein bedarfsorientiertes humanitäres System zu gewinnen.



Ausschussdrucksache 21(17)20
vom 26. Juni 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Christian Reuter

Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes e. V.

Stellungnahme des Deutschen Roten Kreuz e.V. (DRK)

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Vorbemerkung

Das Deutsche Rote Kreuz erkennt an, dass die angespannte globale Finanz- und Wirtschaftslage sowie die komplexe geopolitische Lage Anpassungen im humanitären System erforderlich macht. Das DRK ist bereit, zielführende Reformen unmittelbar und im Rahmen der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung konstruktiv mitzugestalten.

Das DRK teilt das Ziel, humanitäre Hilfe effizienter zu gestalten, um den weltweit steigenden Bedarfen gerecht zu werden. Reformen müssen jedoch die Leistungsfähigkeit, Unabhängigkeit und Resilienz des humanitären Systems strategisch stärken – nicht untergraben. Humanitäre Hilfe kommt Menschen in existenziellen Notsituationen zugute; ihre Wirksamkeit und Effektivität ist demnach ein Muss.

Die derzeitigen Reformbemühungen greifen hierbei zu kurz. Die aktuelle Debatte verengt sich auf Mittelkürzungen, Zentralisierung und Priorisierung. Strukturelle Anpassungen, die humanitäre Wirksamkeit mit wirtschaftlicher Effizienz verbinden könnten, bleiben dabei aus – und damit auch eine tragfähige Langzeitstrategie. Darüber hinaus dürfen übergeordnete Ursachen nicht ausgeblendet werden: Politisierung von Hilfe und die Erosion des Humanitären Völkerrechts verengen den Handlungsrahmen aller Akteure. Die Auseinandersetzung mit diesen Ursachen muss Teil jeglicher Reformbemühungen sein.

Zunehmende Politisierung humanitärer Hilfe: Bedarfserhebung sowie Mittelvergabe dürfen einzig auf Grundlage humanitärer Bedarfe erfolgen

Die Diskrepanz zwischen humanitären Bedarfen und verfügbar gemachten Ressourcen macht operative Priorisierungsentscheidungen unvermeidbar. Diese sind seit jeher Teil humanitärer Arbeit. Kritisch zu bewerten ist jedoch die Tendenz, nicht nur die verfügbaren Mittel, sondern auch die Erhebung humanitärer Bedarfe an politisch definierte Finanzierungsrealitäten anzupassen. Bedarfe müssen unabhängig von verfügbaren Haushaltsmitteln bewertet werden. Nur so lässt sich das tatsächliche Ausmaß menschlichen Leids – und die Konsequenz dessen Nichtbeachtung – abbilden.

Der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung und damit jeder einzelnen Rotkreuz- oder Rothalbmondgesellschaft wurde vor mehr als 60 Jahren durch die Staatengemeinschaft der Auftrag gegeben, jederzeit und überall gemäß der Grundsätze Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit humanitär tätig zu werden. Die zunehmende Vermischung humanitärer Hilfe mit außen-, sicherheits- oder wirtschaftspolitischen Zielsetzungen betrachtet das DRK deshalb mit Sorge. Humanitäres Handeln muss sich ausschließlich an den Bedürfnissen betroffener Menschen orientieren und darf nicht kurzfristigen politischen Zielsetzungen untergeordnet werden. Wo humanitäre Hilfe Teil einseitig strategischer Erwägungen wird, entstehen Zielkonflikte, die den Zugang zu betroffenen Menschen

erschweren und die Akzeptanz humanitärer Akteure gefährden. Die Wahrung eines eigenständigen humanitären Handlungsraums muss ein zentrales Anliegen nationaler und internationaler Reformprozesse sein.

Die Ermöglichung prinzipienorientierter humanitärer Hilfe steht dabei nicht im Widerspruch zu politischen Interessen: Sie stärkt das Vertrauen internationaler Partner und der Konfliktparteien, hält Gesprächskanäle offen und festigt Deutschlands Glaubwürdigkeit als verlässlicher Akteur, der sich konsequent zu einer regel- und rechtsbasierten internationalen Ordnung sowie zum humanitären Völkerrecht bekennt.

Internationale Reformansätze greifen zu kurz: Prävention und Lokalisierung statt Priorisierung und Zentralisierung zur Effizienzsteigerung

Auch die international diskutierten Ansätze zur Effizienzsteigerung bedürfen kritischen Betrachtung. Stärkere Zentralisierung von Entscheidungs- und Finanzierungsstrukturen macht Hilfe nicht wirksamer. Entscheidend bleibt die Stärkung lokaler Kapazitäten und Investitionen in präventive und antizipative Ansätze. Katastrophenvorsorge, Frühwarnsysteme und vorausschauende humanitäre Hilfe reduzieren nachweislich menschliches Leid und senken Folgekosten erheblich.

Angesichts zunehmender Extremwetterereignisse, langanhaltender Krisen und begrenzter öffentlicher Mittel gehören Investitionen in Vorsorge zu den wirksamsten und wirtschaftlich sinnvollsten Maßnahmen im humanitären Bereich. Die Kosten unterlassender Vorsorge werden Einsparungen durch Mittelkürzungen bei Weitem übersteigen. Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung hat bei der Entwicklung und Umsetzung vorsorgender und vorausschauender Ansätze weltweit eine führende Rolle übernommen.

Im Zentrum eines resilienten humanitären Systems stehen lokal verankerte, rechtlich wie gesellschaftlich mandatierte Akteure – mit tiefem kontextuellem Verständnis, Gemeindegang und der Möglichkeit des langfristigen Engagements. Dennoch werden sie häufig vor allem als Umsetzungsstrukturen statt als gleichberechtigte Partner in Planung, Prioritätensetzung und Entscheidungsfindung behandelt. Bereits 2016 war die ursprüngliche Motivation des Grand Bargain, im Kern eine nachhaltige Systemreform und die strukturelle Stärkung lokaler Akteure durch gezielten Kapazitätsaufbau, harmonisierte Förderlinien und vereinfachten Direktzugang zu Fördermitteln in den Mittelpunkt zu stellen. Damals wie heute ist die Voraussetzung dafür Vertrauen in die lokale Leistungsfähigkeit – nicht als politisch wohlmeinende Geste, sondern als strategische Notwendigkeit.

Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung als eigenständige Säule des humanitären Systems anerkennen

Innerhalb lokaler humanitärer Strukturen kommt den 191 Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften sowie den internationalen Komponenten der Bewegung, insbesondere dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, eine besondere Rolle zu. Anders als viele andere Akteure handeln sie auf Grundlage eines humanitären Mandats, das ihnen durch die Staatengemeinschaft im internationalen Recht sowie den nationalen Gesetzgebungen übertragen wurde. In dieser Rolle sind sie weltweit integraler Bestandteil des humanitären Systems. So zählen Nationale Gesellschaften zu den wichtigsten lokalen Partnern zahlreicher Organisationen der Vereinten Nationen. Aktuelle Reaktionen auf die Sudan-Krise zeigen exemplarisch, wie stark Programme von UNHCR, UNICEF, WFP oder IOM auf die Strukturen

und Kapazitäten Nationaler Gesellschaften angewiesen sind. Diese Rolle wird weder ausreichend anerkannt noch gezielt finanziell gefördert. In den laufenden Reformprozessen sollte sich die tragende Rolle der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung für das humanitäre System widerspiegeln.

Vor diesem Hintergrund ist auch die derzeitige Fokussierung der Reformbemühungen auf UN-geführte *Country-Based Pooled Funds* (CBPF) zu hinterfragen. Die CBPF können einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung lokaler Akteure leisten, sollten jedoch nicht als alleiniger oder vorrangiger Mechanismus betrachtet werden. Neben ihnen existieren bewährte Instrumente innerhalb der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung sowie zivilgesellschaftlicher Strukturen, darunter der IFRK *Disaster Response Emergency Fund* (DREF), die Mittel effizient und bedarfsgerecht an lokale Akteure weiterleiten.

Die Vielfalt von Akteuren und Finanzierungsmechanismen ist keine Schwäche, sondern eine wesentliche Voraussetzung für die Resilienz des humanitären Systems, seine Innovationskraft und den Zugang zu betroffenen Menschen.

Zentrale Herausforderung abseits der Reformen: Die Erosion des Humanitären Völkerrechts befeuert Krisen und verengt humanitären Handlungsspielraum

Die Erosion des humanitären Völkerrechts gefährdet das Fundament humanitärer Hilfe. Die Zahl ziviler Opfer bewaffneter Konflikte bleibt hoch, humanitärer Zugang wird vielerorts systematisch eingeschränkt, die Zahl getöteter humanitärer Helferinnen und Helfer hat neue Höchststände erreicht. Parallel ist eine zunehmend selektive Berufung auf das humanitäre Völkerrecht und dessen permissive Auslegung zu beobachten. Seine Schutzwirkung kann nur erhalten bleiben, wenn seine Regeln universell gelten und unabhängig von politischen Erwägungen konsequent eingefordert werden. Ein glaubwürdiges und konsistentes Eintreten Deutschlands für das humanitäre Völkerrecht ist von zentraler Bedeutung, um humanitäre Bedarfe infolge von bewaffneten Konflikten einzudämmen.

Auch die wirtschaftlichen Folgekosten der Missachtung des humanitären Völkerrechts sind erheblich: Je komplexer humanitäre Krisen und Sicherheitslagen werden, desto höher sind die Kosten für ihre Bewältigung. Bewaffnete Konflikte, die ohne Rücksicht auf das humanitäre Völkerrecht geführt werden, verlängern Leid, verursachen Vertreibung und destabilisieren ganze Regionen – mit langfristigen politischen und wirtschaftlichen Folgen auch für Deutschland und Europa. Ein glaubwürdiges, konsistentes deutsches Eintreten für das humanitäre Völkerrecht ist daher mehr als eine wichtige moralische Pflicht, es ist außenpolitisch wichtig und ökonomisch geboten.

Kernforderungen für die Reform des humanitären Systems

Das Deutsche Rote Kreuz sieht drei Prioritäten für die Weiterentwicklung des humanitären Systems:

- Reformbemühungen müssen sich auf die strukturelle Stärkung mandatierter lokaler Akteure sowie auf Investitionen in präventive und vorausschauende Ansätze konzentrieren. Lokale Akteure müssen besser an der Bedarfsanalyse, Planung und Umsetzung humanitärer Maßnahmen beteiligt werden. Der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung kommt dabei aufgrund ihres Mandats, ihrer Reichweite und ihrer lokalen Verankerung eine besondere Rolle zu.
- Die Finanzierung humanitärer Hilfe muss sich an den tatsächlichen Bedarfen orientieren. Humanitäre Hilfe muss ausreichend ausgestattet und im Einklang mit den humanitären Prinzipien geleistet werden. Kurzfristig ist eine Rückkehr zum Niveau von 2022 mit ca. 3 Mrd. EUR erforderlich. Mittelfristig sollten sich die humanitären Beiträge Deutschlands an einer verbindlichen

Quote ausrichten, die sowohl den globalen humanitären Bedarfen als auch der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes Rechnung trägt. Humanitäre Finanzierung darf nicht von wechselnden politischen Prioritäten abhängig sein, sondern muss bedarfsgerecht, planbar und langfristig abgesichert werden.

- Deutschland muss sich national und international konsequent für die universelle Anwendung und Einhaltung des humanitären Völkerrechts einsetzen. Die Achtung dieser Regeln ist eine Grundvoraussetzung für den Schutz von Zivilpersonen, humanitärem Personal und den Zugang zu Menschen in Not.



Ausschussdrucksache 21(17)21
vom 26. Juni 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Anica Heinlein

Co-Vorstandsvorsitzende von VENRO

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Schriftliche Stellungnahme des Verbands Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)

Berlin, den 26.06.2026

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Öffentliche Anhörung am 8. Juli 2026

Schriftliche Stellungnahme von Anica Heinlein, Co-Vorsitzende des VENRO-Vorstands, zum Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform“

Inhalt

Überblick: Humanitäre Hilfe zwischen Systemkrise und Reformchance	2
These 1: Das humanitäre System steht vor seiner größten Bewährungsprobe. Wird es jetzt nicht entschlossen verteidigt, zahlen die Schwächsten den Preis.	2
1. Die Kluft zwischen humanitären Bedarfen und ihrer Finanzierung wächst dramatisch.	2
2. Die normativen Grundlagen des humanitären Systems werden zunehmend untergraben.	3
3. Humanitäres Handeln wird zunehmend politisiert und nationalen Interessen untergeordnet.	4
These 2: Die aktuelle Kürzungs- und Reformdynamik treibt eine Entwicklung voran, in der verletzte Gruppen zunehmend verlieren.	6
1. Hyperpriorisierung lässt Menschen in Not bewusst zurück.	6
2. Der Fokus auf “life-saving activities” schafft die Krisen von morgen.	7
3. Politisierte Finanzierung schafft gefährliche Präzedenzen und schwächt das etablierte System.	8
These 3: Die Chance für echte Reformen ist da – mehr Lokalisierung, bessere Koordination und mehr Effizienz. Doch sie wird bislang kaum genutzt.	9
1. Die Country-Based Pooled Funds allein werden es nicht richten. Es braucht den Willen zu umfassenden Reformen.	9
2. Im Kern geht es um eine Machtfrage: Ist das System bereit für echte Partnerschaft?	10
3. Effizienz ist nicht gleich Vereinfachung. Ein wirksames humanitäres System setzt auf Komplexität statt Zentralisierung.	11

Überblick: Humanitäre Hilfe zwischen Systemkrise und Reformchance

Ein humanitäres System, das zugleich explodierende Bedarfe und schwindende Mittel bewältigen muss, gerät zwingend ins Wanken. Während die Finanzierungslücke immer weiter wächst, werden gleichzeitig inmitten tiefgreifender geopolitischer Verschiebungen zunehmend auch die normativen Grundlagen des Systems gezielt in Frage gestellt.

Tragfähige Lösungen für die Krise des Systems sind bislang nicht in Sicht. Was nach dem Humanitären Weltgipfel in Istanbul als Reformaufbruch begann, hat bislang nicht die erhofften Veränderungen hervorgebracht. Der „Grand Bargain“ ringt weiterhin um seine Umsetzung, während die akute Finanzkrise unter dem Schlagwort „Humanitarian Reset“ vor allem kurzfristige Anpassungen hervorbringt, ohne die strukturellen Schwächen umfassend zu adressieren.

In dieser Gemengelage droht das humanitäre System nicht nur an fehlenden Ressourcen zu scheitern, sondern auch an der schleichenden Erosion jener Grundsätze, auf denen seine Legitimität und Handlungsfähigkeit beruhen: Humanitäre Prinzipien und humanitäres Völkerrecht werden zunehmend missachtet, verletzt und politisch relativiert, mit fatalen Folgen für das Gesamtsystem.

Es gilt, nicht weniger als die Frage zu beantworten, wie humanitäre Hilfe künftig organisiert und gesteuert werden soll. Das System ist in vielen Bereichen bereits hochgradig spezialisiert, arbeitsteilig organisiert und auf Wirksamkeit ausgerichtet. Gleichzeitig zeigen sich jedoch strukturelle Ungleichgewichte, die Reformen notwendig machen. Diese können und müssen dazu beitragen, vorhandene Ressourcen noch besser einzusetzen, Macht gerechter zu verteilen und lokale und nationale Akteur_innen zu stärken.

Dabei steht mehr auf dem Spiel als die Zukunft einzelner Reformprozesse. Es braucht einen erneuerten politischen und finanziellen Konsens für humanitäres Handeln und ein glaubwürdiges Bekenntnis zu den universellen Regeln des humanitären Völkerrechts.

Deutschland kann eine wichtige gestaltende Rolle dabei einnehmen, den humanitären Konsens zu erneuern: durch mehr finanzielle Verantwortung, verstärktes diplomatisches Engagement und die konsequente Verteidigung der humanitären Prinzipien. Als wichtige Geberin, einflussreiche politische Akteurin und Verfechterin einer regelbasierten internationalen Ordnung kann die Bundesregierung aktiv dazu beitragen, die aktuelle Krise als Chance für echte Reformen zu nutzen – hin zu einem stärker bedarfsorientierten, unabhängigen und konsequent lokal geführten humanitären System. Gerade in Zeiten eines schwindenden internationalen Engagements kann sie durch konkretes Handeln und Übernahme von Verantwortung Führung beweisen.

These 1: Das humanitäre System steht vor seiner größten Bewährungsprobe. Wird es jetzt nicht entschlossen verteidigt, zahlen die Schwächsten den Preis.

1. Die Kluft zwischen humanitären Bedarfen und ihrer Finanzierung wächst dramatisch.

Allein im Jahr 2025 sank das Volumen der humanitären Finanzierung um 20 Prozent auf 33,3 Milliarden US-Dollar – und verschärfte damit einen bereits seit drei Jahren anhaltenden Abwärtstrend. Damit liegt die globale Nothilfefinanzierung wieder auf dem Niveau von 2017, obwohl die Bedarfe seither massiv gestiegen sind. Waren damals rund 141 Millionen Menschen auf Unterstützung angewiesen, lag diese Zahl Ende 2025 bei etwa 300 Millionen.

Besonders stark gingen die Beiträge öffentlicher Geber_innen zurück, vor allem der USA und Deutschland. Diese Kürzungen großer Geber_innen fallen besonders ins Gewicht. Deutschland, lange einer der

wichtigsten humanitären Geber_innen, fiel im aktuellen Global Humanitarian Assistance Report von AL-NAP auf Platz sechs der größten Geberländer zurück. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien haben Deutschland inzwischen überholt.

Dabei treffen diese Kürzungen auf eine Welt, in der humanitäre Krisen zugleich an Umfang, Intensität und Komplexität zunehmen. Die Zahl bewaffneter Konflikte ist so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Klimabedingte Extremereignisse, wirtschaftliche Schocks, Krankheitsausbrüche wie Ebola und neue Formen der Kriegsführung verschärfen bestehende Krisen und drängen immer mehr Menschen in humanitäre Notlagen.

Die Folgen der finanziellen Einschnitte für die humanitäre Handlungsfähigkeit sind damit gravierend: Hilfsorganisationen sehen sich zunehmend gezwungen, weltweit Programme zu reduzieren oder ganz einzustellen, Büros zu schließen oder Personal zu entlassen.

Was dies konkret bedeutet, zeigt der Bericht von Abdikadir Ore aus dem Südsudan (Juni 2026):

„In Galmudug ist die Lage katastrophal. Mittelkürzungen haben alleine hier zur Schließung von elf Gesundheitszentren geführt, darunter auch mobile Kliniken. Gleichzeitig wurden auch Bargeldhilfen und Wasserprogramme eingestellt, Familien haben nun weder Zugang zu Gesundheitsversorgung noch zu sauberem Wasser oder ausreichend Nahrung. Mit gravierenden Folgen: Mütter müssen tatenlos zusehen, wie ihre Kinder immer schwächer werden. Schwangere Frauen haben keine Anlaufstellen mehr. Vermeidbare Krankheiten wie Cholera, Masern und Diphtherie breiten sich aus. Das ist kein schleichender Prozess, sondern ein kompletter Zusammenbruch.“

Durch die Kürzungen werden langjährige Partnerschaften mit lokalen und nationalen Organisationen geschwächt und mühsam aufgebaute lokale Strukturen gefährdet. Die Folgen sind tödlich: Immer weniger Menschen erhalten lebensrettende Unterstützung.

Häufig werden die finanziellen Kürzungen in Geberstaaten mit einer nachlassenden gesellschaftlichen Unterstützung für humanitäre Hilfe begründet. Verschiedene Umfragen und Analysen zeichnen jedoch ein differenzierteres Bild: Die Bereitschaft der Bevölkerung, Menschen in Not zu unterstützen, bleibt vielerorts hoch. Dies zeigt sich auch am weiterhin hohen Niveau privater Spenden für humanitäre Zwecke.

Diese gesellschaftliche Unterstützung muss sich auch in politischen Entscheidungen widerspiegeln. Deutschland kann zur finanziellen Stabilisierung des humanitären Systems beitragen, indem es die gravierendsten Finanzierungslücken strategisch mindert, gleichzeitig auf effizientere und flexiblere Förderstrukturen setzt und lokal geführte Hilfe stärkt – ohne dabei den Anspruch zu erheben, globale Ausfälle vollständig kompensieren zu müssen.

2. Die normativen Grundlagen des humanitären Systems werden zunehmend untergraben.

Das humanitäre Völkerrecht soll menschliches Leid in bewaffneten Konflikten begrenzen und den Schutz der Zivilbevölkerung gewährleisten. Es gilt für alle Konfliktparteien gleichermaßen und bildet die unverzichtbare Grundlage humanitären Handelns. Die Genfer Konventionen sowie Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UN) schreiben den Schutz von Zivilist_innen, Helfer_innen und ziviler Infrastruktur fest und verbieten den Einsatz von Hunger und sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe.

Doch von Jemen über den Sudan, von Gaza über Libanon bis in die Ukraine werden humanitäres Völkerrecht und humanitäre Prinzipien offen missachtet. Angriffe auf die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur, die bewusste Behinderung humanitärer Hilfe und die Gefährdung und Tötung humanitärer Helfer_innen werden in zahlreichen Konflikten in Kauf genommen oder gezielt eingesetzt.

Dies zeigt sich exemplarisch anhand einiger konkreter Zahlen und Fakten in alarmierender Deutlichkeit:

- In den vergangenen drei Jahren wurden laut Aid Worker Security Database rund 1.000 humanitäre Helfer_innen getötet, viele weitere verletzt. Der Großteil von ihnen waren lokale und nationale Mitarbeitende, die oft unter schwierigsten Bedingungen lebensrettende Hilfe leisten, wenn alle anderen aufgrund der Gefahrenlage die Krisengebiete bereits verlassen haben.
- Die Weltgesundheitsorganisation dokumentierte seit Beginn des russischen Angriffskrieges 2022 mehr als 3.000 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen in der Ukraine.
- Im Sudan setzen die Konfliktparteien Hunger und sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe ein. Das Ernährungssystem ist in weiten Teilen des Landes zusammengebrochen, für einige Regionen hat die UN eine Hungersnot bestätigt. Sexualisierte Gewalt wird systematisch eingesetzt, um die Zivilbevölkerung zu terrorisieren und zu traumatisieren.
- Im Gazastreifen wird humanitäre Hilfe behindert, obwohl der Internationale Gerichtshof Israel mehrfach aufgefordert hat, den humanitären Zugang zu verbessern und Maßnahmen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung zu ergreifen.
- Laut UN wurden 2025 weltweit 9.788 Fälle konfliktbezogener sexualisierter Gewalt in 21 Ländern verifiziert, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. In diesen Fällen wurden Vergewaltigungen, Versklavung und Entführungen gezielt von staatlichen und nichtstaatlichen Akteur_innen als Mittel von Krieg, Terror und politischer Unterdrückung eingesetzt. Die Dunkelziffer liegt hier erheblich höher.

Derartige Verstöße bleiben bislang fast immer ohne Konsequenzen. Doppelstandards bei der Bewertung und Verurteilung von Völkerrechtsverletzungen schwächen die Glaubwürdigkeit und den universellen Anspruch des internationalen Regelwerks zusätzlich. Damit wird aus einem verbindlichen Schutzsystem ein politisch dehnbares Instrument.

Dies hat weitreichende Konsequenzen: Regeln erodieren, Schutzräume verschwinden, und humanitäre Hilfe verliert ihre Arbeitsgrundlage. Wo Normen nicht mehr verlässlich gelten, können Menschen in Konflikten weder geschützt noch versorgt werden. Den Preis zahlen die Menschen in humanitären Notlagen – und das humanitäre Personal.

Deutschland verfügt über gute Voraussetzungen, um sich glaubwürdig für die der humanitären Hilfe zugrunde liegenden Prinzipien und Rechtsnormen einzusetzen. In seiner humanitären Strategie bekennt sich das Auswärtige Amt zu einer prinzipienbasierten humanitären Hilfe sowie zum Schutz und zur Achtung des humanitären Völkerrechts. Gerade in einer Zeit, in der sich die USA zunehmend aus dieser Rolle zurückziehen, sollte Deutschland seine politische und diplomatische Gestaltungsmacht nutzen und die Verteidigung humanitärer Prinzipien und des humanitären Völkerrechts international entschlossen voranzutreiben.

3. Humanitäres Handeln wird zunehmend politisiert und nationalen Interessen untergeordnet.

In vielen Geberstaaten bestimmen zunehmend strategische Interessen wie außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Prioritäten darüber, welche Krisen politische Aufmerksamkeit erhalten und welche humanitären Bedarfe finanziert werden. Humanitäre Prinzipien und das Ausmaß der Not geraten dabei gegenüber geopolitischen Erwägungen zunehmend ins Hintertreffen.

So sendet auch Deutschland als wichtiger Geber ein problematisches Signal, wenn es in seiner humanitären Strategie humanitäre Finanzierung ausdrücklich mit geopolitischen Interessen verknüpft. Der Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland (2022-2025) nennt offen auch

wirtschaftliche Interessen, den Erhalt von Absatzmärkten sowie migrationspolitische Erwägungen als Begründungsrahmen für humanitäre Hilfe. Damit schwächt auch Deutschland das zentrale Prinzip humanitärer Hilfe – Unterstützung allein nach dem Ausmaß der Not – und macht humanitäre Hilfe in Missachtung der Prinzipien zu einem transaktionalen Instrument zur Durchsetzung strategischer Interessen.

Die Folge ist eine wachsende Konzentration von Ressourcen auf politisch und medial als relevant angesehene Krisen, während andere Konflikte und sogenannte vernachlässigte Krisen weiter an Aufmerksamkeit und Finanzierung verlieren. Der starke Fokus vieler europäischer Geberländer inklusive Deutschlands auf Nahost und die Ukraine verdeutlicht diese Entwicklung.

Stattdessen sollten Geberstaaten ihr humanitäres Engagement strikt an den Prinzipien der Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit ausrichten. Denn diese historisch gewachsenen und international anerkannten Grundsätze sind nicht nur normative Leitlinie, sondern auch operative Voraussetzung: Nur wenn Hilfe nicht als politisch oder strategisch motiviert wahrgenommen wird, bleibt der Zugang zu betroffenen Bevölkerungen erhalten und die Sicherheit humanitärer Akteur_innen gewährleistet, weil sie nicht als verlängerter Arm ihrer Finanzierer gelten.

Eine Instrumentalisierung humanitärer Mittel für außen- oder sicherheitspolitische Ziele untergräbt hingegen Vertrauen, schränkt Handlungsräume ein und schwächt langfristig die Wirksamkeit des gesamten Systems. Für prinzipienorientierte Geber_innen muss dies also bedeuten, ihre Finanzierungspraxis konsequent an Bedarfen auszurichten und eine klare Trennung zwischen humanitären und politischen Zielsetzungen sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die wachsende Rolle privater Akteur_innen kritisch zu betrachten, insbesondere, wenn diese neben humanitären Zielen auch politische oder wirtschaftliche Interessen verfolgen. Sie orientieren sich nicht immer an den humanitären Prinzipien und schaffen parallele Strukturen außerhalb des etablierten humanitären Systems. Dies kann weitreichende Folge haben: Wenn betroffene Menschen nicht mehr darauf vertrauen können, dass Hilfe allein nach dem Maß der Not geleistet wird, Verteilungen sicher und würdevoll erfolgen und sensible Daten verantwortungsvoll geschützt werden, geraten die Grundlagen humanitären Handelns ins Wanken. Wo Vertrauen, Akzeptanz und Unabhängigkeit verloren gehen, wird es schwieriger, Menschen in Not sicher, unparteiisch und bedarfsgerecht zu erreichen.

Ein Beispiel dafür ist die Gaza Humanitarian Foundation (GHF), eine private, von den USA und Israel unterstützte Organisation zur Verteilung von Hilfsgütern. An den Verteilzentren der GHF kam es wiederholt zu tödlichen Schüssen und chaotischen Zuständen, wie auch der Bericht von Mahmoud (18 Jahre) zeigt:

„Wir wollten nur Essen für unsere Familie. Dann haben sie angefangen, auf die Menschen zu schießen, sie haben uns mit ihren Waffen regelrecht niedergemäht. Es war wie in Squid Game – nur real.“

Die Verteidigung der humanitären Prinzipien ist damit keine abstrakte normative Debatte. Sie entscheidet darüber, ob Menschen in Not Unterstützung und Schutz erhalten, humanitäre Helfer_innen sicher arbeiten können und lebensrettende Hilfe diejenigen erreicht, die sie am dringendsten benötigen. Die internationale Gebergemeinschaft, darunter Deutschland, muss sicherstellen, dass humanitäre Prinzipien und Bedarfe wieder an oberster Stelle stehen.

Das empfiehlt VENRO:

- ✓ **Eine ausreichende Finanzierung für humanitäre Hilfe.** Geberstaaten müssen die Mittel für humanitäre Hilfe deutlich erhöhen. Deutschland sollte mindestens 2,8 Mrd. Euro für 2027 bereitstellen und mittelfristig einen jährlichen Mindestsockelbetrag einführen, um mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit herzustellen.

- ✓ **Die konsequente Verteidigung des humanitären Völkerrechts.** Deutschland sollte dafür eintreten, dass die Staatengemeinschaft Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht unabhängig vom politischen Kontext benennt, verurteilt und geeignete Maßnahmen zu ihrer Verhinderung und Ahndung ergreift. Die „Global Initiative to Galvanize Political Commitment to International Humanitarian Law“ bietet hierfür einen wichtigen Anknüpfungspunkt.
- ✓ **Ein klares Bekenntnis zu prinzipienbasierter statt interessengeleiteter Hilfe.** Humanitäre Hilfe muss unabhängig, unparteiisch und ausschließlich nach dem Maß humanitärer Bedarfe bereitgestellt werden. Politische, wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Interessen dürfen nicht darüber entscheiden, wer Unterstützung erhält. Deutschland sollte diese Grundsätze entschlossen verteidigen und sowohl im eigenen Handeln als auch international glaubwürdig vertreten.

These 2: Die aktuelle Kürzungs- und Reformdynamik treibt eine Entwicklung voran, in der verletzte Gruppen zunehmend verlieren.

1. Hyperpriorisierung lässt Menschen in Not bewusst zurück.

Die Finanzierungslücke zwingt humanitäre Akteur_innen zu immer härteren Priorisierungsentscheidungen: Während 2019 noch 64 Prozent der in den UN-Hilfsappellen erfassten humanitären Bedarfe finanziert werden konnten, waren es 2025 nur noch 36 Prozent. Fast zwei Drittel der identifizierten Bedarfe blieben damit ungedeckt, Millionen Menschen erhielten keine Unterstützung. Für sie fehlten Nahrungsmittel, sauberes Wasser, medizinische Versorgung, Schutz oder eine sichere Unterkunft.

Gleichzeitig hat das UN-Nothilfebüro (OCHA) im vergangenen Jahr die Methodik zur Erfassung humanitärer Bedarfe für die UN-Hilfsappelle angepasst. Dadurch sank die ausgewiesene Gesamtzahl von Menschen in Not rechnerisch: Während OCHA für 2025 noch von insgesamt 300 Millionen Menschen ausging, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sein würden, waren es für 2026 nur noch insgesamt 239 Millionen Menschen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich die tatsächlichen humanitären Bedarfe in diesem verringert hätten. Vielmehr verändert die neue Methodik die statistische Abbildung der Krise.

Noch weitreichender sind die Folgen der sogenannten Hyperpriorisierung, die OCHA im Rahmen des Humanitarian Reset vorantreibt. Von den 239 Millionen Menschen, die OCHA für 2026 als auf humanitäre Hilfe angewiesen erfasst, gelten nur noch 87 Millionen Menschen als prioritäre Zielgruppe. Für sie wird ein Finanzierungsbedarf von 23 Milliarden US-Dollar ausgewiesen. Die Bedarfe der übrigen Menschen werden zwar weiterhin dokumentiert, stehen für die operative Planung und Ressourcenallokation jedoch deutlich weniger im Fokus. Der Ansatz der Hyperpriorisierung konzentriert die verfügbaren Ressourcen auf jene Menschen und Regionen, die von den schwersten und unmittelbar lebensbedrohlichen Krisensituationen betroffen sind. Damit verschiebt sich das humanitäre System von dem Anspruch, humanitäre Bedarfe möglichst umfassend zu erfassen und zu adressieren, hin zu einer verschärften Form der Triage mit der entschieden wird, wer vorrangig Hilfe erhält und wer nicht.

Gleichzeitig wurden acht Länder identifiziert, in denen im Rahmen einer beschleunigten Transition der Umfang humanitärer Koordination zurückgefahren werden soll, darunter Kamerun, Kolumbien und Nigeria. Ziehen sich Humanitarian Coordinators, Humanitarian Country Teams (HCTs) und humanitäre Clustersysteme zurück, entstehen Lücken, die unter anderem lokale und nationale Akteur_innen schließen sollen. Es ist zwar zu begrüßen, dass sie diese wichtigen Funktionen übernehmen, jedoch leiden sie unter der derzeitigen Finanzierungskrise nachweislich am meisten.

Auf dem Papier sinken durch diese vorgenommenen Veränderungen zwar die Zahl der berücksichtigten Menschen in Not und damit auch der ausgewiesene Finanzierungsbedarf. Die tatsächlichen humanitären

Bedarfe verschwinden dadurch jedoch nicht. Vielmehr besteht die Gefahr, dass Millionen Menschen aus den Planungs- und Finanzierungsmechanismen herausfallen, obwohl sie weiterhin auf Unterstützung angewiesen sind. Deutschland sollte sich deshalb zusammen mit anderen Geberländern in der OCHA Donor Support Group entschieden dafür einsetzen, dass OCHA die tatsächliche Anzahl der Menschen in Not erhebt und nicht künstlich versucht, die Bedarfs- und Finanzierungszahlen zu schrumpfen.

2. Der Fokus auf “life-saving activities” schafft die Krisen von morgen.

Mit der Hyperpriorisierung startete auch eine Diskussion um einen Fokus auf akute Lebensrettung, etwa durch Nahrungsmittelhilfe oder Trinkwasserbereitstellung. Allerdings birgt dieser Fokus erhebliche Risiken: Zur Diskussion stehen zunehmend nun Bereiche, die essenziell für die Würde, Sicherheit und langfristige Perspektive von Menschen in Notsituationen sind. Besonders betroffen sind beispielsweise Schutzmaßnahmen, etwa gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt, Kinderschutz, Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, Bildung in Notsituationen, spezialisierte Gesundheitsmaßnahmen wie psychosoziale Unterstützung sowie vorausschauende humanitäre Hilfe.

Zwei Stimmen transportieren hiervon ein Bild:

Fatima, 18 (in 2022), Afghanistan: „Ich habe jeden Tag geweint, nachdem mir gesagt wurde, dass die Schulen geschlossen sind. Ich habe meine Hoffnung verloren. Nicht zur Schule gehen zu können, hat negative Auswirkungen auf jedes Mädchen. Ich fühle mich deprimiert und psychisch belastet. Wenn ich in die Zukunft blicke, ist es dunkel. Wir leiden jeden Tag, an dem wir nicht zur Schule gehen können. Wir hatten Ambitionen, aber jetzt haben wir uns selbst verloren.“

Neema, 18 (Name geändert, in 2025), intern Vertriebene in der DR Kongo: "Zwei Männer zerrten mich in den Busch von der Straße weg. Dort vergewaltigten sie mich. Ich habe gehört, dass es ein Gesundheitszentrum gibt, wo sie vertraulich sind und Mädchen wie mich unterstützen. Also bin ich sofort dorthin gegangen, um Hilfe zu suchen. Ich war erleichtert, weil ich so starke Schmerzen im Unterbauch hatte. Und ich fühlte mich sicher und wusste, dass ich nicht mit den Folgen sozialer Ausgrenzung und Stigmatisierung rechnen musste, da man das, was mir widerfahren war, vertraulich behandelte. Eine Psychologin sprach auch mit mir und half mir zu verstehen, was passiert war und wie ich damit umgehen konnte. Die Unterstützung, die ich hier erhalten habe, hat mein Leben gerettet. "

Die Verengung auf physische Bedürfnisse wird der Realität der Notlagen nicht gerecht und greift zu kurz gegenüber dem Anspruch humanitärer Hilfe, Leben zu retten, Leid zu mindern und die Würde und Rechte von Menschen in Not zu schützen. Und auch die Befriedigung der physischen Bedürfnisse hat Lücken: Wer erst dann unterstützt wird, wenn Hunger zur Hungersnot geworden ist, erhält Hilfe zu spät. Damit schafft das Sparen von heute die Krisen von morgen. Die Finanzierung von Präventionsmaßnahmen, Resilienzstärkung und vorausschauendes Handeln sind Investitionen, um langfristig menschliches Leid und Kosten zu reduzieren.

Statt Krisenfolgen zu adressieren und Abhängigkeiten von Hilfe zu minimieren, droht damit eine Rückkehr zu einem System, das vor allem Symptome verwaltet. Deutschland hat in den vergangenen Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass Menschen in Not umfassend und in Würde versorgt wurden, und sich als Vorreiter für vorausschauende humanitäre Hilfe positioniert. Die Bundesregierung sollte nun aktiv verhindern, dass die Erfolge, zu der sie als wichtiger Geberin selbst beigetragen hat, sehenden Auges vernichtet werden.

3. Politisierte Finanzierung schafft gefährliche Präzedenzen und schwächt das etablierte System.

Neben den schwindenden Mitteln für das globale humanitäre System beeinflusst auch wachsende politische Einflussnahme auf Finanzierungsentscheidungen, wer in humanitären Kontexten versorgt wird – und wer nicht. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der jüngsten Mittelzusagen durch die USA.

Nachdem die USA ihre humanitären Beiträge zunächst drastisch gekürzt hatten, kündigten sie Ende 2025 sowie im Mai 2026 neue Mittel für OCHA an. Im Juni 2026 folgten dann weitere Mittel für das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) und das Welternährungsprogramm (WFP). Die zugesagten Mittel sind jedoch an weitreichende politische Vorgaben geknüpft und werden über einen separaten Mechanismus (USUN Country-Based Pooled Funds (CBPFs)) verausgabt. Sie fließen so ausschließlich in von den USA priorisierte Länder und ausgewählte Sektoren.

Eine zentrale Befürchtung hat sich bislang nur teilweise bestätigt: Für die von der US-Regierung reaktivierte und deutlich ausgeweitete Global Gag Rule (jetzt „Promoting Human Flourishing in Foreign Assistance“, PHFFA), die erstmals ausdrücklich auch auf humanitäre Kontexte angewendet wird, gilt derzeit für die Mittel für OCHA, UNICEF und WFP offenbar durch eine informelle mündliche Vereinbarung eine Ausnahme von der PHFFA. Doch führt diese Rechtsunsicherheit in der Praxis dazu, dass insbesondere spezialisierte Organisationen vielfach davon absehen, entsprechende Fördermittel überhaupt zu beantragen. PHFFA untersagt nicht nur jegliche Arbeit zu Abtreibung, sondern umfasst auch Einschränkungen für Ansätze im Bereich Gender Identity sowie Diversity, Equity und Inclusion, was Programme und Partnerschaften erheblich beeinflussen kann. In strenger Auslegung kann dies sogar die Zusammenarbeit mit besonders schutzbedürftigen Gruppen – etwa Menschen mit Behinderungen oder Minderheiten – erschweren.

Erste Auswertungen der über die USUN-CBPFs bereitgestellten US-Mittel zeigen, dass kaum Mittel an lokale und nationale Organisationen vergeben wurden. Von den gesamten 2 Milliarden US-Dollar der ersten Tranche an OCHA erhielten sie nur 11,9 Prozent, davon 4,1 Prozent direkt. Ein Grund dafür ist die äußerst knappe Verausgabungsfrist von nur sechs Monaten. Diese Frist erzeugt zudem starken Verausgabungsdruck, der dazu führte, dass die Mittel nicht systematisch dazu eingesetzt wurde, die Schwächsten in den am schwersten zu erreichenden Gebieten in den jeweiligen Kontexten zu identifizieren und zu versorgen. Angesichts der globalen humanitären Situation stellen solche Sonderwege in der Finanzierung eine erhebliche Schwächung des humanitären Systems dar.

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die USA ihre humanitären Mittel wieder aufstocken. Zugleich kommt Deutschland – gemeinsam mit anderen Geber_innen – die wichtige Rolle zu, darauf hinzuwirken, dass dies konsequent prinzipien- und bedarfsorientiert erfolgt. Die Bundesregierung sollte sich diesen anspruchsvollen Diskussionen aktiv stellen, um sicherzustellen, dass in der angespannten Finanzlage möglichst viele Mittel tatsächlich bei den vulnerabelsten Menschen ankommen. Solange US-Beiträge an politische Auflagen gebunden sind, ist es zudem zentral, dass die bisher in den UNUS-CBPFs getrennt geführten US-Mittel auch weiterhin nicht mit den regulären CBPFs zusammengelegt werden.

Das empfiehlt VENRO:

- ✓ **Umfassende Erfassung humanitärer Bedarfe.** OCHA als zentrale Stelle für die Koordinierung internationaler humanitärer Hilfe muss sicherstellen, dass humanitäre Bedarfe transparent, umfassend und unabhängig von finanziellen Zwängen erfasst und dargestellt werden. Geberstaaten wie Deutschland müssen OCHA hierzu in die Pflicht nehmen.
- ✓ **Keine Verengung humanitärer Hilfe auf akute Überlebenssicherung.** Humanitäre Hilfe muss sich an den tatsächlichen Bedarfen der betroffenen Menschen orientieren und darf nicht auf rein

physische Bedürfnisse konzentrierte Maßnahmen beschränkt werden. Auch Schutz vor Gewalt, psychosoziale Unterstützung, Bildung sowie Maßnahmen der vorausschauenden Hilfe müssen weiterhin als zentrale Bestandteile humanitärer Hilfe anerkannt und finanziert werden.

- ✓ **Keine Schwächung des etablierten humanitären Systems durch Parallelstrukturen.** Geberstaaten sollten auf politisch gesteuerte Parallelstrukturen verzichten und stattdessen etablierte Mechanismen stärken. Deutschland sollte entsprechend auf andere Länder einwirken und dafür Sorge tragen, dass schädliche politische Vorgaben vermieden und keinesfalls auf deutsche Finanzierungen übertragen werden.

These 3: Die Chance für echte Reformen ist da – mehr Lokalisierung, bessere Koordination und mehr Effizienz. Doch sie wird bislang kaum genutzt.

1. Die Country-Based Pooled Funds allein werden es nicht richten. Es braucht den Willen zu umfassenden Reformen.

Das globale humanitäre System steht seit mehr als einem Jahrzehnt unter Reformdruck. An den grundlegenden Reformzielen besteht dabei weiterhin Einigkeit: Humanitäre Hilfe soll stärker lokal geführt, konsequent an den Bedürfnissen Betroffener ausgerichtet und durch gerechtere Finanzierungs- und Koordinierungsstrukturen unterstützt werden. Dennoch bleiben Fortschritte begrenzt. Zwar mangelt es weder an Analysen noch an politischen Selbstverpflichtungen, doch die notwendigen strukturellen Veränderungen werden bislang kaum umgesetzt.

Besonders deutlich zeigt sich diese Diskrepanz bei der Lokalisierung. Trotz zahlreicher Reforminitiativen und politischer Bekenntnisse sind lokale und nationale Akteur_innen bis heute keine gleichberechtigten Partner_innen im humanitären System. Der Zugang zu direkter Finanzierung bleibt sehr begrenzt. Laut ODI erhielten lokale und nationale Akteur_innen 2024 weniger als 10 Prozent der Mittel, davon nur 3,8 Prozent direkt. Auch ihre Beteiligung an strategischen Entscheidungen, Koordinierungsmechanismen und Führungsstrukturen ist weiterhin unzureichend. Dabei leisten sie in vielen Krisen den Großteil der operativen Arbeit, verfügen über den besten Zugang zu betroffenen Gemeinschaften und bleiben häufig auch dann vor Ort, wenn internationale Akteur_innen sich zurückziehen.

Die aktuelle Finanzierungskrise verschärft diese Defizite: Organisationen müssen Personal abbauen, Programme einstellen und Büros schließen. Lokale und nationale Akteur_innen sind davon besonders betroffen, da sie über geringere Rücklagen verfügen. Dadurch gehen nicht nur Kapazitäten und Expertise verloren, sondern auch die lokale Präsenz, die für Zugang, Bedarfserhebung und wirksame Hilfe essenziell ist. Die Kürzungen gefährden damit Reichweite, Qualität und Zukunftsfähigkeit humanitärer Unterstützung.

Der Humanitarian Reset präsentiert die von OCHA verwalteten Country-Based Pooled Funds (CBPFs) als wesentliches Instrument, um Lokalisierungsfortschritte zu erzielen und mehr Mittel an lokale und nationale Akteur_innen weiterzuleiten – künftig nach dem Willen des UN-Nothilfekordinators 70 Prozent. In der Praxis verbleibt jedoch weiterhin ein erheblicher Anteil der Mittel aus CBPFs bei UN-Organisationen und internationalen Nichtregierungsorganisation (NRO), während Zugangshürden für lokale und nationale Organisationen fortbestehen. Eine einseitige Fokussierung auf CBPFs greift daher zu kurz. Sie sind ein wichtiges Instrument, können aber die strukturellen Probleme nicht lösen. Stattdessen braucht es eine diversifizierte Finanzierungslandschaft einschließlich lokal verwalteter Fonds und NRO-geführten Mechanismen sowie stärkerer Direktfinanzierung.

Zudem bleibt die Finanzierungsarchitektur insgesamt ineffizient: Ein Großteil der Mittel fließt weiterhin über mehrstufige Ketten – oft von UN-Organisationen über internationale NRO bis zu lokalen und nationalen Partner_innen. Dabei werden erhebliche Ressourcen in Verwaltungsstrukturen gebunden, während lokalen und nationalen Organisationen meist keine gleichberechtigte Mitgestaltung ermöglicht wird. Eine stärkere direkte Finanzierung von Umsetzungsorganisationen würde auch dieser Problematik entgegenwirken: Sie erhöht die Effizienz, stärkt lokale Kapazitäten und trägt zu einem resilienteren, diverseren Akteurssystem bei.

Deutschland sollte sich deshalb ein Ziel für Direktfinanzierungen für lokale und nationale Akteur_innen ohne zwischengeschaltete internationale Organisationen setzen. Erste Piloterfahrungen werden in der Ukraine-Krise gemacht und sollten auf andere Kontexte ausgeweitet werden.

2. Im Kern geht es um eine Machtfrage: Ist das System bereit für echte Partnerschaft?

Finanzierungsfragen sind eng mit der Machtfrage verknüpft. Damit ein stärker lokal geführtes System funktionieren kann, braucht es ein grundlegendes Umdenken im Verständnis von Partnerschaft und Macht. Noch immer dominieren historisch gewachsene Hierarchien das System. Erforderlich sind stattdessen gleichberechtigte und faire Partnerschaften, die lokale und nationale Akteur_innen nicht nur als Umsetzungspartner_innen, sondern als Mitgestalter_innen und Entscheidungsträger_innen anerkennen.

Gerade in humanitären Koordinierungsstrukturen zeigen sich die Machtasymmetrien jedoch deutlich. Aktuelle Auswertungen zeigen, dass lokale und nationale Organisationen zwar den größten Anteil der Partner im Clustersystem stellen – 2024 etwa 47 Prozent aller beteiligten Organisationen – und auch zunehmend in Inter-Cluster Coordination Groups (ICCGs) stark vertreten sind, wo sie inzwischen über die Hälfte der Teilnehmenden ausmachen. Gleichzeitig bleibt ihr Einfluss auf strategische Entscheidungen nach wie vor begrenzt. In Humanitarian Country Teams (HCTs), den zentralen Gremien für strategische Steuerung, lag ihr Anteil 2023 nur bei rund 11 Prozent und damit weit unter dem von Geber_innen. Damit reproduziert das derzeitige Koordinierungssystem über Cluster und HCTs eine funktionale Trennung zwischen operativer Beteiligung (stark lokal geprägt) und strategischer Steuerung (weiterhin international dominiert).

Die Bewertung des humanitären Koordinierungssystems durch eine Frauenrechtsorganisation aus der Ukraine verdeutlicht die Schwächen eindrucksvoll:

„Wir sehen keine kontinuierliche Beteiligung von Frauenrechtsorganisationen an Entscheidungsprozessen. Lokale Initiativen haben oft keinen Überblick über staatlich organisierte Maßnahmen oder über Hilfeleistungen, Lieferungen und Mittel internationaler Organisationen und Geber. Informationsveranstaltungen sind stark von Fachjargon geprägt und bieten nur wenige niederschwellige Zugangsmöglichkeiten für kleinere und neuere zivilgesellschaftliche Organisationen. Gezielte Ansprache lokaler Initiativen und NGOs gibt es quasi nicht.“

Humanitäre Koordinierungsstrukturen müssen zu Räumen für geteilte Führung, echte Mitbestimmung und kollektive Prioritätensetzung werden, die vorhandene nationale Systeme stärken und sich perspektivisch überflüssig machen. Besonders wichtig ist dabei die systematische Einbindung von Frauenrechtsorganisationen, frauengeführten Organisationen und Selbstvertretungsorganisationen marginalisierter Gruppen, deren Beitrag für bedarfsgerechte Hilfe zentral ist. Eine konsequente Weiterentwicklung von Mechanismen wie Clustern und HCTs bleibt daher entscheidend, um Koordinierung wirksamer, rechenschaftspflichtiger und näher an den Bedürfnissen betroffener Bevölkerungen auszurichten.

Dies erfordert jedoch auch Veränderungen bei den Regeln und Anreizen des Systems. Humanitäre Hilfe wird häufig in Kontexten geleistet, die von Unsicherheit, fragilen Strukturen und hohen Risiken geprägt sind. Rechenschaftspflicht und Qualitätssicherung sind deshalb unverzichtbar, die bestehenden komple-

zen Compliance- und Kontrollanforderungen benachteiligen jedoch oft kleinere lokale und nationale Organisationen. Dabei liegen längst praktikable Lösungen auf dem Tisch. Harmonisierte Sorgfaltsprüfungen (Due Diligence) und transparente „Passporting“-Verfahren könnten Doppelprüfungen vermeiden, Verwaltungsaufwand reduzieren und Ressourcen freisetzen.

Hinzu kommt, dass Risiken bislang ungleich verteilt sind. Während Geber_innen und internationale Organisationen einen großen Teil der Steuerungs- und Entscheidungsmacht behalten, tragen lokale und nationale Akteur_innen häufig die operativen Risiken – etwa in den Bereichen Sicherheit, Zugang oder Haftung. Eine ernsthafte Lokalisierung erfordert daher auch eine gerechtere Verteilung von Risiken und Verantwortung. Geber_innen sollten ihre Förder- und Steuerungsansätze entsprechend anpassen und stärker auf Risiko-Sharing statt Risiko-Verlagerung setzen.

Die aktuelle Krise darf nicht zu einem Aufschub von Reformen führen, sondern muss als Anlass dienen, das humanitäre System entschlossen weiterzuentwickeln. Denn letztlich braucht es eine deutlich umfassendere Reformagenda, die über einzelne Finanzierungsinstrumente hinausgeht. Im Kern geht es um die Verlagerung von Entscheidungsmacht, eine gerechtere Verteilung von Risiken sowie eine konsequent bedarfsorientierte Ausrichtung humanitärer Hilfe. Deutschland sollte als Teil seines internationalen Engagements dazu beitragen, diese Fragen wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken, um das humanitäre System wirksamer, gerechter und zukunftsfähiger zu gestalten.

3. Effizienz ist nicht gleich Vereinfachung. Ein wirksames humanitäres System setzt auf Komplementarität statt Zentralisierung.

Humanitäre Krisen sind komplex. Sie erfordern unterschiedliche Fähigkeiten, Zugänge und Kompetenzen. Die Stärke des humanitären Systems liegt deshalb auch explizit in seiner Vielfalt. Internationale Organisationen, nationale und lokale Akteur_innen, die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie zivilgesellschaftliche Organisationen erfüllen unterschiedliche, sich ergänzende Funktionen. Reformen sollten deshalb nicht auf Zentralisierung setzen, sondern auf eine bewusste Rückbesinnung und teilweise Neudefinition der unterschiedlichen Rollen sowie der konsequenten Nutzung der komplementären Stärken der verschiedenen Akteur_innen.

Ziel muss ein System sein, in dem Aufgaben möglichst dort wahrgenommen werden, wo sie am wirksamsten und effizientesten erfüllt werden können: so lokal wie möglich, so international wie nötig. Nicht-regierungsorganisationen sind dabei nicht nur ein wichtiger Bestandteil des Systems, sondern häufig der wirksamste Hebel für eine lokalisierte, bedarfsorientierte und kosteneffiziente Hilfe.

Lokale und nationale Akteur_innen verfügen über tiefes Kontextwissen, gesellschaftliche Akzeptanz und langfristige Präsenz. Sie ermöglichen Zugang zu schwer erreichbaren vulnerablen Gruppen und können auch in politisierten Kontexten unabhängig und regierungsfern arbeiten. Bei sich schnell verändernden Lagen können sie unmittelbar und flexibel umsteuern und Projekte und Konzepte adaptieren.

Internationale NRO wiederum investieren in langfristige Partnerschaften, Kapazitätsaustausch und die Stärkung lokaler Strukturen. Sie schaffen Zugänge zu staatlicher Finanzierung und arbeiten in der Regel mit kürzeren und kosteneffizienteren Partnerketten als viele multilaterale Strukturen. In akut auftretenden Krisen sind sie es, die gezielt Kapazitäten bei lokalen und nationalen Organisationen aufbauen, diese mit Fachexpertise unterstützen und die wichtige Rolle der Rechenschaftspflicht gegenüber Geber_innen übernehmen.

Schließlich bleiben die Vereinten Nationen unverzichtbar für die Koordinierung komplexer humanitärer Hilfe in Kontexten ohne entsprechende Infrastruktur, die Bereitstellung essenzieller Dienste, Daten sowie logistischer Kapazitäten, humanitärer Diplomatie, Zugangsverhandlungen und die Verteidigung hu-

manitärer Normen. Multilaterale Organisationen sind zentral, um groß angelegte Programme zu ermöglichen und gemeinsame Standards sicherzustellen. In der operativen Umsetzung vor Ort sind sie jedoch nicht die primäre Antwort.

Ein reformiertes System sollte daher die jeweiligen Stärken multilateraler, zivilgesellschaftlicher, internationaler und lokaler Akteurinnen gezielt miteinander verbinden. Auch Deutschland sollte ein vielfältiges Portfolio an Partnerorganisationen fördern und Finanzierungsentscheidungen daran ausrichten, welche Akteur_innen humanitäre Bedarfe am wirksamsten und effizientesten adressieren können, wobei lokale und nationale Organisationen häufig besonders gut positioniert sind.

Das empfiehlt VENRO:

- ✓ **Eine vielfältige und lokalisierungsfördernde Finanzierungsarchitektur.** Geber_innen sollten ein breites Portfolio unterschiedlicher Finanzierungsmechanismen aufrechterhalten und bewusst kosteneffiziente und lokalisierungsfördernde Strukturen fördern. Lokale und nationale Akteur_innen müssen einen deutlich direkteren Zugang zu Finanzierung erhalten. Mittel sollten flexibel, mehrjährig und planbar bereitgestellt und auch indirekte Kosten abdecken. Bürokratische Hürden sollten konsequent abgebaut werden.
- ✓ **Abbau von Machtasymmetrien zugunsten gerechter Partnerschaften.** Lokale und nationale Akteur_innen müssen stärker an Entscheidungen beteiligt werden und Führungsrollen in Koordinierungsmechanismen übernehmen können. Insbesondere Frauenrechtsorganisationen, frauengeführte Organisationen und Selbstvertretungsorganisationen marginalisierter Gruppen müssen gezielt gestärkt werden.
- ✓ **Komplementarität statt Zentralisierung.** Reformen dürfen nicht an Ankündigungen, sondern müssen an ihrer Wirkung für betroffene Menschen gemessen werden. Die humanitäre Hilfe muss politisch so reformiert werden, dass sie dezentral, lokal verankert und arbeitsteilig organisiert ist, wobei Finanzierungs- und Steuerungsentscheidungen konsequent an Wirksamkeit, Effizienz und komplementären Stärken der beteiligten Akteur_innen ausgerichtet werden.

Weitere Informationen finden Sie in unseren aktuellen Publikationen auf unserer Webseite, darunter:

VENRO-Stellungnahme (2026): ↘ Nahostkrise – Verwundbare und marginalisierte Bevölkerungsgruppen müssen besser vor den humanitären und sozialen Folgen geschützt werden.

VENRO-Standpunkt (2025): ↘ Mehr als ein Versprechen – Lokalisierung konsequent umsetzen.

VENRO-Handreichung (2025): ↘ Vorausschauende humanitäre Hilfe – Wissen und Werkzeuge für die Praxis.



Ausschussdrucksache 21(17)22
vom 29. Juni 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Dr. Martin Frick

Direktor des Global Office Berlin, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
(WFP)

Stellungnahme des UN-Welternährungsprogramms (WFP)

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Dr. Martin Frick – Direktor, WFP Global Office Berlin

Das internationale humanitäre System steht unter nie dagewesenem Druck. Drei strukturelle Treiber von Hunger und Not – **Krisen, Kosten und Klimaextreme** – haben sich zu einer anhaltenden Poly- und Hungerkrise verdichtet. Seit 2025 ist ein viertes „K“ hinzugekommen: **Kürzungen**. Verstärkt durch die Krise im Nahen Osten treffen diese Entwicklungen ein humanitäres System, dessen Leistungsfähigkeit bereits zuvor stark beansprucht war.

Weltweit wissen wir von **266 Millionen Menschen, die akut von Hunger bedroht sind**. Aufgrund von kürzungsbedingten Datenlücken liegt diese Zahl vermutlich sehr viel höher. Dieser Umstand zeigt, dass nicht nur Programme von Kürzungen betroffen sind, sondern auch die Strukturen und Vorhersagemechanismen, die humanitäre Hilfe erst planbar machen. **Die internationale Gemeinschaft wird so der Fähigkeit beraubt, Krisen rechtzeitig zu erkennen und schnell zu handeln.**

Gleichzeitig ist laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI die Zahl bewaffneter Konflikte zwischen Staaten auf einem historischen Höchststand (65) während klimabedingte Extremereignisse (Ø 231/Jahr (1985–2004) auf 343/Jahr seit 2005) und wirtschaftliche Verwerfungen zunehmen. Größere Bedarfe und Not treffen auf weniger Ressourcen.

Systemschocks und steigende Kosten

Die Schließung der Straße von Hormus war nach COVID-19 und dem Angriff auf die Kornkammer Ukraine der **dritte globale Systemschock** innerhalb weniger Jahre. Ähnlich wie beim Angriff auf die Ukraine entfaltet die Schließung der Straße von Hormus über Preise und Märkte globale Wirkung. In der Folge werden Nahrungsmittel und ihr Transport sowohl für kommerzielle als auch für humanitäre Akteure teurer – Preisanstiege, sich arme Menschen nicht leisten können und Geber nicht gewillt sind, zu kompensieren.

Selbst nach einer finalen Wiederöffnung der Straße von Hormus wirken die Effekte fort:

- globale Lieferketten benötigen nach Minenräumung Monate zur Stabilisierung
 - Transport, Versicherungen und Energie bleiben strukturell teurer, die Sicherheitslage im Nahen Osten fragil
 - humanitäre Hilfe ist bereits **über 25 % teurer** geworden
 - Für humanitäre Operationen bedeutet dies: **Die reale Wirkung jedes eingesetzten Euros sinkt**. Gleichzeitig erschweren Lieferverzögerungen und neue Routen die Versorgung besonders fragiler Regionen erheblich.
-

Kürzungen mit unmittelbaren Folgen

Diese Kostensteigerungen fallen mit drastischen Budgetkürzungen zusammen. Bei WFP sind die Mittel von 2024 auf 2025 um **33 % zurückgegangen**.

Das hat direkte Auswirkungen, vor allem in ohnehin fragilen Staaten und Regionen.

- Kürzung von Rationen teils auf ein Minimum, selbst für Menschen auf hohem Hungerniveau
- Im Sudan kann WFP nur noch einen Bruchteil der 19,5 Millionen Menschen mit Ernährungshilfe erreichen. Selbst Menschen am Rande der Hungersnot erhalten nur 70% der nötigen Rationen. Bargeldhilfe steht im August und Nahrungsmittelhilfe im September vor dem Kollaps – das vor dem Hintergrund der neuen Zuspitzung in El Obeid.
- In Afghanistan kann WFP nur 1 von 7 mangelernährten Kindern behandeln bei ansteigender Kindersterblichkeit. WFP muss über alle Aktivitäten hinweg kürzen. Millionen Menschen bleiben ohne Hilfe.
- Reduzierung von Programmen in vielen Krisenherden mit sinkender Aufmerksamkeit
- In Syrien erreicht WFP nur noch einen Bruchteil der Bevölkerung. Die Hilfe musste kürzlich auf 650.000 Menschen halbiert werden.
- Darüber hinaus zeigt ein aktueller Bericht dringenden Handlungsbedarf in Nord-Nigeria, Südsudan, Gaza, Somalia, DR Kongo, Haiti, Myanmar, Mali, Madagaskar.

Fazit: Weniger Menschen werden erreicht, in einem Moment, in dem der Bedarf steigt.

Geopolitische Auswirkungen

Hunger verstärkt negative Trends und Dynamiken:

- steigende Instabilität, Gewalt und Extremismus
- Migration
- Verlust bereits erzielter Fortschritte und damit eingesetzter Gelder

Diese Entwicklungen wirken direkt auf regionale und globale Dynamiken und erhöhen den Handlungsdruck für Außen- und Sicherheitspolitik. Humanitäre Hilfe und Resilienzstärkung durch Entwicklungszusammenarbeit sind daher zentrale Bausteine einer vorausschauenden geopolitischen Strategie der vernetzten Sicherheit: Sie stabilisieren kurzfristig, bekämpfen strukturelle Ursachen langfristig und leisten in Kombination einen entscheidenden Beitrag zu Krisenprävention, Risikominderung und zum Ausstieg aus dauerhafter Hilfsabhängigkeit.

Reform des Systems: Fortschritte und Grenzen

Reformen des humanitären Systems und der Vereinten Nationen, im Rahmen des **Humanitarian Reset** und der **UN80-Agenda** zeigen messbare Fortschritte. In einem Umfeld wachsender Anforderungen bei geringeren Mitteln liegt der Fokus zunehmend auf praktischen Verbesserungen der operativen Umsetzung.

Ein zentraler Reformbereich ist der Ausbau sogenannter **gemeinsamer Dienste**:

- Der *UN System Services Hub* bündelt Leistungen wie Transport, Reisen und Infrastruktur und hat bereits **18 Millionen US-Dollar an Effizienzgewinnen** erzielt.
- Initiativen wie *UN FLEET* verbessern die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und senken Kosten systemweit.

Auch **integrierte Lieferketten** gewinnen an Bedeutung. Hier ist WFP federführend. In akuten Krisen oder schwer zugänglichen Gebieten sind Beschaffung und Logistik zentrale Kostenfaktoren und dadurch ein wesentlicher Hebel für Effizienz und Wirkung. In wichtigen Krisenkontexten wie Afghanistan, Haiti, Palästina, Somalia und Sudan werden entsprechende Modelle derzeit umgesetzt. Diese Reformen verbessern Geschwindigkeit, Koordination und Wirtschaftlichkeit humanitärer Hilfe deutlich.

Lokalisierung und Rolle von Partnerschaften

Ein zentrales Element der Reformagenda ist die **Stärkung lokaler Akteure**. Effizienzgewinne durch gemeinsame Systeme sind untrennbar mit Lokalisierung verbunden.

Die Stärke des humanitären Systems liegt dabei in der **Komplementarität von UN und Nichtregierungsorganisationen**:

- NGOs verfügen über besondere Nähe zu betroffenen Bevölkerungen
- UN-Organisationen können dort operieren, wo politischer Druck oder Sicherheitslagen für andere Akteure zu hoch sind, sie halten Infrastruktur bereit, die vom gesamten System genutzt wird (z.B. Flugdienst, Fahrzeuge, Guesthouses)

Eine wirksame Reform stärkt daher nicht einzelne Akteure isoliert, sondern das Zusammenspiel des gesamten Systems.

Reform braucht Finanzierung

Trotz aller Fortschritte gilt: **Reform kann Effizienz zukünftig steigern, sie kostet aber Ressourcen und kann fehlende Mittel nicht ersetzen.**

Die Vereinten Nationen sind die Summe ihrer Mitgliedstaaten, die sich stärker in den Reformprozess einbringen sollten.

Öffentliche Unterstützung und politischer Auftrag

Die Unterstützung für humanitäre Hilfe in der Bevölkerung bleibt hoch. Repräsentative Studien zeigen, dass Ausgaben in diesem Politikbereich vollkommen überschätzt, aber hohe Prozentbeträge des Bundeshaushaltes dennoch für angemessen gehalten werden. Private Spenden bleiben ebenfalls stabil. Es sollte auch politisch weiterhin Ansporn sein, das Politikfeld gegen Angriffe zu verteidigen und positive Narrative Desinformationen sowie Defätismus entgegenzusetzen – und entsprechend finanziell auszustatten.

Schlussfolgerung und Appell

Das internationale humanitäre System befindet sich an einem Wendepunkt:

Mehr Krisen, höhere Kosten und zunehmende Klimarisiken treffen auf sinkende Budgets. Die Folgen sind absehbar: **Weniger Hilfe wird weniger Menschen erreichen – und Hunger wird zunehmen.**

Vor diesem Hintergrund appelliert WFP an die Abgeordneten des Bundestages sich im parlamentarischen Teil des Haushaltprozesses für eine angemessene **Erhöhung der humanitären Hilfe** einzusetzen. Dies wäre ein wichtiges Signal der Menschlichkeit und konkrete Untermauerung der viel zitierten globalen Verantwortung Deutschlands. Zugleich geht es auch um deutsche Sicherheit und mehr Stabilität in einer fragilen Welt, in der es im strategischen Interesse Deutschlands liegt, ein funktionierendes humanitäres System zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Kontakt

WFP Global Office Berlin, Berlin.Ber.Advocacy@wfp.org



Ausschussdrucksache 21(17)23
vom 1. Juli 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Marie von Manteuffel

Policy Lead für Caritas international

Thema: Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag

Marie von Manteuffel, Policy Lead für Caritas international, Deutscher Caritasverband e.V.

Executive Summary

Weltweit steigen die humanitären Bedarfe infolge langanhaltender Konflikte, der Klimakrise und zunehmender politischer Instabilität. Gleichzeitig gehen die verfügbaren Mittel stark zurück. Die aktuelle Situation wird daher häufig als Finanzierungskrise beschrieben. Das greift zu kurz. Die zentrale Frage lautet nicht nur, wie mit weniger Mitteln mehr Menschen erreicht werden können. Sie lautet ebenso:

Welche Akteure sind unter den Bedingungen zunehmender Unsicherheit, Politisierung und Zugangsbeschränkungen in der Lage, humanitäre Hilfe wirksam zu leisten?

Die Erfahrungen von Caritas international zeigen, dass lokal verankerte Organisationen hierbei eine Schlüsselrolle spielen. Sie verfügen über dauerhafte Präsenz, Zugänge, fundiertes Kontextwissen und gesellschaftliches Vertrauen. Sie sind vor Ort und bleiben auch vor Ort, wenn internationale Aufmerksamkeit schwindet und internationale Organisationen ihre Präsenz reduzieren müssen. Zudem mobilisieren sie unterschiedlichste Ressourcen für ihre Hilfsleistungen, erkennen Krisen frühzeitig, liefern unabhängige Daten zu humanitären Bedarfen und verfügen darüber hinaus über die Kapazität, Hilfe zielgerichtet und kosteneffizient zu leisten.

In Anbetracht der sinkenden Mittel und der schwindenden internationalen Präsenz weltweit wird es für alle beteiligten Akteure immer schwieriger, ihre Funktionen im gleichen Maße zu erfüllen. Die aktuelle Reformdebatte, insbesondere im Rahmen des „Humanitarian Reset“, sollte deshalb nicht ausschließlich als Effizienz- und Priorisierungsdebatte innerhalb des multilateralen humanitären Systems geführt werden. Erforderlich ist vielmehr eine grundlegende Diskussion darüber, welche Strukturen und Akteure das humanitäre System künftig tragen können und sollen.

Die Zukunft humanitärer Hilfe sollte stärker auf lokale Führung im Verbund mit langfristigen internationalen Partnerschaften und globaler politischer sowie finanzieller Solidarität mit den Menschen in Krisenregionen bauen.

1. Eine Frage der Handlungsfähigkeit des humanitären Systems

Das humanitäre System in seiner aktuellen Architektur büßt in vielen Kontexten zunehmend an Handlungsfähigkeit ein.

Humanitärer Zugang wird aus politischen oder Sicherheitsgründen eingeschränkt oder sogar ganz verhindert, Konfliktparteien missachten humanitäres Völkerrecht, Hilfsorganisationen werden instrumentalisiert oder gezielt delegitimiert. Staaten suchen nach Möglichkeiten, von humanitärer Hilfe finanziell zu profitieren und führen zunehmend administrative Hürden ein.

Gleichzeitig beobachten wir eine zunehmende Konzentration internationaler Aufmerksamkeit auf wenige **geopolitisch priorisierte Krisen**. Andere, häufig langanhaltende Konflikte geraten zunehmend aus dem Blickfeld internationaler Politik und Finanzierung. Dies betrifft beispielsweise die vernachlässigten Krisen im Sahel, Kamerun, der Zentralafrikanischen Republik oder Demokratischen Republik Kongo aber auch Afghanistan, Bangladesch, Jemen, Venezuela oder Myanmar.¹

Wo internationale Präsenz zurückgeht, verschlechtert sich meist auch die Informationslage. In vielen Kontexten mit beschränkter internationaler humanitärer Präsenz wie dem Südsudan, Nigeria, Burkina Faso, Mali, Myanmar oder zunehmend auch Somalia ist die Datenlage internationaler Bedarfsanalysen schlichtweg zu schlecht, um die Realität korrekt abzubilden. Die Humanitarian Response Plans der Vereinten Nationen sind dort nicht akkurat.

In Ländern mit starker politischer Kontrolle der humanitären *response* wie in Äthiopien wiederum können internationale Akteure keine unabhängigen Analysen veröffentlichen - obwohl sie über die Daten verfügen.

Humanitäre Bedarfe werden damit weniger sichtbar, obwohl sie fortbestehen oder sogar zunehmen. Dadurch entsteht die Gefahr eines sich selbst verstärkenden Kreislaufs aus sinkender Aufmerksamkeit und fehlender Daten, rückläufiger Finanzierung und weiter abnehmender Hilfe.

2. Lokale Akteure als Fundament humanitärer Handlungsfähigkeit

Die Debatte über eine Reform des humanitären Systems hin zu **mehr Lokalisierung** wird häufig als **Frage gerechterer Mittelverteilung** geführt. Diverse Studien stellen fest, dass im letzten Jahrzehnt nur zwischen 1-10% der globalen humanitären Finanzierung, die als Teil der Official Development Assistance registriert ist, an lokale Organisationen weitergeleitet wurde. Gleichzeitig basiert aber ein großer Teil der tatsächlich geleisteten Hilfe aus sogenannten **lokalen humanitären Ökosystemen**. Diese Systeme bestehen aus der lokalen Bevölkerung, lokaler Zivilgesellschaft, lokalen staatlichen und anderen nicht-staatlichen Akteuren, die alle eine entscheidende Rolle in der Planung und Durchführung humanitärer Hilfe spielen. Internationale Akteure im humanitären System wie UN-Organisationen und internationale Hilfsorganisationen stützen sich auf dieses System, um humanitäre Hilfe zu leisten und verhindern oftmals zugleich die Entfaltung des Potentials lokaler Hilfsstrukturen.

Lokale humanitäre Ökosysteme existieren weitgehend unabhängig von internationaler finanzieller Unterstützung. Das internationale humanitäre System wiederum existiert nicht unabhängig von lokalen humanitären Ökosystemen. Lokale Organisationen sind daher weit mehr als nur potenzielle Empfänger zusätzlicher internationaler Finanzmittel. Die Partner der weltweiten Caritas-, Diakonie- oder Rotkreuz-/Rothalbmond-Familie bilden in vielen Krisenkontexten die zentrale soziale Infrastruktur. Sie sind „schon da“ und leisten im Katastrophen- oder Krisenfall unmittelbar Hilfe.

¹ https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/what/humanitarian-aid/needs-assessment/forgotten-crises_en

Die jüngste Erdbebenkatastrophe in Venezuela verdeutlicht diese Zusammenhänge:

Während internationale Organisationen ihre Präsenz im Land in den vergangenen Jahren deutlich reduzieren mussten und der humanitäre Zugang in vielen Regionen erschwert ist, verfügt Caritas Venezuela über ein **landesweites kirchliches Netzwerk** mit Diözesen, Pfarrcaritas-Organisationen und **rund 30.000 ehrenamtlich Engagierten**. Dieses Netzwerk besteht unabhängig von einzelnen (international finanzierten) Projekten und reicht bis in abgelegene Regionen wie dem Bundesstaat Amazonas hinein, in denen internationale Akteure vielfach nur eingeschränkt oder gar nicht mehr präsent sind. Die aktuelle Erdbebenhilfe zeigt, dass genau diese gewachsene lokale Infrastruktur den entscheidenden Unterschied macht: Innerhalb weniger Stunden konnten über mehr als **700 lokale Caritas-Standorte** Informationen aus den betroffenen Gemeinden zusammengetragen, Bedarfe erhoben und erste Hilfsmaßnahmen durchgeführt werden. Die aktuelle Erdbebenhilfe baut somit nicht auf kurzfristig geschaffenen Strukturen auf, sondern auf ein über viele Jahre gewachsenes lokales humanitäres Ökosystem.

Caritas Venezuela ist dabei weit mehr als ein verllässlicher Durchführungspartner internationaler Programme, z.B. des Auswärtigen Amtes. Die Organisation verfügt über lokale leadership und eigene umfassende technische Kapazitäten. Seit Jahren leitet sie beispielsweise die nationale CASH-Koordinierungsgruppe und führt kontinuierlich Bedarfsanalysen durch.

Auch in anderen, langanhaltenden Krisen bestätigt sich dieses Bild:

Im Ostkongo beispielsweise sehen sich internationale Akteure **aufgrund der Sicherheitslage zunehmend Zugangsbeschränkungen** gegenüber und mussten ihre Präsenz vor Ort reduzieren oder ganz einstellen, während setzt die lokale Caritas in Nord- und Süd-Kivu ihre Arbeit durchweg auch in Gebieten fortsetzt, die unter Kontrolle der M23 stehen. Der Schlüssel hierfür sind jahrzehntelang gewachsene **Vertrauensbeziehungen zur Bevölkerung** sowie die **essenzielle Bedeutung der sozialen Dienstleistungen im Bereich Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung**, die die Caritas vor Ort seit Jahrzehnten für die lokale Bevölkerung leistet.

Ähnliche Erfahrungen machen lokale Hilfsorganisationen in der seit vielen Jahren von Konflikten erschütterten Tschadseeregion. Dort leisten unsere Partnerorganisationen in Nigeria, Kamerun und Tschad seit über einem Jahrzehnt einen zentralen Beitrag zur Versorgung von Vertriebenen, zur Konfliktmediation, zur Ernährungssicherung und zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz, die auch vom BMZ mit seinem wichtigen Übergangshilfe-Instrument finanziert werden. In allen drei Ländern gibt es aufgrund der Präsenz terroristischer Gruppen seit Jahren Gebiete, in denen über eine Million Menschen Notlagen erleiden, die für UN-Organisationen und internationale NROs aber nicht erreichbar sind. Nach Jahren des politischen Engagements hat die Bundesregierung kürzlich entschieden, die Tschadseekrise trotz der horrenden Not politisch zu de-priorisieren. Während die UN- und internationale NRO-Präsenz nun in allen Anrainerstaaten gesunken ist, sind lokale Organisationen vor Ort und versorgen die vom Konflikt betroffene Bevölkerung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Vergleichbares ließe sich über unzählige weitere Kontexte weltweit berichten. All das zeigt:

Es handelt sich nicht um Einzelbeispiele. Hier lässt sich eindeutig ein genereller Trend ablesen und dieser Trend erfordert eine grundlegende Antwort.

Es reicht nicht, sich in einer Welt - bestehend aus so vielen volatilen Konfliktherden - einzelne Krisen als Priorität herauszupicken, andere Krisen zu depriorisieren und sich auf die Leistungsfähigkeit des internationalen humanitären Systems zu verlassen. Auch ist es langfristig nicht zielführend, humanitäre Operationen top-down von UN-Organisationen oder auch der internationalen Zivilgesellschaft planen und umsetzen zu lassen. Stattdessen müssen Diskussionen um die Reformen des Systems die Bedeutung lokaler Hilfs-Infrastruktur in den Mittelpunkt stellen und Hilfs-Modalitäten entwerfen, die diese lokalen Strukturen und Akteure ermächtigen.

Die wirksame Beteiligung lokaler Zivilgesellschaft ist dann nicht allein eine normative Frage von Teilhabe und Gerechtigkeit oder eine wirtschaftliche Frage von Effizienz und Wirkung. Sie ist eine **strategische und operative Frage humanitärer Handlungsfähigkeit**.

3. Der Humanitarian Reset: Richtige Fragen, aber noch keine ausreichenden Antworten

Die Reformbemühungen der Vereinten Nationen im Rahmen des „Humanitarian Reset“ sind Ausdruck einer realen Krise des Systems. Die Diskussion über Priorisierung, Bürokratieabbau und effizientere Mittelverwendung innerhalb des UN-Systems ist notwendig und wurde von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren bereits über Jahre hinweg eingefordert. Trotzdem handelt es sich bei den von der UN vorgeschlagenen Reformen bislang nur um oberflächliche Maßnahmen, die **nicht das Potenzial besitzen, eine grundlegende Reform des humanitären Systems durchzuführen** und die Akteure, die auf der sogenannten „letzten Meile“ Hilfe leisten, also dort, wo sonst niemand mehr hinkommt.

Die von UN OCHA vorgenommene stärkere **Fokussierung auf lebensrettende Maßnahmen in Einzelkontexten** ist angesichts begrenzter Ressourcen zunächst nachvollziehbar. Sie läuft jedoch Gefahr, dass dadurch strukturelle Voraussetzungen für langfristige Resilienz, sozialen Zusammenhalt und nachhaltige lokale Bewältigungskapazitäten – also die Grundvoraussetzungen für Frieden und Sicherheit - weiter geschwächt werden.

Zudem sind viele der heute als „lebensrettend“ definierten Maßnahmen nur deshalb wirksam, weil lokale Organisationen über Jahre hinweg gesellschaftliche Strukturen aufgebaut und erhalten haben. Ernährungssicherung, Schutz vulnerabler Gruppen, lokale Konfliktbearbeitung oder der Erhalt grundlegender sozialer Infrastruktur lassen sich nicht gänzlich von kurzfristigen, akuten Nothilfemaßnahmen trennen. Diese Strukturen müssen aufrecht gehalten (und finanziell gestützt) werden.

Der Humanitarian Reset konzentriert sich bislang stark auf Fragen der **Effizienz innerhalb bestehender Strukturen**, d.h. darauf, wie v.a. die UN in ihrer heutigen Form weiterhin möglichst viel humanitäre Hilfe leisten kann. Weniger Aufmerksamkeit erhält allerdings die grundlegendere Frage, **welche Akteure künftig** unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen überhaupt noch humanitäre Hilfe leisten können. Genau hier liegt aus Sicht der Caritas die zentrale Reformfrage.

Echte Lokalisierung braucht mehr als Country-Based Pooled Funds:

Die internationale Gemeinschaft bekennt sich seit Jahren zur Lokalisierung humanitärer Hilfe. Instrumente wie die Country-Based Pooled Funds (CBPFs) haben dazu beigetragen, den Zugang lokaler Organisationen zu Finanzmitteln teilweise zu verbessern. Bis heute bleibt aber die Weitergabe finanzieller Mittel durch die CBPFs weit hinter dem System der intermediären Nichtregierungsorganisationen zurück.

Das Verhältnis weitergeleiteter Mittel wurde von 27% (2022) auf 46% der vergebenen (nicht der erhaltenen) Mittel 2025 zu erhöht (2025). Einige auf Partnerschaftlichkeit setzende intermediäre NROs in Deutschland schaffen es allerdings, zwischen 80 und 90% ihrer insgesamt erhaltenen Mittel an lokale Akteure weiterzuleiten.

Gleichzeitig **bleiben innerhalb der CBPFs grundlegende Machtasymmetrien bestehen**. Prioritäten, Förderlogiken, Compliance-Anforderungen und Entscheidungsprozesse werden weiterhin überwiegend von intransparenten UN-Vergaberichtlinien bestimmt – von “locally led” sind sie weit entfernt. Lokale Akteure bleiben weiterhin außen vor, auch wenn es sich um erfahrene und erprobte Akteure handelt. CBPFs geben zudem enge strategische Prioritäten vor und beteiligen lokale Zivilgesellschaft oder die betroffene Bevölkerung in der Regel nicht in strategischen Entscheidungen. Lokale Organisationen verfügen nach wie vor nur eingeschränkt über direkten Zugang zu Finanzierung und bleiben so auf die Rolle von Unterauftragnehmern reduziert. Damit sind sie darauf angewiesen, als ausführender, weisungsabhängiger Juniorpartner in oftmals neue Partnerschaften mit UN-Agenturen oder internationalen NROs einzusteigen, um überhaupt eine Chance auf Finanzierung zu erhalten. Zudem sind die Finanzierungen oft zeitlich stark begrenzt und auf die Umsetzung von Projektmaßnahmen fokussiert, ohne den Kapazitätsaufbau bei den lokalen Organisationen gezielt zu fördern. Studien zur Lokalisierung zeigen die negativen Effekte deutlich: die Kurzfristigkeit vieler Finanzierungen bedroht die Nachhaltigkeit von Organisationsstrukturen und befördert den Braindrain, weil gut ausgebildetes lokales Personal nach Projektende zu UN-Agenturen oder internationalen Nicht-Regierungsorganisationen wechselt.

Die intermediäre Finanzierung lokaler Akteure bindet im Gegensatz dazu lokale Bevölkerungen und die Zivilgesellschaft bereits in strategische Diskussionen um Programmplanung ein und ermöglicht so von Beginn an eine bessere Ausrichtung an der humanitären Realität. Es herrscht ein fairerer, gleichberechtigter Umgang auf Basis einer realistischeren Analyse der Kapazitäten der lokalen Partner. Zudem sind Finanzierungen verlässlicher, meist langfristiger, sie umfassen eine gezielte Entwicklung der Organisationen und ermöglichen dadurch den langfristigen Erhalt der für die humanitäre Hilfe so essenziellen lokalen Organisationsstrukturen.

4. Politisierung, Privatisierung und parallele Strukturen

Zusätzlicher Druck auf das humanitäre System erwächst aus **neuen Parallelstrukturen** wie dem „Board of Peace“ oder der sogenannten Gaza Humanitarian Foundation (GHF), die Hilfsleistungen außerhalb etablierter Mechanismen und Regelwerke organisieren und diese langgewachsenen Instrumente mit Füßen treten.

Solche Ansätze **unterlaufen den Kern prinzipiengeleiteter humanitärer Hilfe**: dass Unterstützung unabhängig, unparteilich und allein am Bedarf der betroffenen Menschen orientiert erfolgt. Nach UN-Angaben wurden fast 1.400 Menschen in der Nähe von GHF-Verteilstrukturen bei dem Versuch getötet, an lebensrettende Nahrung zu gelangen.²

Umso problematischer ist die **Signalwirkung** dieser Entwicklungen. Werden solche Modelle unsanktioniert hingenommen, entsteht die Gefahr, dass sie in anderen bewaffneten Konflikten als Vorbild dienen. Damit würde aus einer Ausnahme eine neue Praxis.

² Gaza: Nearly 1,400 Palestinians killed while seeking food, as UN warns airdrops are no solution | The United Nations Office at Geneva.

Humanitäre Hilfe kann ihre Funktion jedoch nur erfüllen, wenn Konfliktparteien ein Mindestmaß gemeinsamer Regeln akzeptieren und humanitären Akteuren Schutz, Zugang und Unabhängigkeit zugestehen. Wird dieses Fundament ausgehöhlt, steht nicht nur die Wirksamkeit einzelner Hilfsmaßnahmen auf dem Spiel, sondern die Idee einer prinzipiengeleiteten humanitären Hilfe insgesamt.

Initiativen, die humanitäre Hilfe stärker an politische, militärische oder sicherheitspolitische Zielsetzungen koppeln, gefährden die humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Die Legitimität humanitärer Hilfe beruht wesentlich auf **ihrer politischen Unabhängigkeit sowie auf ihrer operativen Verlässlichkeit**. Wo diese Unabhängigkeit in Frage gestellt wird, verschlechtert sich langfristig auch der Zugang zu betroffenen Bevölkerungen.

5. Fazit

Die Nachhaltigkeit der internationalen humanitären Hilfe basiert auf einer Stärkung lokaler Organisationen. Ihr Potenzial und ihre Handlungsfähigkeit müssen im Mittelpunkt der Reformdebatte stehen. Notwendig sind dabei:

- mehrjährige und flexiblere Finanzierungszusagen,
- die Finanzierung und der strategische Ausbau lokaler Kapazitäten,
- stärkere Beteiligung lokaler Organisationen an (internationalen) strategischen Entscheidungen.

Gleichzeitig bedarf es einer verlässlichen Unterstützung jener intermediären Organisationen, die lokale Akteure mit internationalen Finanzierungs- und Rechenschaftssystemen verbinden und ihre Kapazitäten unter dem Einsatz ihrer Eigen- bzw. Spendenmittel gezielt fördern. Partnerschaftlich aufgestellte Vermittler-Organisationen übernehmen wichtige Funktionen in den Bereichen Compliance, Finanzmanagement, Risikomanagement, Qualitätssicherung, weiterer Kapazitätsstärkung und internationale Interessenvertretung. Wir tragen dazu bei, dass lokale Organisationen Zugang zu Finanzierung erhalten und zugleich die Anforderungen internationaler Geber erfüllen können.



Ausschussdrucksache 21(17)24
vom 3. Juli 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Ralf Südhoff

Direktor des Centre for Humanitarian Action (CHA)

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Statement zur öffentlichen Anhörung am 8. Juli 2026

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Von Ralf Südhoff, Centre for Humanitarian Action (CHA)



Zusammenfassung

Die grundlegende **Krise der globalen humanitären Hilfe** und ihr fundamentaler Reformbedarf werfen **insbesondere für Deutschland** als bis vor kurzem führende humanitäre Gebernation **weitreichende Fragen auf**. Das Jahr 2025 hat die humanitäre Hilfe in ihren Grundfesten erschüttert: in ihrer Finanzierung und ihren Werten, in ihrer Legitimität und ihren Prinzipien. Umfassende Prozesse einer Politisierung und Instrumentalisierung der humanitären Hilfe – auch in Deutschland – stellen **in Frage, ob in der Praxis der internationalen Zusammenarbeit die Idee der humanitären Hilfe überleben wird**. Eine eigenständige und an Werten und Solidarität orientierte humanitäre Hilfe droht international im Rahmen eines „Transaktionalismus“ (USA) wie auch einer „interessengeleiteten neuen Außenpolitik“ (u.a. Deutschland) zu einem **Instrument ohne eigenständigen Wert** jenseits politisch priorisierter Interventionen zu werden. Parallel droht die **Verzweigung des humanitären Völkerrechts** zu einem reinen Orientierungspunkt, der – **auch laut deutschem Bundesaußenminister** – je nach außenpolitischem Kontext relevant (Ukraine / Russland) oder zu de-priorisieren ist (Israel / Gaza, USA / Iran & Venezuela). Deutschland hatte sich unter verschiedenen Bundesregierungen eine große Reputation als zuverlässiger Finanzier und wenig interessengeleiteter Akteur in der internationalen Kooperation aufgebaut. Diese **Reputation als „honest broker“ und „Soft-Power“ Weltmacht** wurde in den vergangenen Jahren **verspielt** durch völkerrechtlich widersprüchliche Positionen und budgetär weitreichende Kürzungen in den Feldern humanitäre Hilfe (52%), aber auch Entwicklungszusammenarbeit (-20% seit 2023), Kultur- und Friedensförderung (-40% seit 2022).

Dies ist umso **folgeschwerer, weil Deutschland als glaubwürdige und engagierte Reformkraft** in der internationalen Zusammenarbeit und insbesondere in den aktuell profunden Veränderungsprozessen der humanitären Hilfe **dringend benötigt** wird. Noch 2025 wurden die stockenden internationalen Reformprozesse von Deutschland kritisch, engagiert und in enger Geberkoordination begleitet. Trotz dennoch weitgehend ausbleibender Fortschritte von Initiativen wie dem „Humanitarian Reset“ und dem UN80 Prozess **sieht die Bundesregierung heute die Reformen auf gutem Weg**. Sie tritt auch im Zuge interner Umstrukturierungsprozesse **nur noch sehr begrenzt als treibende Kraft** in Erscheinung, die sich – unterlegt mit politischen und finanziellen Ressourcen – für veränderte Machtverhältnisse und Finanzflüsse zu Gunsten einer lokaleren, wirksameren und kostengünstigeren humanitären Hilfe einsetzen würde. Die Bundesregierung hat **alle Möglichkeiten**, diese Rolle künftig auszufüllen und **als Player** in der internationalen Zusammenarbeit die von den USA hinterlassenen Lücken zu füllen, **wie es stattdessen** auf finanzieller Seite **zahlreiche arabische Staaten vormachen und bereits vor Deutschland als neue Topgeber stehen**.

Warum wird eine andere Rolle Deutschlands dringend benötigt?

- Der **UN80 Reformprozess droht** insbesondere im humanitären Bereich zu **versanden** und nicht über Vorsätze für eine seit vielen Jahren angestrebte bessere Koordination von Logistik und Infrastruktur (New Humanitarian Compact) hinauszugehen.
- Das seit 2025 zentrale internationale humanitäre Reformprojekt, der „**Humanitarian Reset**“ hat ambitioniert begonnen und **droht nun weitgehend zu scheitern**. UN OCHA als zentraler Akteur des Prozesses benötigt klare Gebervorgaben und ein enges Monitoring der zugesagten Ziele auch im Lichte eigener Organisationsinteressen.
- Als besonders notwendig erweist sich eine **kritische Begleitung der deutlich ausgeweiteten OCHA „Pooled Funds“** (CBPFs), deren Förderung sich in 2026 bereits mehr als verdreifacht hat. Sie könnten in reformierter Arbeitsweise und Kombination mit lokal geführten **Pooled Funds zwar eine Chance für neue, bedarfsorientierte Finanzierungswege** und eine starke Förderung und Beteiligung lokaler Hilfsorganisationen sein. Das OCHA-Ziel einer 70%igen **Förderung lokaler Akteure** **verkehrt sich jedoch derzeit in ihr Gegenteil** mit einem Absturz lokaler Förderung auf nur noch 7% bislang in 2026, nach einer fast 50%igen Förderung in 2025.
- Der **auch in Deutschland und international fortschreitenden Politisierung der humanitären Hilfe** zugunsten geopolitisch relevanter Regionen muss insbesondere **im Kontext der UN Pooled Funds Einhalt geboten werden**: Das erneuerte humanitäre US-Engagement fokussiert auf eine politisch konditionierte Förderung der UN Pooled Funds und internationaler Hilfsorganisationen nach durch die Trump Administration definierten nationalen Interessen.
- Der internationalen humanitären Hilfe **drohen Strukturen, Services und Daten** als entscheidende Grundlage **für eine effiziente und wirksame Hilfe weitreichend wegzubrechen**. Plakativstes, jedoch politisch motiviertes Beispiel für fehlende Datengrundlagen ist der UN „Global Humanitarian Overview“ (GHO) 2026, welcher im Zuge des Reset durch neue Methodiken die Zahlen der Menschen in Not weltweit heruntergerechnet und Priorisierungsprozesse im Lichte sinkender Mittel vorweggenommen hat, statt die globale humanitäre Lage transparent abzubilden.

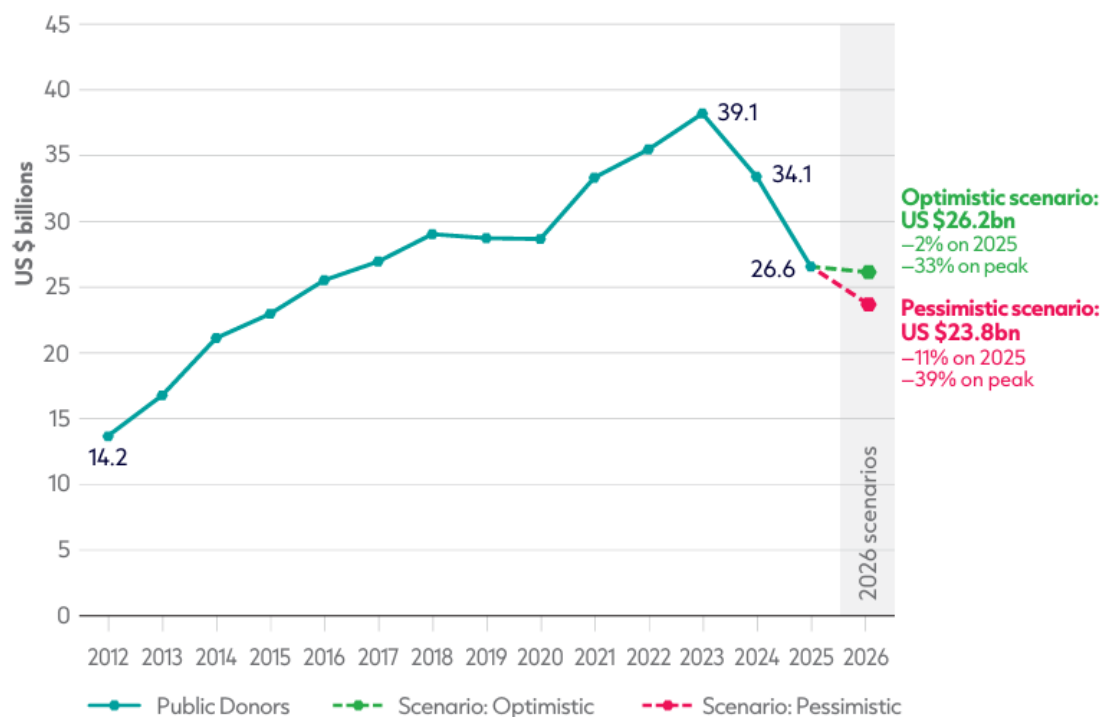
Die Bundesregierung hat die Chance und die Verantwortung, diesen Trends mit zehn Maßnahmen entgegenzuwirken und substantielle Reformen anzustoßen. Dazu sollte Deutschland insbesondere:

- 1) die **ausstehenden Reformen** im Zuge des „Humanitarian Reset“ konsequent anmahnen und ihre **Umsetzung durch gezielte Förderungen voranbringen**;
- 2) ihren Einfluss und ihr **Gewicht in den internationalen Prozessen** durch die **Rückkehr zu einer wertorientierten und angemessen finanzierten humanitären Politik wiederherstellen**, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde;
- 3) einen an der Wirtschaftskraft gemessen **fairen Beitrag zur globalen humanitären Hilfe leisten**, der sich laut „Fairshare“ Ansätzen auf rund **3 Mrd. € jährlich** beläuft und noch unterhalb des deutschen Beitrags von 2022 liegt;
- 4) die bereitgestellten Mittel im **Sinne einer bedarfsorientierten humanitären Hilfe vergeben versus Kontinente** wie Lateinamerika, Asien und geopolitisch sekundäre Krisenregionen **umfassend zu de-priorisieren**;
- 5) die Effizienz und Effektivität der humanitären Hilfe sicherstellen, indem neben lebensrettenden Maßnahmen insbesondere **Datenerhebungen, vorausschauende Hilfen und systemrelevante Dienstleistungen finanziert** werden;
- 6) die **Umstrukturierungsprozesse im Auswärtigen Amt zügig abschließen** und eine prinzipienorientierte humanitäre Hilfe organisatorisch und inhaltlich **vor einem interessengeleiteten Einsatz** z.B. zum Ausbau bilateraler Beziehungen **schützen**;
- 7) professionell und **nach internationalen Standards arbeitende Hilfsorganisationen einschl. der Zivilgesellschaft fördern** versus einer privatisierten und politisierten humanitären Hilfe außerhalb international vereinbarter Prozesse und Regeln;
- 8) den **Reform- und Kooperationsdruck auf internationale Hilfsorganisationen (UN, INGOs / Rotkreuzbewegung)** auch mithilfe konditionierter Förderungen **aufrecht erhalten**;
- 9) die **Finanzierung und umfassende Stärkung einer so lokal wie möglich verankerten und geleiteten humanitären Hilfe fördern**;
- 10) einen **einheitlichen Umgang mit Völkerrecht** und internationalem humanitären Recht sicherstellen, **um insgesamt als glaubwürdiger und einflussreicher Akteur eine internationale humanitäre Hilfe zu bewahren, die ihren Namen verdient und ihren Werten gerecht wird.**

I. Versandende Reformen und Deutschlands Rolle – Priorisierung und Effizienz, Lokalisierung und boomende „Pooled Funds“

Der Reformprozess ‚Humanitarian Reset‘ hatte das erklärte Ziel, auf humanitäre Bedarfe in Rekordhöhe bei gleichzeitig drastisch sinkenden Finanzmitteln zu reagieren sowie die prinzipienorientierte humanitäre Hilfe gegen Angriffe zu verteidigen und zukunftsfähig zu machen. Ziele sind die Priorisierung der Bedarfe mit einem Fokus auf Menschen in lebensbedrohlichen Krisen, eine möglichst weitreichende Lokalisierung der Hilfe und Effizienzsteigerungen im Lichte von rasant sinkenden Mitteln.

Two scenarios for humanitarian funding from public donors, 2026



Source: Historic data based on OECD DAC, UN OCHA FTS and UN CERF. 2026 scenarios based on publicly available information regarding ODA or humanitarian budgets.

Notes: 2025 data is preliminary. Data is in constant 2024 prices. 'Public donors' refers to governments and EU institutions. Historical figures differ from those reported in the GHA Report 2025 due to updated final reported international humanitarian assistance data and a different year for constant prices. Methodological notes on how the 2026 scenarios were constructed are detailed in the 'Methodology and definitions' chapter.

Abbildung 1: Zwei Szenarien humanitärer Finanzierung; Quelle: Global Humanitarian Assistance 2026 S.4; https://al-nap.hacd.nio/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

Der seit März 2025 laufende Reformprozess adressierte zunächst wichtige Baustellen des humanitären Systems, indem er eine verbindlichere Koordination insbesondere der UN-Organisationen vor Ort, eine deutlich gesteigerte Finanzierung lokaler Hilfsorganisationen und eine Stärkung lokaler Entscheidungs- und Finanzierungsprozesse u.a. durch gepoolte Funds in den Ländern selbst anstrebte.

Pooled Funds

Eine Fokussierung auf „Pooled Funds“ könnte eine sinnvolle Vereinfachung auf weniger, transparentere und partizipativere Finanzierungskanäle vor Ort sein im Vergleich zu Tausenden von bilateralen Gebergesprächen in Hauptstädten und Botschaften, Projektanträgen, Einzelentscheidungen und komplexesten Berichtspflichten; die im Zuge des Reset-Prozesses zunehmend von OCHA angestrebte Fokussierung auf die von OCHA selbst verwalteten Country Based Pooled Funds (CBPFs) schadet jedoch dem unterstützenswerten Anliegen und **ein breiterer Ansatz inkl. lokal verwalteter agiler Funds ist notwendig**.

Auch insgesamt ist das **Ziel einer deutlich stärker lokalisierten Hilfe** nach vielversprechendem Start aktuell **in ihr Gegenteil verkehrt** worden, wie insbesondere OCHAs CBPFs verdeutlichen, seitdem sie von den als Geber zurückgekehrten USA massiv finanziert werden. In 2025 war es zunächst gelungen, die Förderung lokaler Hilfsorganisationen („National Partners“) aus den OCHA Pooled Funds auf rund 50% zu steigern und sich dem erklärten 70%-Ziel anzunähern. In 2026 beläuft sich die Förderung insbesondere durch eine bislang extrem gestiegene und einseitige Förderung durch die USA nur noch auf rund 7%, aus US-Funds sogar nur auf 4% (s. Abbildung).

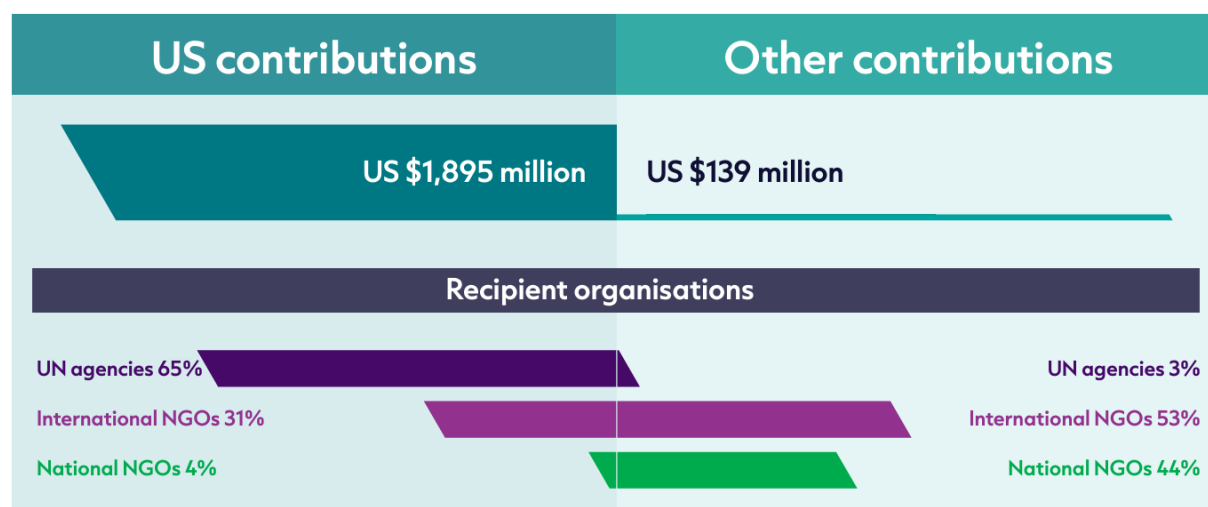


Abbildung 2: Förderung von CBPF durch die USA; Quelle: Global Humanitarian Assistance 2026, S.44 (gekürzt); https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

Andere Definitionen, weniger Not?

In Parallelität droht OCHA seine eigentliche Aufgabe als neutraler Koordinator und Dienstleister aus den Augen zu verlieren. Dieses Risiko verdeutlicht insbesondere der im Dezember 2025 veröffentlichte Global Humanitarian Overview für 2026 (GHO) als zentraler Appeal und Planungsinstrument der internationalen humanitären Hilfe für jedes Kalenderjahr. Im Lichte gewisser seit vielen Jahren bekannten GHO-Analyseschwächen, insbesondere aber der in 2025 drastisch gesunkenen Finanzmittel und Geberforderungen nach stärkerer Priorisierung, **veränderte OCHA für 2026 substantiell die Analysemethodik**. Während es selbst einräumte, dass die humanitäre Not weltweit keinesfalls gelindert werden konnte im Vergleich zu 2025 mit über 300 Mio. Menschen in Not, sanken die GHO-Ziele 2026 dramatisch:

“Now, millions of people risk being airbrushed out of humanitarian plans, with 152 million people being deprioritised for assistance based on a ‘hyper-prioritisation’ process in 2026.”¹

Auch OCHA selbst räumt ein:

„The 2026 GHO will include less plans and appeals than in 2025, resulting in a drop in People in Need within the GHO. [...] The people facing the most urgent, crisis-driven, needs captured in GHO 2026 therefore represent the tip of the iceberg of global suffering.”²

„Live saving“ und Effizienzen

Der „Hyperpriorisierungsprozess“ im Rahmen von OCHA ging zugleich mit einer starken **Fokussierung der humanitären Hilfe auf „live saving“**, auf allein lebensrettende Maßnahmen einher. Eine solche Priorisierung kann sinnvoll sein, wirft aber Fragen auf zu ihrer Umsetzung und droht Effizienzen im System nicht zu erhöhen, sondern deutlich zu verschlechtern. So kann es zwar angemessen sein, eine knapp bemessene humanitäre Hilfe u.a. auf physische Herausforderungen wie Nahrungsmittel- und Wasserknappheit sowie medizinische Versorgung zu konzentrieren. Jedoch drohen so ohnehin oftmals unterschätzte und ebenfalls lebensbedrohliche Notlagen mit Blick auf Schutz vor (sexualisierter) Gewalt und Vertreibung, die Behandlung schwerwiegender psychischer Verletzungen und Traumata und ihrer Folgen weiter de-priorisiert zu werden. Zudem **drohen weitreichende neue Ineffizienzen der Hilfe** durch die mangelnde Finanzierung von Datenerhebungen, logistischen Querschnittsaufgaben, Koordinationsforen, aber auch präventiven Ansätzen wie der Antizipativen Hilfe. Während in letztere international nur etwa 1% der humanitären Hilfe fließt, hat das Auswärtige Amt auch zuletzt am internationalen Ziel einer 5% Förderung trotz sinkender Mittel beachtlicherweise festgehalten.³

Insgesamt droht mit der **Re-Fokussierung der humanitären Hilfe auf lebensrettende Maßnahmen** jedoch ein weitreichender **Verlust der in vielen Jahren aufgebauten Kapazitäten und Ansätze für eine weit effektivere und kosteneffizientere Prävention**. Dies geht mit einem Rückzug der humanitären Hilfe in das Silo der kurzfristigen Nothilfe einher, was ihre Anschlussfähigkeit zur Übergangshilfe und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) - ohnehin für deutsche Institutionen weiter eine Herausforderung – weiter erschwert und die Gräben vergrößert. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen auch die Finanzierung der EZ deutlich reduziert wird und eine Übernahme von Aufgaben an der Schnittstelle zwischen Not- und Entwicklungshilfe schon aus budgetären Gründen auch international nicht erfolgt:

*“While this responds to a longstanding critique of the humanitarian system expanding beyond acute shocks to cover basic needs and services, **simultaneous cuts across humanitarian, development and peace funding risk leaving growing numbers of people without internationally funded support altogether.**”⁴*

¹ Global Humanitarian Assistance 2026, S.6; https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

² Global Humanitarian Overview Response in 2026; <https://humanitarianaction.info/document/global-humanitarian-overview-2026/article/2026-global-humanitarian-overview-collective-push-protect-millions-lives>

³ <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2774746/8540a39d90bf951d17222a5b165050bb/huhi2022-2025-data.pdf>

⁴ Global Humanitarian Assistance 2026 Summary, S.6; https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_2026_-_Summary.pdf

Deutschland: Mangelnde Finanzen, mangelnde Führung

Die Bundesregierung hatte sich noch im Herbst 2025 gegen eine vorausseilende Priorisierung und Veränderung des GHO ausgesprochen. Die ursprünglich weitreichenden Forderungen des Resets wurden von Deutschland in Koordination mit zahlreichen weiteren Gebern Mitte 2025 in klaren Worten angemahnt.⁵

Dennoch scheint der Reset heute weitgehend versandet. So ist neben der kontroversen Entwicklung der UN Pooled Funds sowie der ausbleibenden Lokalisierung auch eine bessere Koordination vor Ort inkl. Berichtspflichten an die „Humanitarian Coordinators“ durch den Widerstand großer, bislang sehr unabhängiger UN Organisationen verhindert worden.

Andere Geber bestimmen derweil zunehmend die Agenden. Selbst die USA der Trump Administration hat in 2026 bereits über 400% mehr humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt als Deutschland für 2026 insgesamt budgetiert. **Arabische Staaten wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) haben Deutschland als Topgeber abgelöst,** das als zweitgrößte Wirtschaftsnation nicht mehr zu den Top5 Gebern der humanitären Hilfe zählt.⁶ Eine **Parallelität von Deutschlands mangelndem Durchsetzungsvermögen** in den aktuellen, dringenden internationalen Reformprozessen (trotz Vorsitz in der OCHA Donor Support Group) und **seinem drastisch gesunkenen finanziellen Engagement** ist offenkundig. *„Selbstverständlich kann Deutschland sich nur als Player durchsetzen, wenn es auch ein ernsthafter Payer ist“*, bestätigt ein europäischer Geberrepräsentant.

Die Bundesregierung muss daher sowohl mit Blick auf eine anhaltende Rekordzahl von Krisen und Menschen in Not weltweit wie auch auf ihren Anspruch die globale humanitäre Hilfe zu gestalten ihr Versprechen einlösen und **die humanitäre Hilfe angemessen und „auskömmlich“⁷ finanzieren.** Dies bedeutet **nicht die von den USA gestrichenen Mittel zu ersetzen, sondern lediglich einen fairen Anteil** an der weltweiten Hilfe **bereitzustellen** („Fairshare-Ansatz“) – gemessen an Deutschlands Wirtschaftskraft, wie dies auch in anderen Politikbereichen wie etwa den Verteidigungsausgaben üblich ist. Statt politisch oder historisch gewachsener Beiträge sollte sich die humanitäre Verantwortung eines OECD / DAC Geberstaates stärker daran orientieren, welchen Anteil er entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (gemessen am BIP) am globalen humanitären Bedarf, gemäß Humanitarian Response Plans und des Global Humanitarian Overviews (GHO), übernehmen kann.

Der Vorteil eines **Fair Share-Ansatzes** liegt dabei zum einen in seinem Potenzial, **Narrative in Frage zu stellen** bzw. Transparenz zu schaffen mit Blick auf zum Teil fälschliche Annahmen, wenige westliche Geber würden bis heute einen weit überproportionalen Anteil an den Lasten der internationalen humanitären Hilfe tragen, allen voran Deutschland. Tatsächlich belegen die drei Golfstaaten **Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien** gemessen am Fair-Share-Anteil **die ersten drei Plätze und liegen damit weit vor Deutschland auf Platz 15**, das nur rund ein Drittel seines angemessenen

⁵ https://www.chaberlin.org/wp-content/uploads/dlm_uploads/2025/09/10062025-letter-to-usg-tom-fletcher-from-donors-1.pdf

⁶ Global Humanitarian Assistance 2026, S.6; https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

⁷ Koalitionsvertrag S.129, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf

Beitrags leistet. Diese „auskömmliche Finanzierung“ eines **fairen Anteils läge für Deutschland bei lediglich rund 3 Mrd. € humanitäre Hilfe pro Jahr** - weniger als es noch in 2022 geleistet hat (**Abbildungen 3 und 4**).

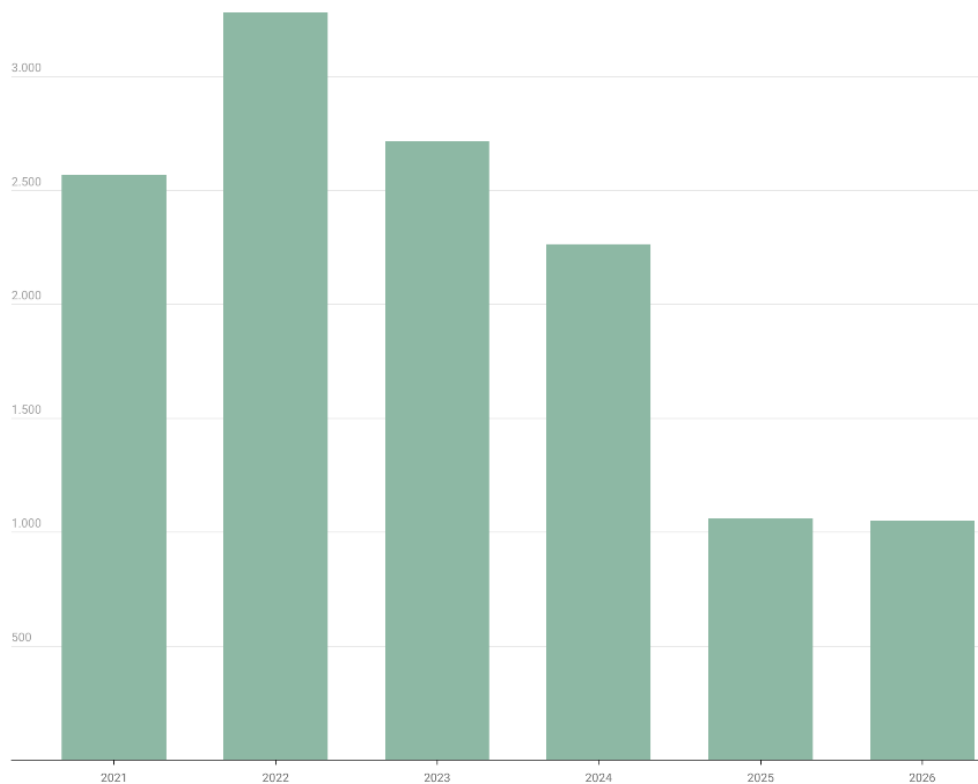


Abbildung 3: Mittel für Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts in Millionen Euro 2021-2026; Grafik: CHA; Quelle: 2021: Bundeshaushalt; 2022-2025: Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2022-2025; 2026: Schätzung⁸

⁸ <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>; <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2774746/1c3c14356a2c0fda37db683cd4db0c53/huhi2022-2025-data.pdf>



Abbildung 4: Abweichung der 2025 gezahlten Beiträge vom Fair-Share-Anteil; Daten: BIP-Daten basierend auf IMF World Economic Outlook Database; Humanitärer Bedarf 2025 basierend auf Daten von OCHA (GHO-Report Stand Juli 2025); Beiträge basierend auf Daten von OCHA (FTS Stand 31. Dezember 2025); Quelle: CHA-Berechnungen

Zugleich **berücksichtigt ein Fair-Share-Modell** die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und **Krisenkonjunktoren eines Geber-Staates, um Überforderungen zu vermeiden**, denn im Rahmen eines Fair-Share-Ansatzes gilt auch: **Sinken wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und BIP in einem Geberland, sinken auch seine humanitären Lasten.**

Überdies folgt der Fair-Share-Ansatz einer Bedarfslogik, welche eine politisierte oder oftmals auch zufällige budgetäre Angebotslogik ersetzt – gerade in Deutschland, wo Konkurrenzen unter multiplen zuständigen Ministerien, Parteizugehörigkeiten der Leitungsebenen oder die Erratik nächtlicher finaler Sitzungen von Haushaltsausschüssen die deutsche Hilfe für Millionen Menschen in Not bestimmen.

In Deutschland resultieren diese Logiken heute zudem in einen kaum beachteten, geschweige denn politisch entschiedenen Trend: **Auch innerhalb** des deutschen internationalen finanziellen Engagements, **der deutschen ODA-Mittel, ist der Stellenwert der humanitären Hilfe dramatisch gesunken.** Der **Anteil der humanitären Hilfe an der deutschen Not- und Entwicklungshilfe insgesamt** lag in 2025 aufgrund der weit überproportionalen Kürzungen in der humanitären Hilfe (-52%) **nur noch bei 6%** aller von Deutschland bereitgestellten ODA-Mittel, und dies trotz der großen entstandenen Lücke durch das Ende des humanitären Topgebers USAID. OECD / DAC Staaten stellen im Schnitt 15% ihrer ODA für Humanitäres bereit, Südkorea sogar 17%, Schweden 19% und Norwegen 20%.⁹

⁹ https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

II. Das drohende Ende der humanitären Hilfe - Politisierung, Militarisierung, Privatisierung

Humanitäre Hilfe steht für mehr als eine kurzfristigere Form der internationalen Kooperation:

Entscheidendes Alleinstellungsmerkmal sind ihre humanitären Prinzipien, die für eine unparteiische, neutrale, unabhängige Hilfe stehen im Sinne der Menschlichkeit. Dies bedeutet Menschen bedingungslos zu helfen in größter Not nach Vorbild einer Ärzt*in, die nicht nach Herkunft, politischer Gesinnung oder Vermögen fragt, sondern Patient*innen in größter Not zuerst und unabhängig von persönlichen Präferenzen behandelt.

Die Nichtbeachtung von eigenen Interessen und Präferenzen ist daher der zentrale Unterschied zwischen humanitärer Hilfe und anderen Formen der internationalen Kooperation. Weitreichend zunehmende Trends einer Politisierung und in ihrem Zuge auch Privatisierung der humanitären Hilfe stehen daher in fundamentalem Widerspruch zu ihrem Wesenskern und stellen die Daseinsberechtigung der humanitären Hilfe und das Prinzip der Humanität an sich in Frage.

Dieser Trend einer dramatisch zunehmend an politischen Interessen ausgerichteten humanitären Hilfe auch in traditionellen Geberstaaten wurde Anfang 2025 von der Trump Administration und der Auflösung von USAID ausgelöst, macht aber auch vor Deutschland und Europa nicht halt.

Auch im Zuge des jüngsten Comebacks der USA als humanitärer Geber wird eine **ausgeprägte Politisierung** ihrer humanitären Hilfe verfolgt: Humanitäre Organisationen sind insbesondere besorgt über die Auswirkungen der „Global Gag Rule“ („Maulkorberlass“) der USA, die sich gegen politisch nicht gewollte Ansätze wie reproduktive Gesundheit, Familienplanung und Schwangerschaftsabbrüche richtet wie auch gegen Geschlechtsidentität, Diversität und Inklusion. Eine Auswahl der durch OCHA mit US Mitteln zu fördernden Länder, die der unter humanitären Gesichtspunkten priorisierten Länderliste entgegensteht und politischen Vorgaben folgt, steht zudem für das **Gegenteil einer effizienteren und gezielteren humanitären Hilfe nach Maß der Not**.

Auch in Deutschland steht die humanitäre Hilfe jedoch heute unter verstärkten politischen Vorgaben: Die jüngste humanitäre Strategie des Auswärtigen Amts stellte Deutschlands humanitäres Engagement explizit in den Kontext deutscher sicherheits- und geopolitischer Interessen. **Der aktuelle Umbau des Auswärtigen Amts und die Auflösung der für die humanitäre Hilfe zuständigen Abteilung** im Ministerium erfolgt laut internem Rundschreiben explizit, um alle Instrumente des Hauses dem Ziel einer schlagkräftigen deutschen Interessenspolitik zu unterstellen. Dieser Priorität dient auch die regionale Priorisierung der deutschen humanitären Hilfe, welche sich - ebenso wie die EZ - weitestgehend aus Lateinamerika und Asien zurückgezogen hat und auf Krisen in Nachbarschaft und „mit Auswirkungen für Europa“ konzentriert. Das **Ausmaß der humanitären Not** in einer Krise wird somit **zum sekundären Maßstab unter dem Primat politischer Interessen**, wie u.a. eine weit **überproportionale Förderung der Hilfe in der Ukraine** verdeutlicht, in die seit 2022 **mehr deutsche Mittel fließen als nach ganz Lateinamerika und Asien zusammen**.¹⁰

¹⁰ <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2774746/8540a39d90bf951d17222a5b165050bb/huhi2022-2025-data.pdf>

Narrative einer ohnehin zu großen Anzahl von Hilfsbedürftigen, unter denen man entsprechend **schadlos Betroffene und Regionen nach eigenem geopolitischen Interesse priorisieren** könne, sind in diesem Zusammenhang **gefährlich irreführend**. Aus gutem Grund hat die humanitäre Hilfe profunde und wissenschaftlich basierte Maßstäbe entwickelt, um Notlagen bemessen und unterscheiden zu können, etwa zwischen Menschen, die vom Hunger bedroht sind oder unter einer lebensbedrohlichen Hungersnot leiden (IPC Stufen 1-5). **Es ist Wesenskern der humanitären Hilfe, nicht wahllos Not zu lindern, sondern Menschen in größter Not zu helfen – wie die Ärztin, welche lebensgefährliche Verletzungen vor einem Fingerbruch behandelt.**

Privatisierung der Hilfe

Der Ansatz einer nach politischen Zielvorgaben ausgerichteten humanitären Hilfe hat international Tendenzen einer Privatisierung der humanitären Hilfe zudem weiter befeuert. **Die Beteiligung privater Firmen und ihrer Expertise an humanitärer Hilfe ist nichts Neues und kann sehr hilfreich sein** als Dienstleister, Unterstützer oder Berater. Die Zusammenarbeit etablierter humanitärer Akteure auf Seiten der UN wie auch der INGOs mit privaten Serviceprovidern und Firmen für die Ausführung etwa in der Umsetzung von Cash-Transfers oder logistischer Aufgaben ist gängige Praxis und kann die Effizienz und Leistungsfähigkeit des humanitären Systems steigern. **Ein fundamentaler Unterschied besteht jedoch, wenn private Firmen oder Stiftungen selbst zu Durchführungsorganisationen werden, da sie sich nicht an internationale Standards und humanitäre Prinzipien gebunden fühlen** und Parallelstrukturen zum internationalen Hilffssystem aufbauen, um politische Vorgaben durchzusetzen.

Das Beispiel der sogenannten Gaza Humanitarian Foundation (GHF), in deren Zuge internationale Hilfsorganisationen verdrängt und die Einrichtung eines militarisierten Verteilungssystems vorangetrieben wurde, hat die drastischen Folgen politisch mandatierter „Hilfsmodelle“ verdeutlicht. Nach Angaben von OCHA wurden allein in der Nähe der militarisierten Verteilungsstellen der GHF mindestens 1.172 Menschen, und entlang der Versorgungswege der Konvois weitere über 1.000 Menschen getötet. Auch Firmen wie Fogbow im Sudan und Südsudan sehen sich nicht humanitären Prinzipien verpflichtet, sondern arbeiten mit und im Auftrag von Konfliktparteien und untergraben eine neutrale internationale Hilfe für Menschen in größter Not.

Sicherheit der humanitären Helfer*innen

Die Trends einer Politisierung, Militarisierung und Privatisierung der humanitären Hilfe tragen insgesamt auch zu einer dramatischen Verschlechterung der Sicherheit von humanitären Helfer*innen und humanitären Einrichtungen bei. **Nie zuvor mussten so viele humanitäre Helfer*innen ihren Einsatz im Sinne der Menschlichkeit mit dem Leben bezahlen** wie in den vergangenen Jahren, fast viermal mehr Helfende kamen in 2024 um als zehn Jahre zuvor (siehe Abbildung 5). Auch die Angriffe auf humanitäre Einrichtungen haben dramatisch zugenommen, wie auch die Behinderung von Hilfsorganisationen durch politische Auflagen und Bürokratie (z.B. inakzeptable Registrierungsbedingungen für NROs in Gaza).

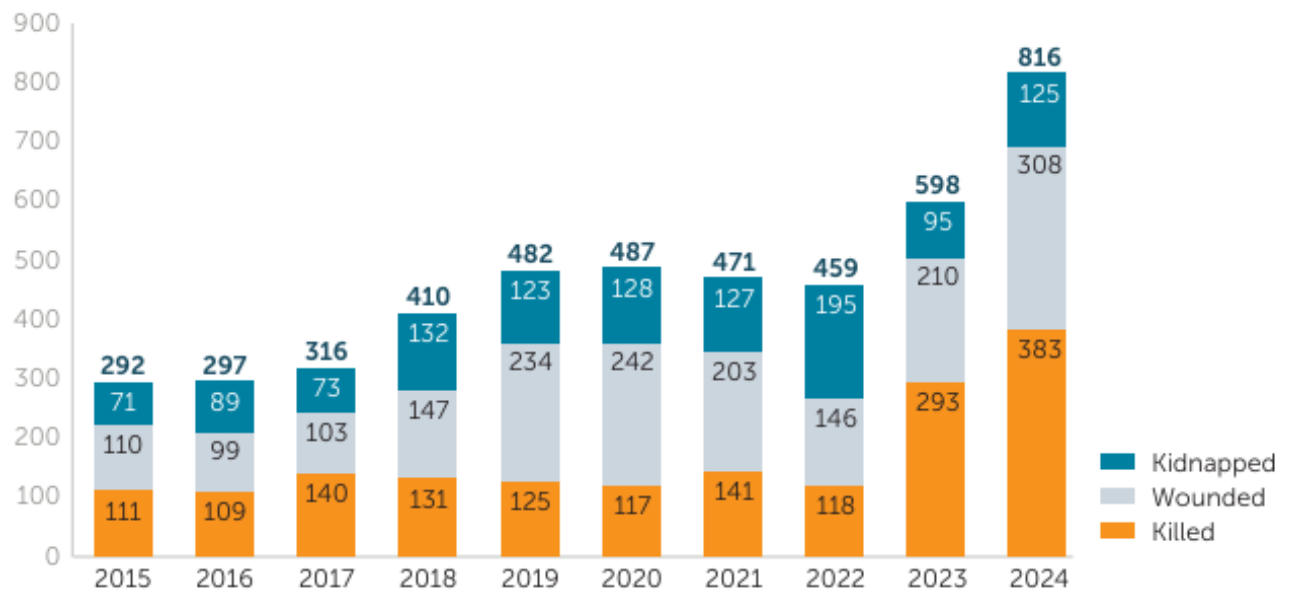


Abbildung 5: Hilfskräfte als Opfer schwerwiegender Gewalt; Aid Worker Security Report 2025, S.4; https://humanitarianoutcomes.org/sites/default/files/2025-08/HO_AWSR_2025.pdf

UN Emergency Coordinator Tom Fletcher fasst dies wie folgt zusammen:

*„This is not an accidental escalation – it is the collapse of protection. [...] across multiple crises, humanitarian workers are not just being killed. Our action is being restricted, penalized, delegitimized. We are told where not to go, whom not to help. We are harassed or arrested for doing our job.“*¹¹

Der schwindende Zugang humanitärer Akteure zu Krisen und Menschen in Not, die rapide zunehmenden Angriffe auf Helfende und Hilfseinrichtungen sind zugleich auch Folge der stetig zunehmenden Versuche, humanitäre Hilfe für politische Ziele zu instrumentalisieren, an Bedingungen zu knüpfen und Hilfsorganisationen auch kommunikativ zu delegitimieren, etwa durch gezielte Desinformationskampagnen.¹² Vor diesem Hintergrund ist der auch **in Deutschland zu verzeichnender Trend das internationale Völkerrecht nicht konsequent zu verteidigen, sondern zu relativieren sehr gefährlich**. Auch laut dem deutschen Bundesaußenminister sind völkerrechtliche Fragen je nach außenpolitischem Kontext relevant (Ukraine / Russland) oder zu de-priorisieren (Israel / Gaza, USA / Iran & Venezuela). Eine solche **Verzerrung des Völkerrechts zu einem beliebigen Orientierungspunkt**, der nach Bedarf ins Auge gefasst oder ausgeblendet wird, unterhöhlt die von deutscher Seite betonte „regelbasierte Ordnung“ und bestätigt andere Staaten darin, auf das Recht des Stärkeren setzen. Sie hat zudem außenpolitische Konsequenzen, siehe Deutschlands historisches Scheitern bei einer Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat.¹³

¹¹ <https://www.unocha.org/news/over-1000-aid-workers-killed-3-years-often-hands-member-states-un-relief-chief-demands>

¹² https://www.ifrc.org/sites/default/files/2026-02/WDR2026_FullReport_EN.pdf

¹³ Ralf Südhoff: Das Ende der Soft Power Weltmacht Deutschland, The Humanitarian Blog, 18.06.2026 <https://www.chaberlin.org/blog/das-ende-der-soft-power-weltmacht-deutschland/>

III. 10 Empfehlungen

Die Bundesregierung hat die Chance und die Verantwortung, substantielle Reformen eines humanitären Systems anzustoßen. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Frage, ob die humanitäre Hilfe in ihrem Wesenskern die Krise ihrer Politisierung, Delegitimierung und mangelnden Finanzierung überlebt oder zu einem Instrument für geopolitische Ziele verkommt und faktisch abgeschafft wird.

Um dies zu verhindern, sollte die Bundesregierung 10 Empfehlungen umsetzen, indem sie:

- 1) die **ausstehenden Reformen** im Zuge des „Humanitarian Reset“ konsequent anmahnt und ihre **Umsetzung durch gezielte Förderungen voranbringt**;
- 2) ihren Einfluss und ihr **Gewicht in den internationalen Prozessen** durch die **Rückkehr zu einer wertorientierten und angemessen finanzierten humanitären Politik wiederherstellt**, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde;
- 3) einen an der **Wirtschaftskraft gemessen fairen Beitrag zur globalen humanitären Hilfe leistet**, der sich gemäß transparenten „Fairshare“ Ansätzen auf **rund 3 Mrd. € jährlich** beläuft und noch unterhalb des deutschen Beitrags von 2022 liegt;
- 4) die Mittel im **Sinne einer bedarfsorientierten humanitären Hilfe vergibt versus Kontinente** wie Lateinamerika, Asien und geopolitisch sekundäre Krisenregionen **umfassend zu de-priorisieren**;
- 5) die Effizienz und Effektivität der humanitären Hilfe sicherstellt, indem sie **neben lebensrettenden Maßnahmen insbesondere auch Datenerhebungen, vorausschauende Hilfen und systemrelevante Dienstleistungen finanziert**;
- 6) die **Umstrukturierungsprozesse im Auswärtigen Amt zügig abschließt** und eine prinzipienorientierte humanitäre Hilfe organisatorisch und inhaltlich **schützt vor einem interessengetriebenen Einsatz** zum Ausbau bilateraler Beziehungen und Regionalpolitiken;
- 7) weiterhin professionell und **nach internationalen Standards arbeitende Hilfsorganisationen einschl. der Zivilgesellschaft fördert versus einer privatisierten und politisierten humanitären Hilfe** außerhalb international vereinbarter Prozesse und Regeln;
- 8) den **Reform- und Kooperationsdruck auf internationale Hilfsorganisationen** (UN, INGOs /Rotkreuzbewegung) auch **mithilfe konditionierter Förderungen aufrecht erhält**;
- 9) die **Finanzierung und umfassende Stärkung einer so lokal wie möglich verankerten und geleiteten humanitären Hilfe fördert**, insbesondere auch im Kontext jüngst gestärkter Instrumente wie den diversen Ansätzen für „Pooled Funds“;
- 10) einen **einheitlichen Umgang mit Völkerrecht** und internationalem humanitären Recht sicherstellt, um **insgesamt als glaubwürdiger und einflussreicher Akteur eine internationale humanitäre Hilfe zu bewahren, die ihren Namen verdient und ihren Werten gerecht wird**.



Ausschussdrucksache 21(17)25
vom 6. Juli 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Prof. Dr. Thorsten Polleit

Ökonom, Vinson Centre Buckingham University

Freiwillige Hilfe zur Selbsthilfe.

Zur Ethik und Ökonomik der Entwicklungshilfe

Von Thorsten Polleit

Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre — Senior Fellow at the
Vinson Centre, University of Buckingham, United Kingdom

Diese Stellungnahme beschäftigt sich mit zwei Kernfragen: (1.) Was sind die ökonomischen Anreize für Geldgeber und Empfänger im humanitären Hilfssystem? (2.) Welche Chancen und Risiken birgt die Privatisierung des humanitären Hilfssystems im Vergleich zur staatlichen Institutionalisierung? Die Beantwortung dieser Fragen wird flankiert durch (3.) eine moralisch-ethische Einordnung der möglichen Organisationsformen (staatlich oder privat-freiwillig) für die Entwicklungs- und Humanitärhilfe.

Die Ergebnisse der Stellungnahme lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Freiwillig geleistete humane Hilfe qualifiziert sich unzweifelhaft als moralisch-ethisch akzeptabel, nicht aber die staatliche, mit Steuern finanzierte.
- Aus ökonomischer Sicht ist für Geber und Nehmer die bestmögliche Effektivität der humanen Hilfe dann zu erwarten, wenn bei der Konzeptualisierung der Hilfeleistungen die Idee der freien Märkte konsequent beachtet, verfolgt und in die Praxis umgesetzt wird.
- Aufgrund moralisch-ethischer wie auch ökonomischer Einsichten und Erwägungen empfiehlt sich keine mit Steuern, sondern eine freiwillig finanzierte Entwicklungs- und Humanitärhilfe zu empfehlen.

Die Stellungnahme ist wie folgt strukturiert: Sie beginnt mit (1.) einem Überblick über die ökonomischen Grundlagen für materiellen Wohlstand und den Weg aus der Armut. Sodann folgen (2.) eine Erörterung der Bedingungen moralisch-ethischer Handlungen und (3.) eine moralischen-ethischen Einordnung staatlicher, mit Steuern finanzierter Entwicklungs- und Humanitärhilfe. Es folgt (4.) eine Zusammenstellung der ökonomischen Probleme staatlicher Entwicklungs- und Humanitärhilfe und, darauf aufbauend, (5.) die Rationalisierung von Hilfsmaßnahmen und ihrer Organisation zur Verbreitung und Förderung des freien Marktsystems. Abschließend werden (6.) Überlegungen angestellt, um die betragsmäßige Angemessenheit von humanitärer Hilfe zu beurteilen.

—

1. Der Armut entkommen, Wohlstand mehr — durch freie Märkte

Wirtschaftswachstum ist der Schlüssel zur materiellen Wohlstandsmehrung, es ist der Weg aus der Armut. In der klassischen Wachstumstheorie sind die Faktoren Land, Arbeit und Kapital die Erklärungsfaktoren für das Produktionsergebnis, in der neuen (endogenen) Wachstumstheorie treten weitere Faktoren hinzu wie insbesondere Humankapital (Wissen, Unternehmertum u.a.), technologischer Fortschritt (durch F&E) etc.

Wirtschaftswachstum führt nicht nur — und das ist an dieser Stelle zu betonen — zu einer verbesserten Güterausstattung (also zu mehr und besserer Nahrung, Behausung, Kleidung, Gesundheitsvorsorge etc.), es ist auch ein *gesellschaftlicher Konfliktvermeidungsmechanismus*. Denn wenn der Kuchen insgesamt größer wird, dann wird jeder bessergestellt, auch wenn sein Anteil am Kuchen gleichbleibt. Wächst hingegen eine Volkswirtschaft nicht mehr (oder schrumpft sie gar), steigen unweigerlich die *Verteilungskonflikte*. Wer sich hier besserstellen will, kann das nur, indem er die Anteile der anderen am Kuchen verringert. Wirtschaftswachstum ist so gesehen friedensstiftend.

Alle volkswirtschaftlichen Wachstumstheorien bauen, und das ist hier hervorzuheben, (explizit oder implizit) auf dem *Privateigentum* auf: Jeder Mensch hat unbestreitbar Eigentum an sich selbst (Selbsteigentum) und auch an den externen Gütern, die er auf nicht-aggressivem Wege sich zu eigen gemacht hat.

Das Privateigentum gibt ökonomische Anreize, mit knappen Ressourcen effizient zu wirtschaften, vor allem auch in Arbeitsteilung und Handel mit anderen einzusteigen, die volkswirtschaftlichen Wohlstandszuwachs überhaupt erst möglich machen.

Privateigentum impliziert, dass die handelnden Akteure die Kosten ihres Handelns selbst tragen, und dass sie gleichzeitig die Gewinne ihres Handelns selbst vereinnahmen. Das damit zum Ausdruck kommende *Gewinn-und-Verlustprinzip* sorgt dafür, dass knappe Ressourcen so eingesetzt werden, dass sie der Deckung der dringlichsten Bedürfnisse dienen.

Insbesondere die Arbeitsteilung und das Gewinnmotiv geben ökonomische Anreize, die den einzelnen anleiten, seine Arbeitsleistung, sein (Human-)Kapital, nicht (nur) einzusetzen, um die eigenen Bedürfnisse zu erfüllen, sondern dass er bereit ist, die Gütererzeugung (auch) auf die Bedürfnisse seiner Mitmenschen auszurichten. Die Arbeitsteilung strukturiert sich im Zeitablauf dadurch intensiver und feiner, national wie international. Das erweitert die *Wohlstandspotentiale*. Je intensiver und feiner die Arbeitsteilung wird, desto mehr Güter können erzeugt werden, auch solche, die ohne Arbeitsteilung nicht herzustellen wären.

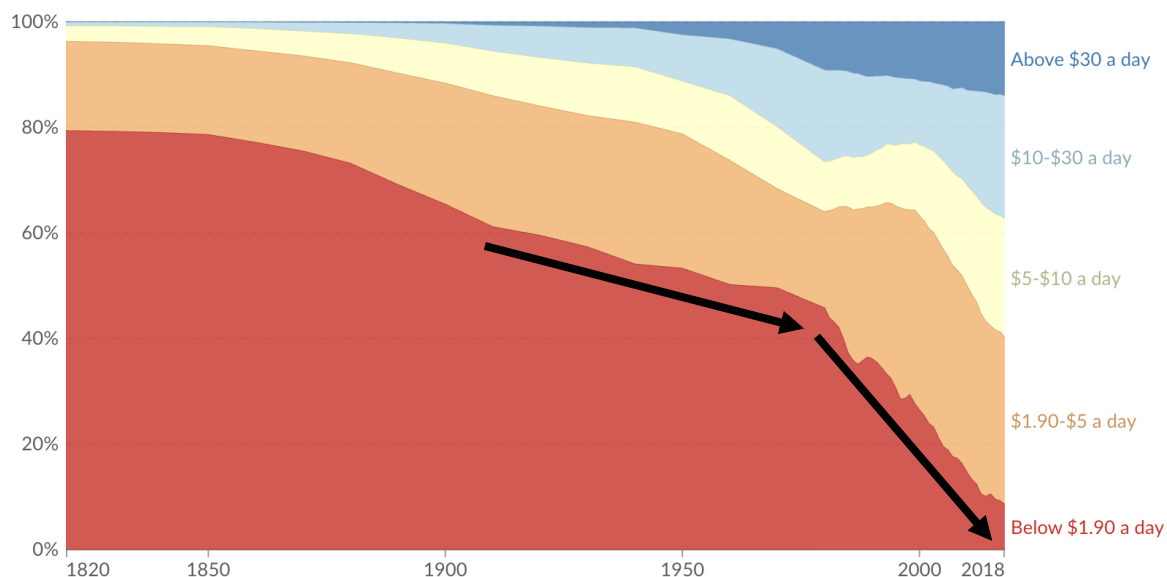
Gerade die Intensivierung und Verfeinerung der Arbeitsteilung entfalten eine *friedensstiftende Wirkung*. Die arbeitsteilig miteinander verbundenen Akteure entwickeln ein Interesse am gegenseitigen Wohlergehen. Das ist unmittelbar einsichtig: Arbeitsteilig organisierte Volkswirtschaften sind darauf angewiesen, dass alle an der Arbeitsteilung Beteiligten ihre Produktionsleistung ungehindert erbringen können. Aus genau diesem Grund lehnt der *Liberalismus* (in der konsequenten Ausrichtung: der *Libertarismus*) die gesellschaftliche Freiheitslehre, jedwede Aggression, vor allem staatlich initiierte Kriege, rundweg (als schädlich und unmoralisch-unethisch) ab.

Graphik 1

Distribution of population between different poverty lines, World, 1820 to 2018



This data is adjusted for inflation and differences in living costs between countries. Data after 1981 relates to household income or consumption surveys collated by the World Bank; before 1981 it is based on historical reconstructions of GDP per capita and inequality data.



Data source: Michalis Moatsos (2021; 2022)

OurWorldinData.org/poverty | CC BY

Note: Data is measured in international-\$¹ at 2011 prices.

1. International dollars International dollars are a hypothetical currency that is used to make meaningful comparisons of monetary indicators of living standards.

Figures expressed in constant international dollars are adjusted for inflation within countries over time, and for differences in the cost of living between countries.

The goal of such adjustments is to provide a unit whose purchasing power is held fixed over time and across countries, such that one international dollar can buy the same quantity and quality of goods and services no matter where or when it is spent.

Read more in our article: [What are international dollars?](#)

Es lassen sich sicherlich viele Gründe und Faktoren anführen, um wirtschaftliche Rückständigkeit von Entwicklungsländern zu erklären. Ein zentraler Erklärungsfaktor ist jedoch in der Regel der *Mangel an freien Märkten*: Eigentumsrechte sind nicht vorhanden, oder sie werden verletzt, nicht konsequent geschützt, weil eine funktionierende Rechtsordnung fehlt. Anti-liberale, interventionistische oder sozialistische Wirt-

schaftskonzepte (verbunden mit korrupten Regierungen und Bürokratien) verhindern oder hemmen vielmehr häufig den Ausgang der Menschen aus der Armut.

Zudem tragen vor allem auch Handelshemmnisse, die die westlichen Volkswirtschaften gegenüber Entwicklungsländern gezielt errichtet haben, dazu bei, dass die Einkommen in der Dritten Welt vergleichsweise niedrig bleiben. Zu denken ist hier an Einfuhrzölle (etwa in den USA und der EU auf landwirtschaftliche Erzeugnisse), Agrarsubventionen (für Getreide, Milch Rindfleisch, Baumwolle u.a.m.), nicht-tarifäre Handelshemmnisse (strenge Standards, Zertifizierungen), besondere Regularien und Gesetze (Importkontingente, Herkunftsnachweise).

Jetzt einige Worte zu Graphik 1 auf der voranstehenden Seite. Sie zeigt die Entwicklung der Pro-Tag-Einkommen (in US-Dollar gerechnet) auf der Welt von 1820 bis 2018 (letzte verfügbare Daten), aufgegliedert nach Einkommensgruppen. Wie zu erkennen ist, ist die extreme Armut (ein Einkommen von 1,90 US-Dollar pro Tag oder weniger) sehr stark gesunken: Sie betrug noch fast 80 Prozent in 1820, in 2018 war sie auf knapp 9 Prozent gefallen. Gleichzeitig hat auch der Anteil der höheren Pro-Kopf-Einkommen merklich zugenommen.

Wie in Graphik 1 ebenfalls gut zu erkennen ist, hat die Wohlstandsverbesserung ab Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre stark zugenommen (siehe hierzu die eingezeichneten Pfeile), einem Zeitpunkt, an dem die sozialistischen Regime Osteuropas und in anderen Regionen der Welt an Bedeutung und Einfluss verloren, zusammenbrachen, marktwirtschaftliche Reformen in vielen Ländern einsetzten. Neben technologischen Neuerungen (die Handel, Kommunikation und Güter- und Kapitaltransfer erleichterten) kann davon ausgegangen werden, dass insbesondere den freien Marktkräften eine entscheidende Rolle bei der weltweiten Armutsverringerung zugesprochen werden kann.

2. Was moralisch-ethisches Handeln ausmacht

Entwicklungs- und Humanitärhilfe wird in der Regel aufgrund einer ganzen Reihe von ökonomischen, (geo-)politischen und kulturellen Faktoren legitimiert, als wichtig und notwendig erachtet.

Die Entwicklungs- und Humanitärhilfe ist jedoch zuallererst ein christlicher Auftrag. Er folgt aus dem doppelten Liebesgebot (das wichtigste christliche Gebot überhaupt), das lautet: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und mit all deiner Kraft und mit all deinem Verstand. Und das zweite ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ (Lukas 10,27; auch Matthäus 22,37-40; Markus 12,30-31; 3. Mose 19,18) Aus christlicher Sicht ist Nächstenliebe die höchste Form der Moral. Sie ist *der* Maßstab, an dem alle anderen moralischen Re-

geln gemessen werden; ist Beweis echten Glaubens, ist der Weg, wie Christen Gottes Liebe in der Welt sichtbar werden lassen.¹

Fragen wir an dieser Stelle: *Was genau macht eine Handlung moralisch-ethisch und was nicht?*

Dem Königsberger Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) zufolge ist eine Handlung dann moralisch, wenn sie aus *Pflicht* (und das heißt aus Achtung vor dem moralischen Gesetz, dem *kategorischen Imperativ*²) geschieht — aber nicht, wenn sie bloß aus Neigung, Angst oder äußerem Zwang rührt; einer guten Tat, die erzwungen ist (z. B. durch Strafe oder Strafandrohung), fehlt der „gute Wille“, so Kant. Die Handlung mag rechtlich (Legalität haben) korrekt oder nützlich sein, hat aber keinen moralischen Wert — der Wille muss sich selbst das Gesetz geben, nicht von außen bestimmt werden. Zwang macht die Handlung heteronom (fremdbestimmt).

Moralität erfordert, so Kant, das Ideal der „vernünftigen Autonomie“.³ Was ist damit gemeint? Eine Person handelt „autonom“, wenn sie sich die Regeln und Gesetze, unter die sein Handeln fallen, selbst gibt, also selbstbestimmt handelt; und „vernünftig“ ist das autonome Handeln, wenn der Handelnde nach guten Gründen und Überzeugungen für die Regeln und Gesetze sucht, nach denen er lebt und an denen er sein Handeln ausrichtet; und er sich nur die Gesetze und Regeln zu eigen macht, für die er gut begründete Überzeugungen vorbringt (die Beachtung des *kategorischen Imperativs*).

Für Kant ist eine moralische Handlung nur unter der Bedingung von *Freiheit* (verstanden als Autonomie des Handelnden) möglich. Moral und Freiheit sind die zwei Seiten

¹ Muslimische Länder, vor allem die Golfstaaten wie Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar und Kuwait, leisten ebenfalls humanitäre und Entwicklungshilfe. Die Summen werden jedoch häufig nicht vollständig im OECD-DAC-System erfasst sind, sind aber vermutlich deutlich geringer als die der westlichen Geber. Die Hilfe wird häufig bilateral, über islamische Organisationen (OIC, Islamische Entwicklungsbank) oder über Zakat-Mechanismen geleistet. Aktuelle Schätzungen zufolge leisteten die Golfstaaten zusammen (Saudi-Arabien, VAE, Katar, Kuwait) zuletzt ca. 8–10 Mrd. USD pro Jahr an ODA (Official Development Assistance) und humanitärer Hilfe (Beispiel: Saudi-Arabien: 3–5 Mrd. USD, VAE: 2–4 Mrd. USD, Kuwait & Katar: Jeweils mehrere Hundert Millionen bis über 1 Mrd. USD. Gesamte: schätzungsweise 10–15 Mrd. USD, wenn man Türkei, Indonesien u. a. einbezieht. Die Golfstaaten machen dabei den Großteil (70–90 %) aus. Vergleich: Die globale ODA betrug im Jahr 2025 etwa 174,3 Milliarden US-Dollar. Die USA und EU sind die größten Geber, aber die Golfhilfe ist im Verhältnis zum BIP teilweise hoch (manche Länder überschreiten das 0,7 %-Ziel der UN). Quellen: Devex-Analyse (2023), OECD-Berichte zu nicht-DAC-Gebern, OCHA Financial Tracking Service (FTS) u.a.

² Im Original lautet der *kategorische Imperativ*: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Kant, I. (1785), *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, AA IV, S. 421. Dazu auch Höffe (2007), Immanuel Kant, bes. S. 185 ff.

³ Siehe hierzu etwa Tetens (2006), Kants „Kritik der reinen Vernunft“. Ein systematischer Kommentar, S. 17–18.

derselben Medaille: Der freie Wille ist der moralische Wille, und das moralische Gesetz ist das Gesetz der Freiheit. Die moralische Handlung ist ein Akt der *Selbstbestimmung durch Vernunft* — der Mensch gibt sich selbst das moralische Gesetz und gehorcht ihm freiwillig.

Der US-amerikanische Ökonom Murray N. Rothbard (1926–1995) argumentiert ebenfalls (und zwar auf handlungslogischer Grundlage), dass moralische Handlungen freiwillig und im Respekt vor individuellen Rechten stehen müssen: „(A) man’s action must be free. It is not simply that freedom and virtue are both important, and that one hopes that freedom of choice will lead to virtuous actions. The point is more forceful: no action can be virtuous unless it is freely chosen.“⁴ Mit Zwang und Gewalt herbeigeführtes Handeln kann daher nicht moralisch sein, es ist unmoralisch, unethisch, so Rothbard; das bestreiten zu wollen, resultiert in einem logischen Widerspruch, also in einer falschen Aussage.⁵

3. Eine moralisch-ethische Einordnung staatlicher Entwicklungs- und Humanitärhilfe

Wie ist vor den in (2.) dargelegten Überlegungen nun die staatliche Entwicklungs- und Humanitärhilfe einzuordnen? Hier gilt es, drei Betrachtungsperspektiven einzunehmen: (i) das Wesen des Staates (wie wir ihn heute kennen), (ii) seine Finanzierung durch Besteuerung sowie (iii) Art und Umfang der staatlichen Ausgaben(arten).

Beginnen wir mit dem Wesen des Staates: Der Staat ist (um eine positive Definition zu gebrauchen) ein *territorialer Zwangsmonopolist mit der Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte auf seinem Gebiet, und er nimmt sich heraus, etwas zu tun, was allen anderen untersagt ist, nämlich Personen Geld gegen ihren Willen abzunehmen*.

Ein solcher Staat (wie er heute überall auf der Welt anzutreffen ist) ist nicht aufgrund freiwilliger Vereinbarungen zustandegekommen; es gibt keinen Vertrag, in dem diejenigen, die dem Zwangs- und Gewaltmonopolisten Staat unterstellt sind, ihre Zustimmung freiwillig bekundet hätten. Vielmehr ist der Staat durch Zwang und Gewalt entstanden; und er wird auch durch (Androhung und Ausübung) von Zwang und Gewalt gegen friedvolle Menschen aufrechterhalten.⁶ Der Staat (wie man ihn heute vorfindet)

⁴ Rothbard, M. N. (2018), Frank S. Meyer: The Fusionist as Libertarian, Ludwig von Mises Institute, Auburn, U.S. Alabama (www.mises.org/articles-interest/frank-s-meyer-fusionist-libertarian).

⁵ Wer argumentiert „Zwang und Gewalt gegen friedvolle Menschen sind zu rechtfertigen“, der bestreitet die Freiheit eines jeden, der nimmt jedoch damit für sich in Anspruch, frei handeln zu können (frei von Zwang und Gewalt zu sein) und verneint es seinem Gesprächspartner.

⁶ Der Leser mag sich an dieser Stelle fragen: *Wenn alle Staaten durch Zwang entstanden sind, warum nehmen alle Menschen diesen Zwang hin? Ist jemals ein zwangloser Staat entstanden?* Das sind zweifelsohne wichtige Fragen! Da ihre Beantwortung jedoch über diese Stellungnahme hinausgeht, sei der

beziehungsweise diejenigen, die ihn seinem Namen handeln (mit welcher Intention auch immer), können daher prinzipiell kein moralisch-ethisch begründetes Handeln für sich beanspruchen.

Das macht die Betrachtung der Finanzierung staatlicher Ausgaben durch Besteuerung besonders deutlich: Steuern sind Zwangsabgaben ohne direkte Gegenleistung, die der Staat erhebt, um seine Ausgaben zu decken. Die Steuern, die der Staat erhebt, basieren auf Zwang und Gewalt (beziehungsweise auf deren Androhung), nicht auf Freiwilligkeit; sie sind damit eine ungefragte Verletzung des Privateigentums i.w.S., und sie können so gesehen nicht moralisch-ethisch sein.⁷ (Das ahnte oder erkannte wohl auch der Philosoph Peter Sloderdijk, indem er 2009 anregte, Steuern in Geschenke und damit in freiwillige Geldzahlungen an das Gemeinwesen umzuwandeln.⁸)

Nun zu den Ausgaben des Staates: Auch wenn der Staat die per Zwang eingenommenen Steuern für „gute Zwecke“ ausgibt — das Ganze bleibt doch unmoralisch-unethisch. Denn der Zweck heiligt nicht die Mittel, das ist ein zentraler ethischer Grundsatz. (Beispiel: Wenn ich dich mit einer Pistole bedrohe und dein Geld nehme, um ein Waisenhaus zu bauen — ist das in Ordnung, nur weil das Waisenhaus gut ist? Nein. Der Diebstahl bleibt Diebstahl.)

Zudem ist die Frage zu stellen: Wer entscheidet, was „gut“ ist? Die einen finden Subventionen für bestimmte Industrien, hohe Beamtengehälter oder Gender-Projekte „gut“. Die anderen lehnen das ab, finden es vielleicht sogar unerträglich. Wenn der Staat das Geld der Bürger sich mit (Androhung von) Zwang und Gewalt beschafft und entscheidet, was gut ist und was nicht, dann kann auch das nicht moralisch-ethisch sein.

interessierte Fragende an die Literatur verwiesen, insbesondere an Hoppe, H. H. (2015), *A Short History of Men. Progress and Decline*, Ludwig von Mises Institute, Auburn, U.S. Alabama; das Buch finden sie **hier**, oder: Oppenheimer, F. (1926, 1909), *Der Staat*; oder: Rothbard, M. N. (2009), *Anatomy of the State*, **hier**.

⁷ Selbst wenn Herr A sagt „Ich zahle Steuern gern und freiwillig“ (beispielsweise für die Entwicklungshilfe), dann wird dadurch das Gesagte nicht entkräftet. Denn selbst wenn das Ergebnis das gleiche ist (Herr A zahlt Steuern, ob erzwungen oder freiwillig bei bestehendem Zwang), so ist und bleibt der Zwang Aggression gegen die Autonomie von Herrn A und sein Selbst-Eigentum. Dass Herr A „sowieso gezahlt hätte“, ändert nichts am Unrecht des Zwangs. Der „Schaden“ liegt nicht im Ergebnis, sondern in der Verletzung der Freiheit. Freiheit ist kein Mittel zum Zweck, sondern das Gut an sich. Wer dich zwingt, degradiert dich zum Objekt.

⁸ Siehe Sloderdijk, P. (2009), *die Revolution der gebenden Hand*, www.petersloderdijk.net/2009/06/die-revolution-der-gebenden-hand/.

Bevor jetzt die Frage gestellt wird, *wie* sich eine moralisch-ethische Entwicklungs- und Humanitärhilfe organisieren lässt, sollen noch die ökonomischen (Anreiz-)Probleme der staatlichen Entwicklungs- und Humanitärhilfe aufgeführt werden.

4. Ökonomische Probleme staatlicher Entwicklungs- und Humanitärhilfe

Staatliche Entwicklungshilfe lässt sich unterscheiden in (i) *Nothilfe* (kurzfristig, Ziel ist Linderung akuter Not, Leben zu retten), (ii) *Entwicklungshilfe* (Verbesserung der Lebensbedingungen, Abbau von Armut durch Hilfe zur Selbsthilfe, langfristige Projekte, aber zeitlich begrenzt), (iii) *Dauerhilfe* (anhaltende Unterstützung ohne klare Exit-Strategie, z. B. permanente Nahrungsmittellieferungen oder Subventionen).

Nachstehend sind einige grundsätzliche ökonomische Probleme angeführt, die sich für alle drei Arten der Entwicklungshilfe stellen (können), und die sie kontraproduktiv werden lassen (können), weil sie Armut langfristig nicht bekämpft, sondern konserviert oder gar verschlimmert und zudem noch neue Probleme schafft.

- *Fehlende Nachhaltigkeit*, „*Strohfeuer-Effekte*“: Hilfsprojekte erzeugen vielfach kurzfristige Erfolge, die nach Ende der Finanzierung zusammenbrechen. Die Eigenverantwortung der Hilfeempfänger bleibt aus, wird durch das Nichtvorhandensein von freien Märkten verunmöglicht. Beispielsweise werden Straßen gebaut, aber (aufgrund staatlicher Korruption und Desinteresse) nicht instandgehalten.
- *Kaum nachweisbare Wachstumseffekte*: Die Wirkung der Entwicklungshilfe ist vielfach sehr gering, in jedem Fall jedoch ist ihr Effekt schwierig nachweisbar (wie u. a. Rajan/Subramanian, Easterly, Moyo zeigen). Beispielsweise erhielt Afrika jahrzehntelang sehr viel mehr Hilfe als Asien — und ist dennoch relativ arm geblieben.
- *Finanzierung einer „Entwicklungshilfe-Industrie“*: Ein großer Teil des Geldes fließt an gut bezahlte Helfer (mit Gehältern auf West-Niveau), Berater und NGOs, die Berichte schreiben, statt effektiv, nachhaltig zu wirken. Korrupte Eliten in Empfängerländern profitieren persönlich von Hilfszahlungen, während die Armen wenig oder gar nichts bekommen.
- *Ideologische Fehlsteuerung*: Viele Projekte dienen dazu, die Agenden der politischen Entscheider zu fördern, sie gemäß dem Zeitgeist auszurichten (wie z. B. grüne Kühlschränke für Kolumbien, grüner Wasserstoff für Südafrika, Radwege in Peru, E-Mobilität in Indien), die Effektivität der Armutsbekämpfung steht nicht notwendigerweise im Zentrum; das Hilfgeld wird für Symbolpolitik und/oder interventionistische Projekte verschwendet.
- *Falsches Nullsummen-Denken*: Entwicklungshilfe wird politisch gesteuert, und nicht selten dient dabei die Idee, der „reiche Westen“ trage die Schuld an der Armut im Süden (Kolonialismus-Vorwurf etc.), als Ausgangspunkt, die Entwicklungsländer müssten vor dem Kapitalismus geschützt werden. Doch das ist ein geradezu fataler

Irrtum (wie bereits unter (1.) aufgezeigt: Wohlstand entsteht durch freie Märkte und das ihnen zugrundeliegende konstitutive Element des Privateigentums, Arbeitsteilung, Handel, freien Tausch, nicht durch staatliche Markteingriffe, Umverteilung.

Gerade die (erzwungene) *Finanzierung der Entwicklungshilfe mit Steuern* birgt besondere ökonomische Probleme.

- In Deutschland werden jährlich ca. 25–30 Milliarden Euro für ODA (je nach Jahr und Definition, z. B. 2023/2024/2025) ausgegeben. Das ist mit erheblichen *Opportunitätskosten*⁹ verbunden, die wiederum künftige Unterstützungspotenziale verringern. Die Frage nach der angemessenen Höhe von Hilfeleistungen drängt sich also unweigerlich auf (dazu in (6.) mehr).
- Bei Kostenübertretungen und Ineffizienzen von Hilfsprojekten wird der Steuerzahler (der sich sprichwörtlich nicht wehren kann) haftbar gemacht, in die Pflicht genommen — indem der Staat weitere Steuergelder zum Stopfen der Finanzierungslücken mobilisiert und verausgabt.
- Der Steuerzahler hat wenig Einfluss auf die Art der Entwicklungshilfe, kann nicht bestimmen, wie sein Geld ausgegeben wird. Entwicklungshilfe wird politisch entschieden, und nicht selten dient sie den Interessen der Geberländer (Rohstoffzugang, Migrationssteuerung, geopolitische Bündnisse) mehr als der reinen Entwicklung.
- Eine steuerfinanzierte Entwicklungshilfe ist wenig verlässlich: Sie wird aus dem laufenden (Steuer-)Budget finanziert, und daher wird sie besonders leicht zur „Manövriermasse“: Sind etwa die Staatsfinanzen angespannt, lassen sich Kürzungen bei den Ausgaben für die Entwicklungshilfe politisch leichter durchsetzen als beispielsweise bei heimischen Subventionen — obwohl das gegen die Präferenzen der Steuerzahler, die eine fortgesetzte Entwicklungshilfe bevorzugen, verstößt.

Box 1: Die Hilfwirkung von Geld- und Kapitalüberweisungen

Nehmen wir an, Spender in Deutschland beschließen, sagen wir, 500 Millionen Euro in ein Entwicklungsland zu senden. Wenn der Empfänger (sagen wir die Regierung Äthiopiens) Euro erhalten soll, dann wird der Betrag auf ein Konto einer äthiopischen Bank, das diese bei einer Bank im Euroraum hält, überwiesen. Die Regierung Äthiopiens verfügt nun über Euro. Kauft sie damit Güter (wie Nahrungsmittel, Dünger etc.) im Euroraum, wird das Geld auf die Konten der Produzenten im Euroraum gebucht. Werden die Güter nach Äthiopien verschickt und der äthiopischen Bevölkerung ausgehändigt, verfügen die Äthiopier nun über mehr (Auslands-

⁹ Die Opportunitätskosten bezeichnen den (höchsten) entgangenen Nutzen oder Ertrag, den eine nicht getätigte Ausgabe nach sich zieht. Die Opportunitätskosten einer steuerfinanzierten Staatsausgabe bestehen folglich im Ertrag, den der Steuerzahler mit der Verwendung seines Geldes andernfalls hätten erzielen können.

)Güter. Werden letztere konsumiert, gibt es keinen Zuwachs bei Ersparnis und Investitionen, und die produktive Leistung der äthiopischen Volkswirtschaft bleibt unverändert. Die Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten steigen nur dann, wenn die importierten Güter nicht vollständig konsumiert werden, sondern zumindest ein Teil davon gespart und investiert wird.

Wenn die äthiopische Regierung die erhaltenen Euro hingegen in die heimische Währung („Birr“) eintauscht, dann muss sie die Euro im Devisenmarkt anbieten, Birr nachfragen, und das führt zu einer Aufwertung des Birr gegenüber dem Euro. Exporte aus Äthiopien werden dadurch für das Ausland teurer, die Exporte aus Äthiopien nehmen ab; und gleichzeitig steigen Äthiopiens Importe. Zusammengenommen verschlechtert sich durch die Transaktion die Handelsbilanz des Landes, wird (tendenziell noch) defizitärer, die finanzielle Abhängigkeit vom Ausland steigt. Wenn die äthiopische Regierung Empfänger der Euro beziehungsweise der Birr ist, dann steigt auch der Staatsanteil in der äthiopischen Volkswirtschaft, verbunden mit allen damit verbundenen negativen Effekten (wie Ineffizienz, Verschwendung, Korruption etc.).

Diese wenigen Überlegungen zeigen nicht nur die Bedeutung der Verwendung von Hilfsgütern (für Konsum oder Investitionen), sondern vor allem auch die der Finanzierung von humanitären Hilfeleistungen. So begünstigen die Hilfszahlungen in Fremdwährung die Produzenten in den Geberländern, nicht die in den Empfängerländern; und Währungseffekte können Handelsbilanz, Auslandsabhängigkeit und inländische Produktion negativ im Nehmerland negativ beeinflussen.

5. Private Initiative anstelle von staatlichem Zwang

Wie voranstehend deutlich wurde, erfüllt eine private Entwicklungshilfe, für die die Geber freiwillig aufkommen, die Anforderungen, die an moralisch-ethisches Handeln zu stellen sind; für staatliche, steuerfinanzierte Entwicklungshilfe gilt das jedoch nicht. Zudem ergeben sich bei staatlicher Entwicklungshilfe, wie unter (4.) angeführt, eine ganze Reihe von ernsten ökonomischen Problemen, die empfehlen, eine *Privatisierung der Entwicklungshilfe* als gangbare Alternative genauer zu durchdenken.

Staatliche und private Entwicklungs- und Humanitärhilfe im Vergleich

Aspekt	Staatlich	Privat
Effizienz	Oft gering wegen Bürokratie und Korruption	Hoch durch Wettbewerb und Transparenz
Förderung	Politisch veranlasst	Basiert auf individueller Hilfsbereitschaft
Kontrolle	Gering (Steuergeld)	Hoch (Spender fordert Rechenschaft)

Nachhaltigkeit	Anreize, Abhängigkeiten zu erzeugen	Hilfe zur Selbsthilfe, Wettbewerb um Hilfsgelder fördert Effizienz und Rechenschaft
Innovation	Langsam, bürokratisch	Schnell, Adaption von z. B. Tech-Lösungen
Moralisch-ethisch	Nein, weil mit Steuern finanziert	Ja, weil freiwillige Zahlungsbereitschaft besteht

Quelle: eigene Überlegungen.

Dafür spricht ökonomisch vor allem, wie unter (1.) bereits skizziert, die Entwicklungs- und Humanitärhilfe konsequent an den Ideen der freien Märkte zu organisieren und auszurichten:

- Offene Märkte, Abschaffung von Zöllen, Subventionen und Regulierungen ermöglichen Spezialisierung, Kapitalzufluss und Technologietransfer zu Gunsten aller. Freier Handel (nicht „managed trade“) schafft gegenseitigen Nutzen und ist wirksamer als Almosen.
- Private, freiwillige Wohltätigkeit: Hilfe erfolgt durch private Individuen, Kirchen, Stiftungen oder nicht-staatlicher NGOs — und zwar auf Basis freiwilliger Spenden. Im freien Markt entsteht echte Verantwortung und Effizienz, weil Spender ihr eigenes Geld geben und Ergebnisse bewerten.
- Privateigentum: Echte Entwicklung braucht klare Eigentumsrechte und Unternehmerfreiheit. Der Staat behindert das; der Markt fördert es. Das ungehinderte System der freien Märkte ist es, das Wohlstand für alle Schichten maximiert (nicht Nullsummenspiel, sondern positive Summe durch Kooperation).

Wie könnte eine rein private Entwicklungshilfe konkret aussehen? Nachstehend einige organisatorische Konzepte:

- Direkte Überweisungen an arme Haushalte (wie beispielsweise via GiveDirectly); Disruption, Umgehung staatlicher Stellen und der von ihnen (mit dem Geld der Netto-Steuerzahler) finanzierten NGOs.
- Crowdfunding-Plattformen, verbunden mit Blockchain-Transparenz (jeder kann sehen, wie das Geld verwendet wird).
- Spezialisierte Stiftungen und Unternehmen, die Gewinnerzielung und Hilfe kombinieren (Social Entrepreneurship).
- Privatinvestitionen statt „Hilfe“, das heißt vor allem bessere Infrastruktur durch ausländische Direktinvestitionen.
- Freiwillige Versicherungen und Hilfsfonds, die Menschen selbst organisieren.

6. Zur Bestimmung der Angemessenheit von Hilfe

Die UN hat eine Zielmarke für Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, kurz: „ODA“). Sie liegt bei 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) pro Jahr. Sie wurde 1970 beschlossen und gilt für entwickelte Länder (OECD-DAC-Mitglieder). Das Ziel ist nicht verbindlich (kein völkerrechtlicher Vertrag), aber doch politisch anerkannt und wird regelmäßig auf UN- und OECD-Ebene überprüft. Zusätzlich gibt es ein Unterziel: 0,15–0,20 Prozent des BNE sollen speziell an die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) gehen. Was ist von dieser „Regel“ zu halten?

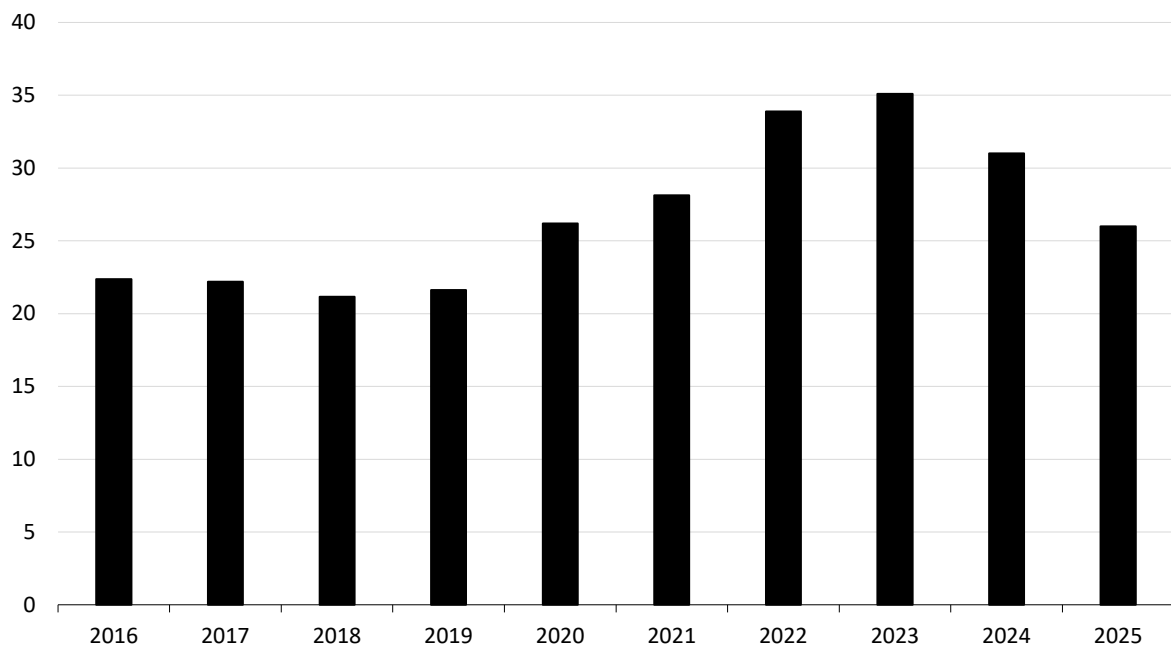
Die Regel wäre dann sinnvoll, wenn mit steigendem Einkommen in den Geberländern auch der Hilfsbedarf in den Entwicklungsländern zunimmt. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann führt die Regel („0,7-Prozent-des-BNE“) nicht zu einer bedarfsgerechten Entwicklungshilfe, sondern stellt bloß einen Umverteilungsmechanismus dar. Für westliche Volkswirtschaften, die kaum mehr wachsen (wie etwa Deutschland, Italien, Japan), führt übrigens das Befolgen der Regel „0,7-Prozent-des-BNE“ zu einer absoluten Senkung ihrer Einkommen.

Mit einfachen „Faustregeln“ lassen sich zwar prinzipiell gewünschte Handlungen institutionalisieren, jedoch keine „optimalen“ Politikentscheidungen sicherstellen. Das gilt insbesondere für die „0,7-Prozent-des-BNE“. Die grundsätzliche Frage ist zu stellen, ob „0,7-Prozent“ der Wirtschaftsleistung (noch) eine angemessene, vertretbare Höhe darstellen für die jeweiligen Geberländer wie auch für die Nehmerländer.

Graphik 2 zeigt die Ausgaben für Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland in Mrd. Euro von 2016 bis 2025. Sie sind zunächst angestiegen bis auf 35,1 Mrd. Euro in 2023, sind nachfolgend wieder auf 26 Mrd. Euro gesunken. Graphik 3 zeigt die Ausgaben pro Erwerbstätigem. Wie zu erkennen ist, bezahlte ein Erwerbstätiger im Jahr 2023 767 Euro pro Jahr für Entwicklungs- und Humanitärhilfe, 2025 waren es immer noch 567 Euro. Das ist sehr viel Geld, vor allem auch im Vergleich mit Zahlungen, die die Steuerzahler in anderen Ländern aufbringen. In den USA etwa (siehe Graphiken 4 und 5) zahlten die Steuerzahlen in den letzten Jahren im Durchschnitt etwa nur 175 US-Dollar. Eine Diskussion um die Angemessenheit der Höhe der deutschen Hilfszahlungen (der deutsche Steuerzahler zahlt mittlerweile am meisten) wäre daher anzuregen.

Graphik 2

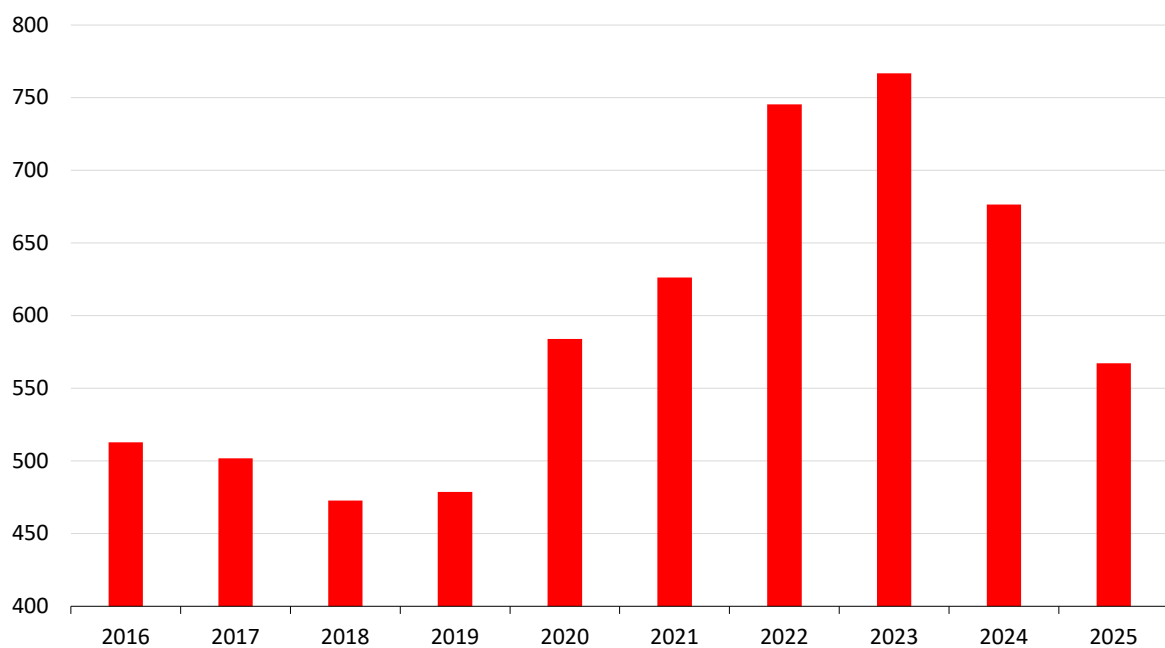
Ausgaben für Entwicklungshilfe Bundesrepublik Deutschland in Mrd. Euro, 2016 bis 2025



Quelle: OECD (vorläufige/finalisierte Daten), BMZ, Destatis und Statista.

Graphik 3

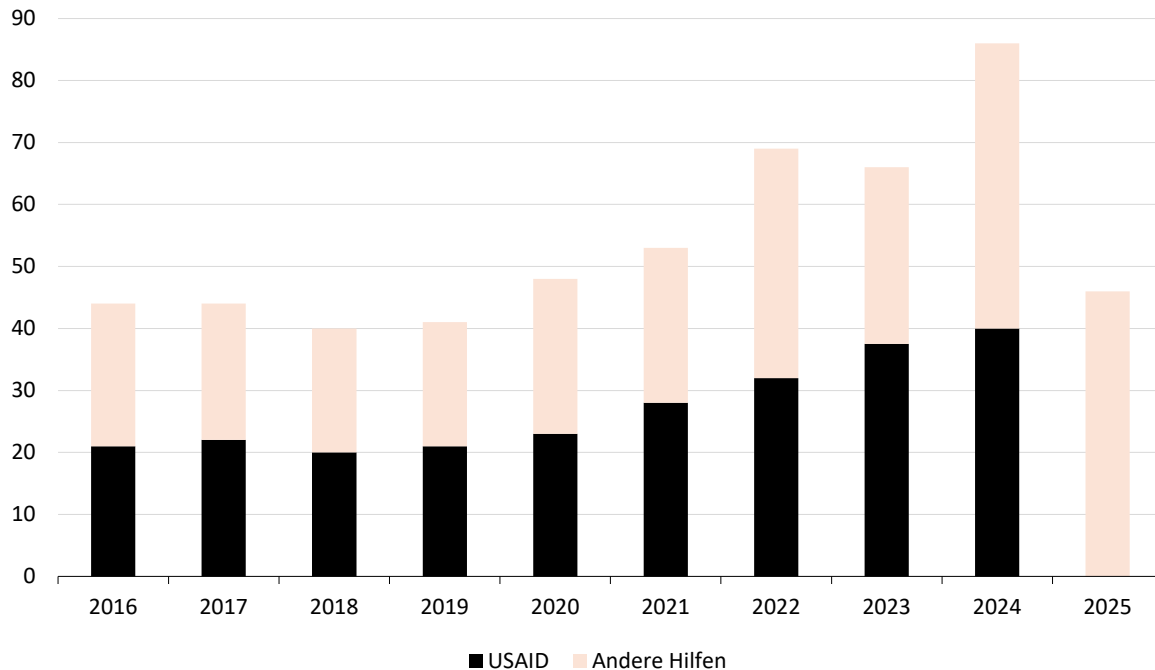
Ausgaben Entwicklungshilfe Bundesrepublik Deutschland pro Erwerbstätigem in Euro, 2016 bis 2025



Quelle: OECD (vorläufige/finalisierte Daten), BMZ, Destatis und Statista, Bundesbank; eigene Berechnungen.

Graphik 4

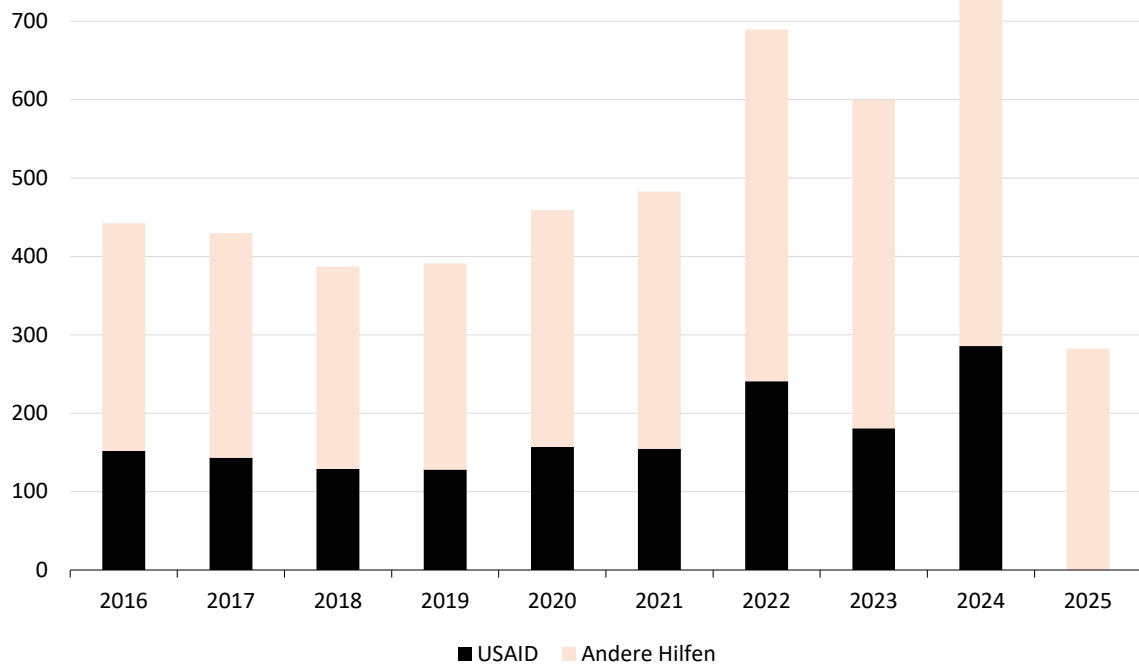
Ausgaben für Entwicklungshilfe und anderer Hilfen der Vereinigten Staaten von Amerika in Mrd. US-Dollar, 2016 bis 2025



Quelle: Congressional Research Service (CRS), [congress.gov](https://www.congress.gov), [foreignAssistance.gov](https://www.foreignassistance.gov).

Graphik 5

Ausgaben für Entwicklungshilfe und andere Hilfen der Vereinigten Staaten von Amerika in US-Dollar pro Steuerzahler, 2016 bis 2025



Quelle: Congressional Research Service (CRS), [congress.gov](https://www.congress.gov), [foreignAssistance.gov](https://www.foreignassistance.gov).

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Statement zur öffentlichen Anhörung am 8. Juli 2026
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ralf Südhoff, Centre for Humanitarian Action (CHA)
Deutscher Bundestag, 08. Juli 2026



„Die Neustrukturierung der Zentrale des Auswärtigen Amts verfolgt ein übergeordnetes Ziel: Unsere Organisation soll die [...] die Fokussierung auf unsere Prioritäten erleichtern, den Grundstein für eine noch stärker interessenengeleitete Außenpolitik legen [...].“

-AA internes Rundschreiben vom 25. November 2025

Mehr deutsche Hilfe für die Ukraine als für Asien und Lateinamerika zusammen

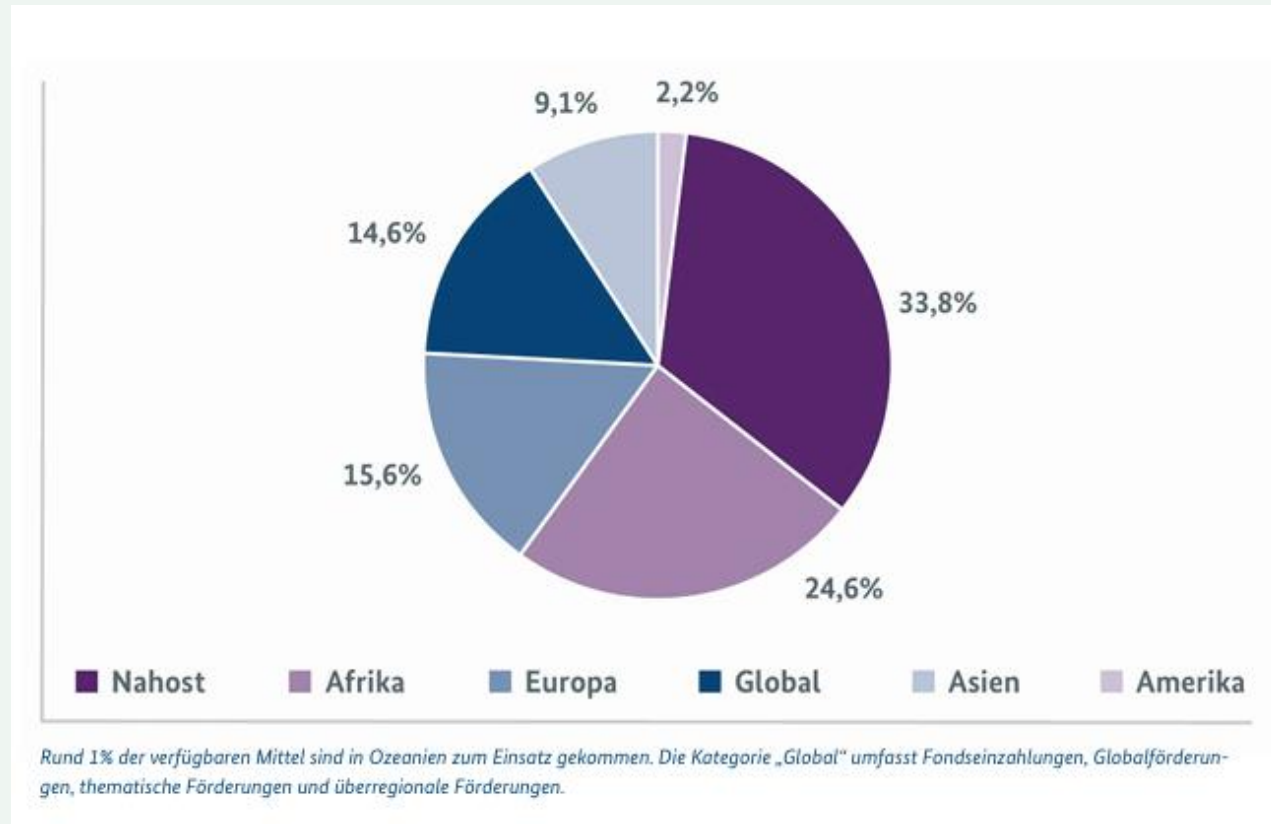
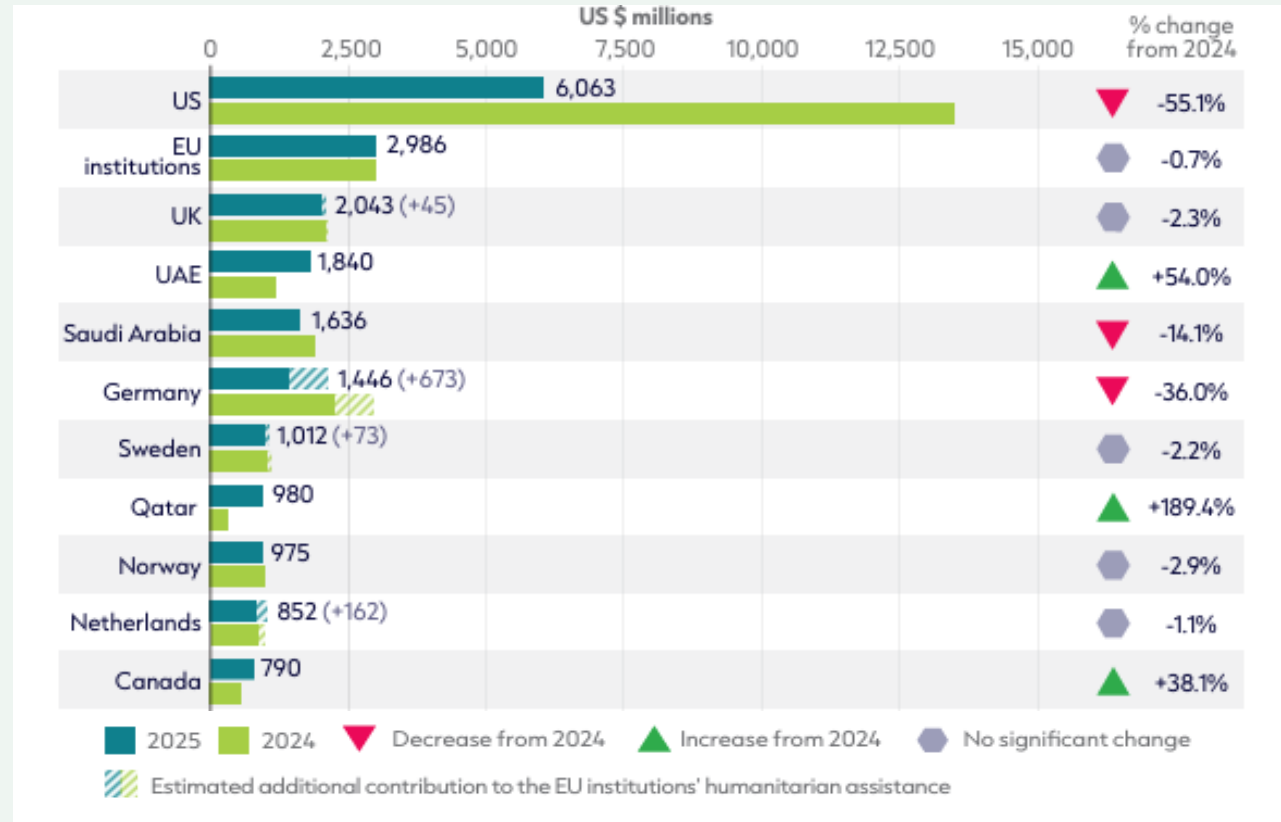


Abbildung 5: Das Engagement der Bundesregierung in regionalen Schwerpunkten. Übersicht der Gesamtverteilung (2022-2025 in %); Quelle: Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2022-2025 (Stand Mai 2026); Grafik 4.1, S. 14; <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2774746/1c3c14356a2c0fda37db683cd4db0c53/huhi2022-2025-data.pdf>

Hinter Saudi-Arabien und den Emiraten: Deutschland ist kein Top Geber mehr



„Selbstverständlich kann Deutschland sich nur als Player durchsetzen, wenn es weiterhin ein ernsthafter Payer ist“

-Ein*e europäische Regierungsvertreter*in

Abbildung 1: Die größten öffentlichen Geber und EU-Institutionen im Bereich der humanitären Hilfe im Jahr 2025 sowie die Veränderung gegenüber 2024; Quelle: Global Humanitarian Assistance 2026, S.6 (gekürzt); https://alnap.hacd.io/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

Deutschlands Engagement im Vergleich zur Wirtschaftsleistung: Weit hinter seinem 'Fairshare' und der arabischen Welt

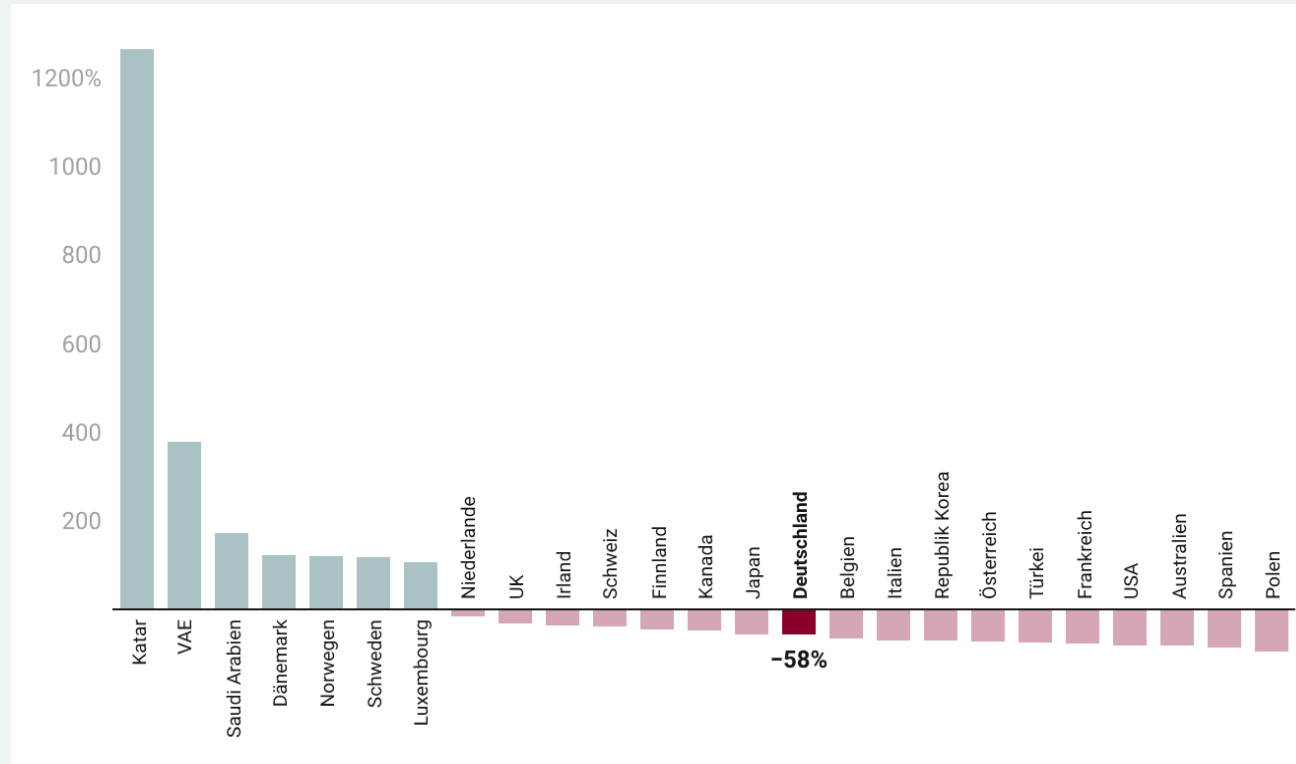


Abbildung 2: Abweichung der 2025 gezahlten Beiträge vom Fair-Share-Anteil; Daten: BIP-Daten basierend auf IMF World Economic Outlook Database; Humanitärer Bedarf 2025 basierend auf Daten von OCHA (GHO-Report Stand Juli 2025); Beiträge basierend auf Daten von OCHA (FTS Stand 31. Dezember 2025); Quelle: CHA-Berechnungen

Deutsche Bevölkerung lehnt die Kürzungen in der humanitären Hilfe ab

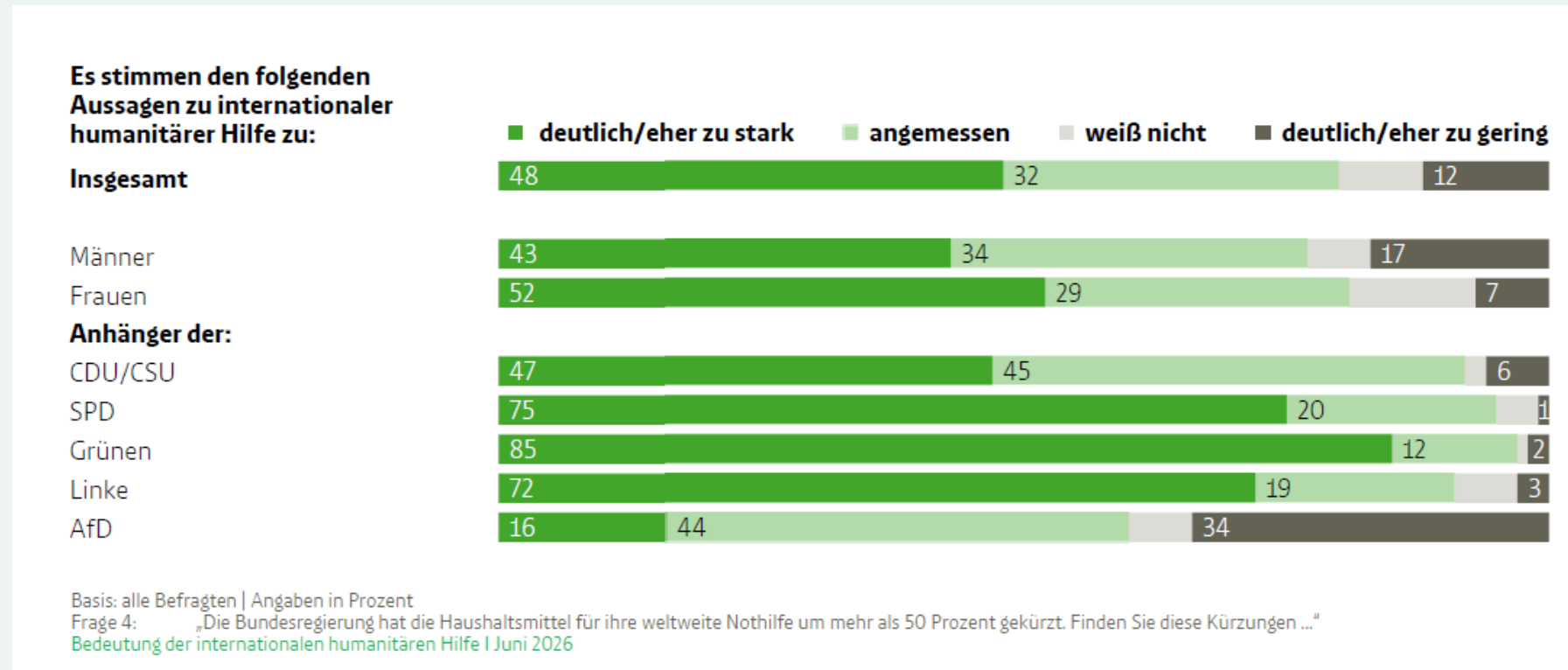


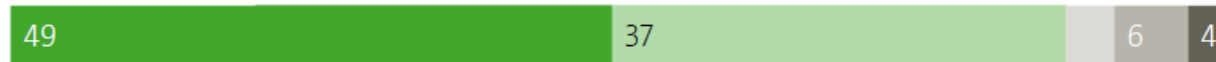
Abbildung 3: Kürzungen in der deutschen humanitären Hilfe; Quelle: Umfrage von forsa im Auftrag von ACF 2026, S. 7;
<https://www.aktiongegendenhunger.de/presse/forsa-umfrage-haushalt-kuerzungen-entwicklungszusammenarbeit-humanitaere-hilfe>

Einschätzungen zu internationaler humanitärer Hilfe

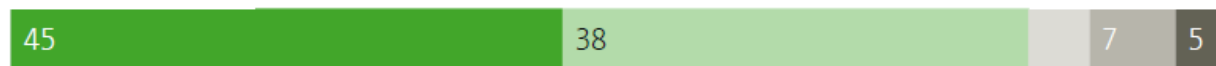
Es stimmen den folgenden Aussagen zu internationaler humanitärer Hilfe zu:

■ voll und ganz ■ eher ■ weiß nicht ■ eher nicht ■ überhaupt nicht

Humanitäre Hilfe sollte sich an der Schwere der Not orientieren und nicht an geopolitischen Interessen.



Die Bundesregierung sollte sich für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts einsetzen.

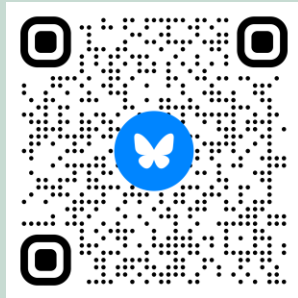


Basis: alle Befragten | Angaben in Prozent

Frage 5: „Nun folgen noch einige Einschätzungen zu internationaler humanitärer Hilfe. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.“

Bedeutung der internationalen humanitären Hilfe | Juni 2026

Abbildung 4: Einschätzungen zu internationaler humanitärer Hilfe; Quelle: Umfrage von forsa im Auftrag von ACF 2026, S. 8 (gekürzt); <https://www.aktiongegenhunger.de/presse/forsa-umfrage-haushalt-kuerzungen-entwicklungszusammenarbeit-humanitaere-hilfe>



Centre for Humanitarian Action
Märkisches Ufer 34 | 10179 Berlin
info@chaberlin.org | www.chaberlin.org

CHA
CENTRE FOR
HUMANITARIAN
ACTION